



Hartwig Reimann:

Dienstältester deutscher Oberbürgermeister

Schwabachs Rathauschef leitet seit 35 Jahren mit viel Engagement die Geschicke der Stadt. Er ist ein Förderer der interkommunalen Kooperation. **Seite 7**



Dr. Georg Sinnacher:

Die unvollendete Föderalismusreform

Der langjährige Vorsitzende des Verbandes der bayerischen Bezirke schlägt einen besseren Schutz des kommunalen Selbstverwaltungsrechts vor. **Seite 3**



Klaus Hofbauer:

Schulterschluss zwischen Wirtschaft und Politik

Der Chamer MdB initiierte ein Fachgespräch zur EU-Strukturförderung. Politik und Wirtschaft legten einen Forderungskatalog vor. **Seite 7**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 24. Februar 2005

56. Jahrgang / Nummer 4

Neuer Städtetagsvorsitzender Hans Schaidinger:

Ruf nach sicherer Finanzausstattung

Der „Dienstbotenwechsel“, wie es Bad Reichenhalls Erster Bürgermeister Wolfgang Heitmeier zum allgemeinen Amüsement ausdrückte, ist beim Bayerischen Städtetag in harmonischer Einigkeit über die Bühne gegangen. Bei der Vollversammlung des kommunalen Spitzenverbandes in München wurde der Oberbürgermeister der Stadt Regensburg, Hans Schaidinger, zum neuen Vorsitzenden gewählt. Er tritt damit die Nachfolge von Altoberbürgermeister Josef Deimer (Landshut) an, der bis zu seinem Ausscheiden am 31. Dezember 2004 den Städtetag fast 30 Jahre lang geführt hat.

Hans Schaidinger gehört dem Vorstand des Städtetags seit 1996 an. Er ist darüber hinaus seit 2002 Mitglied im Präsidium des Deutschen Städtetags und vertritt den Bayerischen Städtetag in zahlreichen weiteren Gremien. Schaidinger, 1949 in Freilassing geboren, studierte in Regensburg Volkswirtschaftslehre und legte 1977 sein Examen mit Prädikat ab. 1996 wurde er mit 51,2 Prozent zum Oberbürgermeister der Stadt Regensburg gewählt. Bei der Kommunalwahl 2002 wurde

wieder auf gesunde Füße stellen will, die Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzgefüges zu aller erst aus kommunaler Sicht definieren“.

Gemeindefinanzreform

Für Schaidinger gehört die Gemeindefinanzreform wieder ganz oben auf die Tagesordnung. Er wies darauf hin, dass bereits im Jahr 1994 im Grundgesetz festgeschrieben worden sei, dass die Gewährleistung der kommu-



Das Podium: Christa Stewens, Gerda Hasselfeldt, Heiner Janik, Dr. Siegfried Balleis, Johannes Singhammer, Rolf Schreyer und Dr. Franz Prast; am Rednerpult Dr. Peter Ramsauer.

Expertengespräch der CSU-Landesgruppe:

Wie läuft Hartz IV in Bayerns Kommunen?

Die Umsetzung der Hartz IV-Reformen hat die Kommunen im vergangenen Jahr intensiv beschäftigt. In kurzer Zeit mussten sie vor Ort grundlegende Entscheidungen treffen, um den Start der Reform zum 1. Januar dieses Jahres zu ermöglichen. Über ihre Erfahrungen mit der Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende SGB II diskutierte die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag in München mit über 100 Gästen, darunter eine Vielzahl an Landräten, (Ober-)Bürgermeistern, Stadt- und Kreisräten sowie Vertretern der regionalen Bundesagenturen für Arbeit.

Wie Gerda Hasselfeldt, stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion einleitend bemerkte, verliefen die vorausgehenden politischen

Auseinandersetzungen über die Ausgestaltung der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe gerade in der Frage der kommunalen Interessen sehr

kontrovers. Während Rot-Grün eine zentralistische Bundessozialverwaltung im Visier hatten, wollten CDU und CSU die Führungsverantwortung den Kommunen übertragen. Der zunächst im Vermittlungsausschuss gefundene Kompromiss einer kommunalen Trägerschaft als Optionsmöglichkeit sei von der Bundesregierung erheblich behindert und zeitlich verzögert worden. So konnte die Union erst im Sommer 2004 eine Revisions- und Optionsklausel durchsetzen.

Bürokratische Umsetzung

Kritik an der „viel zu bürokratischen Umsetzung von Hartz IV durch die Bundesagentur für Arbeit (BA)“ übte Bayerns Arbeitsministerin Christa Stewens. Bei der praktischen Zusammenarbeit der Kommunen mit der BA in den Arbeitsgemeinschaften zeigten sich Schwierigkeiten - von Kommunen höre sie immer wieder, dass sich die Mitarbeiter der BA in den neu gegründeten Arbeitsgemeinschaften an 37 verbindliche Handlungsempfehlungen halten müssen. Die BA müsse diesen überbordenden Zentralismus und die Bürokratie dringend abbauen, weil er konstruktive und der örtlichen Situation angepasste Problemlösungen massiv erschwere. Stewens: „Geschieht dies nicht, werde ich als Fachaufsicht einschreiten und die notwendigen Spielräume für die Arbeitsgemeinschaften schaffen müssen.“ (Fortsetzung auf Seite 4)

Netzwerk Musikschule und Blasmusik

Im Bemühen um musikalische Nachwuchsförderung gehen die beiden Musikverbände Bayerischer Blasmusikverband (BBMV) und Verband Bayerischer Sing- und Musikschulen (VBSM) seit diesem Jahr gemeinsame Wege. Der BBMV-Präsident, MdL Manfred Ach, und Passaus Landrat Hanns Dorfner, Präsident des VBSM, besiegelten den Schulterschluss von Blasmusik und Musikschule. Eine gesamt-bayerische Kooperationsvereinbarung dokumentiert nun die gemeinsamen Zielsetzungen und legt die vertiefte Zusammenarbeit auf Orts-, Regional- und Landesebene fest.

„Die Vereinbarung ist ein bedeutender Schritt für das Musikland Bayern“, betont MdL Ach. Sie verdeutliche den gemeinsamen Willen, Kindern und Jugendlichen die besten Voraussetzungen für qualitative musikalische Betätigung zu schaffen. Besonders in Zeiten des sich wandelnden Schulsystems mit Ganztagschule und Nachmittagsbetreuung sei die gemeinschaftlich getragene Kinder- und Jugendförderung in der außerschulischen Musikerziehung wegweisend. Auch Landrat Dorfner sieht in der verstärkten Kooperation einen „weiteren Schritt hin zur qualitativen Förderung der musikalischen Bildung“. DK



Altoberbürgermeister Josef Deimer und Oberbürgermeister Hans Schaidinger.

der zweifache Familienvater mit 61,5 Prozent im Amt bestätigt.

Wiedergewählt wurden auch Oberbürgermeister Christian Ude (München) als 1. stellvertretender Vorsitzender und Erster Bürgermeister Rudolf Schaupp (Berchtesgaden) als 2. stellvertretender Vorsitzender. Neu im Vorstand ist Oberbürgermeister Albert Zankl (Passau).

Wie der neue Städtetagschef bei seiner Antrittsrede forderte, „muss derjenige, der dieses Land

nalen Selbstverwaltung auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung umfasst. Seit der Zeit habe sich aber nichts verbessert. Im Gegenteil: Die Finanzsituation der Kommunen sei dramatisch schlechter geworden. „Im Grunde ist das Verhalten von Bundestag und Bundesrat in dieser Frage verfassungswidrig“, meinte der Oberbürgermeister.

Kritisch setzte sich der CSU-Politiker auch mit der Stellung der Städte und Gemeinden im (Fortsetzung auf Seite 4)

Otto Wiesheu zieht erfolgreiche Bilanz:

Der Freistaat als Wachstumsmotor

Bayern ist eine der wohlhabendsten Regionen der Welt

Mit einem Plus beim Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 2,5 % gegenüber 1,7 % im Bundesdurchschnitt ist Bayern im vergangenen Jahr der Wachstumsmotor für Deutschland gewesen. Wirtschaftsminister Otto Wiesheu, der in seiner Jahrespressekonferenz keine „Wachstumsprognose auf Punkt und Komma für Bayern nennen wollte, ist sich aber sicher, „dass der Freistaat auf Grund seiner modernen Wirtschaftsstruktur auch 2005 erneut überdurchschnittlich abschnitten“ und wieder die Rolle als Wachstumsmotor spielen wird.

Bayern gehört nach seiner Feststellung heute zu den wohlhabendsten und produktivsten Re-

gionen weltweit. Um insgesamt in Deutschland die Konjunktur wieder anzukurbeln, fordert der bayerische Wirtschaftsminister, auf einige Urlaubstage zu verzichten, denn „schon ein oder zwei Tage Mehrarbeit würden das Wachstum deutlich vergrößern. So etwas schade niemandem und tue auch keinem weh.“

Trauerspiel am Bau

Insgesamt sieht Wiesheu die konjunkturellen Perspektiven Deutschlands für 2005 von erheblichen Unsicherheiten geprägt, wie schon die Bandbreite der Wachstumsprognosen von +0,8 % bis + 2,0 % zeige. So hänge die Exportentwicklung maßgeblich vom Eurokurs ab.

Bei den Investitionen bleibe abzuwarten, ob sie über den Ersatz- und Rationalisierungsbedarf wesentlich hinausgehen (Fortsetzung auf Seite 2)



Landrat Georg Grabner, Innenminister Günther Beckstein und MdL Anton Kern (v. l.) stellten in Berchtesgaden die Erweiterung des automatischen Meßnetzes im Lawinenwarndienst vor (vgl. unser Bericht von Peter Hallermeier auf Seite 4).



Der Bürgermeister will dem braunen Spuk begegnen. Alle demokratischen Kräfte in Städten sollen sich zusammensetzen. Jedem Teilnehmer will er mitgeben, was der Breslauer Pfarrer Peikart vor 60 Jahren schrieb: „Wie furchtbar ist das Gottesgericht über ein Volk, dessen Staatsführung Gott und sein Gesetz abgeschafft hat. Möge Gott sich erbarmen der unsagbaren Not...“ S. 8

Sie lesen in dieser Ausgabe

Streit um die Bezirke	Seite 2
Klare Prioritäten für Bildung in Bayern	2
GZ-Kolumne Gerhard Weber: Entlastung der Kommunen im sozialen Bereich vonnöten	3
Kritik an Bundesagentur für Arbeit	3
GZ-Fachthema Umwelt · Abfall	5 / 6
Aus den bayerischen Kommunen	7 / 8
GZ-Dokumentation „Zukunftswerkstatt“ EDV für Bayerns Kommunalverwaltungen	II/1 - II/8

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Streit um die Bezirke:

Verhandlungen auf höchster Ebene

Es geht um die Verteilung der Aufgaben und Kosten
Entscheidung bis Jahresende - Landtag erwartet ersten Bericht im Herbst

Die Zukunft der Bezirke wird heuer Gegenstand intensiver Verhandlungen der Staatsregierung und der CSU-Landtagsfraktion mit den kommunalen Spitzenverbänden sein. Fraktionsvorsitzender Joachim Herrmann erläuterte, es gehe um die rationellste Verteilung der Aufgaben und damit der Kosten zwischen Bezirken, Städten und Landkreisen. Er machte deutlich: Niemand solle glauben, dass der Staat zusätzliche Kosten übernehme. Zu der von Staatsminister Erwin Huber im Streit in Erwägung gezogenen Auflösung der Bezirke meinte der Fraktionschef, allein dadurch würde nicht viel gespart. Bis Jahresende soll ein Konzept erarbeitet werden.

Herrmann, der selbst an den Gesprächen teilnehmen will, nannte auf GZ-Fragen als „Baustellen“ der Neuordnung insbesondere die mit der Arbeitslosenhilfe nach „Hartz IV“ kombinierte Sozialhilfe, Alten- und Behindertenversorgung, Krankenhäuser und Ausländerbetreuung (Kontingentflüchtlinge). Es mache wenig Sinn, so Herrmann, wenn Städte und Landkreise Aufgaben an die Bezirke abgäben, und die Bezirksumlage dann erhöht werde. Termin für eine Neuordnung ist der 1. Januar nächsten Jahres, wenn die Änderungen nach dem Sozialgesetzbuch in Kraft treten.

Anträge zu den Finanzen

Dem Kommunalausschuss lagen zum Thema Bezirksfinanzen zwei sinngemäß ähnliche SPD-Anträge und einer der Grünen vor. Die SPD verlangte, über die Finanzsituation der sieben Bezirke bis zum Herbst mündlich und schriftlich zu berichten. Die Grünen wollten die Staatsregierung gleich beauftragen, die Bezirksfinanzen so auszugestalten, dass ein Ansteigen der Bezirksumlage verhindert und die Leistungen der Bezirke im sozialen Bereich gesichert und verbessert werden.

Klagedrohung

Helga Schmitt-Bussinger (SPD), die stellvertretende Ausschussvorsitzende, verwies als Berichterstatterin auf die intensiven Diskussionen in den Bezirken selbst bis hin zur Androhung einer Klage gegen den Freistaat durch den Bezirk Schwaben, der sich über 100 Kommunen anschließen wollen. Sie berief sich

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG
Bürgermeister Fritz Stahl
83278 Traunstein
am 1.3.

ZUM 60. GEBURTSTAG
Bürgermeister
Richard Hollerith
85646 Anzing
am 2.3.

ZUM 55. GEBURTSTAG
Bürgermeister
Willibald Schneider sen.
85131 Pollenfeld
am 4.3.
Landrat Rudi Engelhard
85264 Pfaffenhofen
am 10.3.

ZUM 50. GEBURTSTAG
Bürgermeister Wolfram Gum
82229 Seefeld
am 5.3.

Bürgermeister Peter Seifert
97462 Niederwern
am 8.3.

ZUM 45. GEBURTSTAG
Bürgermeister Max Schmaderer
93489 Schorndorf
am 6.3.

Bürgermeister Thomas Köhler
63839 Kleinwallstadt
am 12.3.

ZUM 40. GEBURTSTAG
Bürgermeister Andreas Schwarz
96129 Strullendorf
am 3.3.

auf Innenminister Dr. Günther Beckstein, demzufolge kommunale Finanzierungslasten vom Freistaat übernommen werden sollen. Die SPD-Anträge beruheten auch auf Gesprächen mit den Bezirkstagspräsidenten.

Bund bleibt in der Verantwortung

Mitberichterstatte Thomas Obermeier (CSU) hielt die SPD-Anträge für akzeptabel, um Informationen zu erhalten. Sinnvoller Zeitpunkt sei jedoch, wie vom Innenministerium angekündigt, der 1. März 2006, weil erst dann verlässliche Zahlen über Hartz IV vorlägen. Henry

(Fortsetzung von Seite 1) werden. Werde die Eigenheimzulage endgültig demontiert, werde sich das Trauerspiel am Bau fortsetzen. Und vom privaten Verbrauch sei nicht allzu viel zu erwarten, weil die Einkommensteuer-Entlastung durch höhere Sozialabgaben und höhere Energierechnungen aufgeessen werde. Hinzu kämen die anhaltenden Ängste vor Arbeitsplatzverlusten. Wiesheu: „Es wäre grob fahrlässig, jetzt schon den weiteren Aufschwung für gesichert zu halten und in der Reformpolitik auf Leerlauf zu schalten.“

Überdurchschnittliches Wachstum

Im vergangenen Jahr erreichte das reale BIP, also das Wirtschaftswachstum in Deutschland insgesamt und in den alten Bundesländern 1,7 % sowie in den neuen Ländern 1,4 %. Demgegenüber hat Bayern erheblich besser abgeschnitten. Denn im weißblauen Freistaat - wie auch in Sachsen - betrug das Wirtschaftswachstum 2,5 %. Mit 2 % folgten Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein vor Hessen (1,9 %) sowie Baden-Württemberg und Thüringen (1,7 %) und Hamburg und Niedersachsen (1,5 %). Nordrhein-Westfalen lag mit 1,3 % noch hinter dem Saarland mit 1,4 %. Auf den weiteren Plätzen folgten Bremen (1 %), Brandenburg und Sachsen-Anhalt (0,9 %), Mecklenburg-Vorpommern (0,8 %) und zum Schluss Berlin mit 0,4 %.

Die führende Rolle Bayerns zeigt sich auch eindrucksvoll an anderen Parametern. So erreichte das nominale Bruttoinlandsprodukt Bayerns mit 386,5 Mrd. € 2004 einen Anteil an der deutschen Wirtschaftsleistung von 17,7 %, obwohl der Bevölkerungsanteil nur 15,0 % beträgt. Pro Kopf waren das mit 31.000 € 17,8 % mehr als im bundesweiten Durchschnitt. Die Arbeitsproduktivität (BIP je Erwerbstätigen) übertraf mit 62.114 € das Bundesniveau um 9,6 %.

„Diese Faktoren“, so Wiesheu, „widerlegen alle nachfrageorientierten Pessimisten, die ständig vor einem vermeintlichen Konsolidierungskurs zur Unzeit warnen. Wir reiten Bayern mit unserer Generallinie ‚Sparen - Reformieren - Investieren‘ nicht in eine Wachstumsschwäche hinein.“ Wenngleich Bayern in allen

Schramm (CSU) verwies ausgehend von seinem Heimatbezirk Oberfranken darauf, dass Städte und Gemeinden „blank“ seien und zum Teil keinen genehmigungsfähigen Haushalt mehr aufstellen könnten. Bei der ganzen Misere dürfe der Bund nicht aus der Verantwortung gelassen werden. Im Gegensatz zu Bayern gelte für den Bund das Konnektivitätsprinzip noch nicht. Christine Kamm (Grüne) befand, die Krise der Bezirke beruhe u. a. auf den stetig wachsenden Aufgaben. Eine Auflösung könne die Problematik nicht lösen. Hier sei auch der Freistaat gefordert.

Stellungnahme im Herbst

Ministerialrat Klaus Pühr-Westerheide vom Innenministerium merkte an, ein Bericht etwa in der Jahresmitte hätte wenig Aussagekraft. Dementsprechend erwartet der Ausschuss - dem SPD-Antrag entgegenkommend - im Herbst eine erste Stellungnahme der Staatsregierung über die Verhandlungen und Überle-

Der Freistaat als ...

Bereichen besser abgeschnitten habe als der Bund, dürfe man aber Licht und Schatten in den einzelnen Branchen nicht übersehen. Eine starke Aufwärtstendenz verzeichnete das Verarbeitende Gewerbe. Deutlich verbessert hat sich auch die Situation im Großhandel. Dagegen musste der Einzelhandel weitere Umsatzrückgänge hinnehmen. Nicht gestoppt werden konnte der Negativtrend im Baugewerbe. Zumindest stabil blieb die Lage im Handwerk.

Exportwirtschaft auf Rekordkurs

„Wie gewohnt“ blieb die bayerische Exportwirtschaft auf Rekordkurs. Mit einem Plus von 10,9 % auf 108,3 Mrd. € von Januar bis November (Bund: 10,5 %) gab es den elften Exportrekord in Folge. Die Exportquote beträgt mittlerweile 45 % und damit 5 Prozentpunkte mehr als im Bundesdurchschnitt. Zum Vergleich: 1993 machte sie erst 30 % aus. Die Importe nach Bayern erhöhten sich in den ersten elf Monaten 2004 leicht unterdurchschnittlich um 7,7 % auf 86,8 Mrd. € (Bund: 7,8 %). Der Ausfuhrüberschuss stieg damit auf das neue Allzeithoch von 21,5 Mrd. €.

USA wichtigste Abnehmer

Das wichtigste Abnehmerland blieben trotz des hohen Eurokurses mit einem Anteil von 12,6 % am Gesamtexport die USA. Die Ausfuhren in die 25 EU-Partnerstaaten erreichten einen Exportanteil von 59,8 %. Überdurchschnittlich dynamisch entwickelten sich die Ausfuhren in die zwölf Länder der Euro-Zone. Dieser Anteil am Gesamtexport machte 39,6 % aus. Dagegen fiel das Plus bei den Exporten in die acht mittel- und osteuropäischen Länder mit 8,9 % Anteil am Gesamtexport nicht mehr so fulminant aus. Außerordentlich expansiv mit 16,6 % Plus entwickelte sich der Warenabsatz in die Länder Asiens mit einem Anteil von jetzt 13,4 %. Während die Ausfuhren nach Japan deutlich an Fahrt gewannen, verlor der Handel mit China an Dynamik. Fast zwei Drittel der bayerischen Exporte entfielen auf Fahrzeuge (30,7 %), Maschinen (17,7 %) und elektrotechnische Erzeugnisse (14,1 %).

gungen zur Neuordnung der Bezirksaufgaben und ihrer Finanzierung. Im anderen, gleichfalls einstimmig angenommenen, modifizierten SPD-Antrag wird ein weiterer schriftlicher und mündlicher Bericht der Staatsregierung für das konkrete Konzept mit Stichtag 1. März 2006 festgelegt. Der Grünen-Antrag wurde bei Stimmenthaltung der SPD von der CSU abgelehnt.

Verteilungskampf

Der CSU-Bezirksverband Oberbayern hat die Einsetzung einer Arbeitsgruppe angekündigt, die über die zukünftige Aufgabenstellung der Bezirke beraten soll. Dazu erklärte Landtagspräsident Alois Glück als Bezirksvorsitzender gegenüber der Presse, statt des früheren konstruktiven Miteinander stehe die „kommunale Familie“ im Verteilungskampf um die knappen, gewordenen Mittel zunehmend gegeneinander. Dieser Kampf werde nicht allein mit strukturellen Veränderungen zu beenden sein. Mutmaßungen, er ziehe eine Auflösung dieser kommunalen Ebene in Betracht, wies Glück zurück. Gegenwärtig sehe er keine Alternative zu den Bezirken in ihrer Ausgleichsfunktion zwischen finanzstärkeren und schwächeren Landkreisen. **rm**

Auf die Arbeitslosigkeit hat sich die bessere Wachstumsbilanz im vergangenen Jahr „leider noch nicht positiv ausgewirkt.“ Zwar erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen um 0,3 % auf 6,2 Mio., „doch dürfte die Zunahme durch Ich-AGs und Mini-Jobber nach oben verzerrt sein.“ Immerhin hat sich der Abbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung - „der harte Kern, der für Steuern und Sozialabgaben sorgt“ - deutlich verlangsamt.

Platz 2 beim Arbeitsmarkt

Trotz dieser relativierenden Einschränkungen konnte Wiesheu darauf verweisen, dass Bayern mit einer Arbeitslosenquote von 6,9 % im Länderranking nach wie vor Platz 2 hinter Baden-Württemberg (6,2 %) und vor Rheinland-Pfalz (7,7%) und Hessen (8,2 %) behauptet. Mit den Arbeitsamtbezirken Freising (4,2 %) und Donauwörth (4,8 %) stellt der Freistaat die beiden bundesweiten Spitzenreiter bei der regionalen Arbeitslosenquote. Mit dem Arbeitsamtbezirk Hof (11,1 %) liegt lediglich ein einziger bayerischer Bezirk über dem gesamtdeutschen Schnitt von 10,5 %. Wiesheu zu den Aussichten: „Bei den gegebenen arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen sehe ich noch nicht das große Angebot an neuen Stellen im Niedriglohnssektor.“

Innenstaatssekretär Schmid:

Volksfeste konstante Fixpunkte in Bayern

„Landesweit gehört das Volksfest in unseren Städten und Gemeinden seit Jahrhunderten zu den konstanten Fixpunkten im Jahr. Dies soll trotz des zaghaften Konsumverhaltens der Besucher und der oftmals vorhandenen Sicherheitsbedenken bei Menschenansammlungen auch weiterhin so bleiben“, stellte Innenstaatssekretär Georg Schmid anlässlich der Großkundgebung des Bayerischen Landesverbandes der Marktkaufleute und der Schauspieler am 18. Februar 2004 in Augsburg die Bedeutung der Volksfeste, Märkte und Jahrmärkte heraus. Weitere Informationen unter: www.stmi.bayern.de.

Landtag verabschiedet Kultusetat:

Klare Prioritäten für die Bildung in Bayern

Ministerin Hohlmeier unterstreicht
Bedeutung der Grund- und Hauptschulen

Im Bemühen, der bayerischen Schule ihre Spitzenposition im Vergleich der Bundesländer zu behaupten, hat Kultusministerin Monika Hohlmeier den Kommunen als Träger von Schulen und Sachaufwendungen im Bildungsbereich versichert, sie würden weiterhin mit der Staatsregierung einen verlässlichen Partner an ihrer Seite haben. In ihrer Etatrede zum Doppelhaushalt 2005/06 sprach sie von klaren Prioritäten zugunsten der Bildung und charakterisierte das Zahlenwerk als Zeichen einer optimalen Chanzenförderung für Kinder und Jugendliche, verbunden mit der Konsolidierung der Staatsfinanzen. Sie betonte insbesondere, dass die „Unterrichtsversorgung“ mit Lehrkräften gesichert sei.

Mit einem „außergewöhnlichen Kraftakt“ sei eine „nachhaltige Steigerung der Haushaltsmittel“ ermöglicht worden. Heuer erhöhe sich das Gesamtvolumen der Ausgaben um rund 175 Mio. € und in 2006 um weitere 184 Mio. € was eine Steigerung der Bildungsausgaben um 4,5% bedeute. „Damit investieren wir nachhaltig in die Zukunft junger Menschen.“ Den Schülerinnen und Schülern werde im nächsten Schuljahr „ein Mehr an Unterricht von beinahe 1400 Lehrstellen“ zur Verfügung stehen; entsprechend dem enormen Schülerzuwachs und veränderten Bildungsverhalten. Im Einzelnen enthält der Haushalt 240 neue Planstellen, 500 zusätzliche Zeitverträge (für ein Jahr) sowie rund 650 „Stellenkapazitäten“, die aus der Erhöhung

Der Freistaat wird seine „erfolgreiche Dreifach-Strategie der Wirtschaftspolitik“ fortsetzen. Genannt wurden erstens die Politik der Bestandssicherung, zweitens die Modernisierung und Innovationsoffensive und drittens die Stärkung der regionalen Wirtschaftsstruktur. Unter den dritten Punkt fällt auch der Ausbau des Flughafens Hof.

Als Schwerpunkte der bayerischen Wirtschaftspolitik für 2005 bezeichnete der Minister die forcierte Clusterbildung, also die verstärkte regionale Verschränkung von Wirtschaft und Wissenschaft, und die Verbesserung der Mittelstandsfinanzierung, damit auch Unternehmen mit schwächerer Bonität wieder Zugang zu den öffentlichen Förderkrediten bekommen. Außerdem will Wiesheu die Benachteiligung bayerischer und deutscher Banken bei der Bankenaufsicht (Stichwort § 18 KWG) speziell gegenüber österreichischen Kreditinstituten beseitigen.

Verbesserung der Unternehmensbesteuerung

Auf der bayerischen Agenda stehen auch die Verbesserung der nicht mehr wettbewerbsfähigen Unternehmensbesteuerung und eine Bundesratsinitiative zur Erbschaftsteuer, um die Unternehmensnachfolge - vor allem im Mittelstand - zu erleichtern. Sodann will Bayern um eine Beibehaltung der Grenzlandförderung, auch im Rahmen der EU-Förderung, kämpfen.

Ausbau der Verkehrsinfrastruktur

Und schließlich nannte Wiesheu den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur (Münchener und Nürnberger S-Bahn, Augsburg-Diesel- und Elektronetz, die Bahnstrecken München - Regensburg - Hof, München - Oberstdorf und München - Ingolstadt - Nürnberg). Und nicht vergessen hat in diesem Zusammenhang Wiesheu den Hinweis auf die beiden Großprojekte Donau-Ausbau und Transrapid. Bayerns Wirtschaftsminister: „Je stärker die bayerischen Pferde ziehen, umso besser kommt der deutsche Karren in Schwung.“ **dhg.**

der Unterrichtspflichtzeit der Lehrer gewonnen werden.

Hohlmeier verwies auf die vorsichtige Berechnung der statistischen Ämter, wonach es nächstes Jahr 13.750 Grundschüler mehr geben und die Zahl der 6- bis 16-Jährigen bis 2012 um 54.000 zunehmen werde. Die Hauptschule sei zur Angelschule geworden „und sollte für ihre guten Leistungen in der Öffentlichkeit wesentlich mehr Anerkennung erhalten“. Die Ministerin kündigte Regionalkonzepte und die „Integration“ von Teilhauptschulen an. Damit sollte dieser Bildungsweg zur „erstzunehmenden Alternative im gegliederten Schulwesen werden. Die Maßnahmen würden selbstverständlich „in enger Abstimmung mit den betroffenen Kommunen und Landkreisen durchgeführt. Aufgrund veränderter Familienstrukturen, insbesondere der Verbindung von Familie und Beruf, bekomme die Ganztagsbetreuung zunehmende Bedeutung. Die Zahl der Ganztagschulen werde in den kommenden Jahren auf 100 verdoppelt.“

Flächendeckendes Ganztagsangebot

Über diese Ankündigung der Ministerin hinaus wurde im weiteren Verlauf der Landtagsvollversammlung überraschend ein SPD-Dringlichkeitsantrag einstimmig akzeptiert, die Staatsregierung solle flächendeckend ein Ganztagsangebot dort einführen, wo Eltern und Kinder dies wünschen. Die CSU stützte ihr Ja auf eine von ihrem Fraktionsvorsitzenden Joachim Herrmann in einer Presseerklärung angekündigte, entsprechende Initiative. SPD und Grüne bewerteten das als Erfolg ihrer bislang von der Regierungsfraktion abgelehnten Anträge.

Klare Prioritäten versus Luftbuchungen

In der Etatdebatte zeigten sich die Sprecher der CSU, an der Spitze ihr Bildungsexperte Siegfried Schneider, mit Hohlmeiers Rede und den Etatzahlen einverstanden. Es sei ein Haushalt mit „klarer Priorität“ für die Bildung. Für die Opposition mit den Hauptrednern Marianne Schieder (SPD) und Simone Tolle (Grüne) ist die bayerische Bildungspolitik keineswegs vorbildlich und fortschrittlich. Vor allem hinsichtlich der Unterrichtsversorgung und der Lehrplanstellen sprachen sie von „Luftbuchungen“ und „Verschiebepflicht“.

Zu den Zahlen der Ministerin stellten sie Gegenrechnungen auf. Im Ergebnis gebe es gerade mal 273 zusätzliche Stellen und es fehlten über 1.000 Lehrer in Bayern. Von einer Spitzenstellung der Schulen im Freistaat könne nicht gesprochen werden. Beide Oppositionsfraktionen kündigten an, das Thema Bildung und Schule weiter kritisch zu verfolgen und sowohl mit Lehrer- und Elternverbänden als auch mit den Kommunen in engem Kontakt zu bleiben. **rm**

Die unvollendete Föderalismusreform

Von Dr. Georg Sinnacher, Altlandrat und Altbezirkstagspräsident

Die von Bundestag und Bundesrat eingesetzte Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung (Föderalismuskommission) ist vorerst gescheitert. Kommunal betrachtet muss dies noch kein Nachteil sein. Die Kommission hat von Anfang an lediglich den Versuch gemacht, die Zuständigkeiten von Bund und Ländern neu zu ordnen. Wichtige Reformaufgaben auf der Grundlage des Deutschen Grundgesetzes und die damit während eines halben Jahrhunderts gemachten Erfahrungen blieben ausgespart. Das gilt vor allem für das Kernproblem des Föderalismus, dass nämlich zu viele der 16 Bundesländer am Tropf anderer, des Bundes und der Länder, hängen und aus eigener Kraft nicht leistungsfähig und europatauglich genug sind.

Immerhin haben drei deutsche Bundesländer nur die Durchschnittsgröße eines bayerischen Bezirks, sieben entsprechen ihrer Einwohnerzahl nach in etwa dem Bezirk Oberbayern. Die Zukunftsaufgabe des Bundes muss zur Verminderung der enormen Kosten des Länderfinanzausgleichs (zum Beispiel im Jahre 2003 6,6 Milliarden Euro) auch darin liegen, strukturell und leistungsmäßig ausgeglichene Bundesländer zu bilden.

Wettbewerb

Föderalismus hat auch mit Wettbewerb zu tun. Diese Fragestellung ist selbstverständlich für die bayerischen Kommunen relevant, zahlte doch der Freistaat Bayern im Jahre 2003 mit rund 1,85 Milliarden Euro fast die Hälfte seiner Leistungen im kommunalen Finanzausgleich an ausgleichsbefähigte Bundesländer.

Besonders bedauerlich ist, dass der Finanzausgleich und die Finanzverfassung, auch soweit die Kommunen betroffen sind, ausgeklammert bleiben. Die Reform muss unbedingt einen wesentlichen Beitrag leisten, den kommunalen Ebenen aus ihrer finanziellen Dauerkrise zu helfen.

Kommunen gehören dazu

Die bisher diskutierte Reform des deutschen Föderalismus beschränkt sich auf das Ziel, die Gesetzgebungszuständigkeit zu entflechten, was sicher begrüßenswert ist, das heißt auf den staatlichen Dualismus. Zum Föderalismus Deutschlands im Sinne der Subsidiarität gehören aber auch die Kommunen. Deshalb ist der Föderalismusansatz der Kommission zu kurz gefasst.

Recht der Selbstverwaltung

Den Kommunen ist in Art. 28 Abs. 2 GG das Recht der Selbstverwaltung einschließlich den Grundlagen ihrer finanziellen

sprechenden Auswirkungen auf die mangelnden kommunalen Investitionen sind die Folge.

Eigenartige Form der Selbstverwaltung

Dabei muss festgestellt werden, dass es sich um eine eigenartige Form kommunaler Selbstverwaltung handelt, wenn der Bund die Ausführung des Sozialhilferechts bis in kleinste Details regelt. Solches darf eigentlich nur im übertragenen Wirkungsbereich geschehen. Die gesetzliche Qualifizierung der Sozialhilfe als kommunale Selbstverwaltungsangelegenheit ist bei materieller Betrachtung der Grundsätze des Kommunalrechts eine Fehlleistung.

Sie ist inhaltlich höchstens formell als Selbstverwaltungsangelegenheit zu qualifizieren, ohne dass deswegen eine Aussage getroffen ist, ob dies im übertragenen oder eigenen Wirkungsbereich erfolgt. Auf Deutschland bezogen hat sich die Problematik dadurch verschärft, dass in der Mehrzahl der Bundesländer das Land selbst überörtlicher Sozialhilfeträger ist, während in der Minderzahl, allerdings in den großen Bundesländern, kommunale Trägerschaften eingerichtet wurden. Im ersten Bereich stimmt die Verfassungsrechtslage des Grundgesetzes, bei der zweiten Gruppe ist eine Ergänzung des Grundgesetzes dringend erforderlich.

Verfassung schützt die Kommunen

Zu ihrem Schutz brauchen die Kommunen, denen die Verfassung eine sehr hohe Rangstellung einräumt, das Verfassungsrecht. Es hat sich gezeigt, dass den Kommunen kein genügendes Mitwirkungsrecht bei der Bundesgesetzgebung eingeräumt ist, was vor allem den Bundesrat und den Vermittlungsausschuss anbelangt. In diesem Bereich brauchen sie eine verstärkte Position für ihre Mitwirkung, vor allem auch, weil im Vermittlungsausschuss oft genug opportunistische, vordergründige, auch parteipolitische Rücksichtnahmen obliegen, also nicht so sehr das Recht, als vielmehr die Politik. Zuviel ist im Rahmen der Sozialgesetzgebung zu Lasten der Kommunen im letzten Augenblick im Vermittlungsausschuss beschlossen worden.

Ergänzung im Grundgesetz

Im Grundgesetz muss klargestellt werden, dass es keinen direkten Durchgriff des Bundes auf die Kommunen geben darf. Es kann nicht angehen, dass der Bund den Gemeinden Aufgaben überweist. Die Garantienstellung der Länder für ihre Kommunen muss klar bleiben.

Schon jetzt versucht der Freistaat Bayern, sich dem neuen bayerischen Konnexitätsprinzip nach Art. 83 BV zu entziehen, indem er auf die bundesgesetzliche Veranlassung verweist. Es besteht das dringende Bedürfnis, den Art. 84 GG um die Bestimmung zu ergänzen: „Durch Bundesgesetz dürfen die Gemeinden und Gemeindeverbänden Aufgaben nicht übertragen werden.“

Garantienstellung

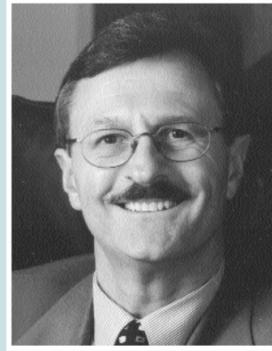
Art. 28 Abs. 2 GG legt fest, dass zur Gewährleistung der kommunalen Selbstverwaltung auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung zäh-

GZ Kolumne Gerhard Weber

*Liebe Lehrkräfte
und Leser!*

Die Zahlen klingen nicht nur dramatisch, sie sind es: Allein die Ausgaben für die Jugendhilfe sind seit dem Inkrafttreten des SGB VIII am 1. Januar 1991 bundesweit von rund 14,3 Milliarden Euro im Jahr 1992 auf rund 20,2 Milliarden Euro im Jahr 2002 gestiegen. Die Nettoausgaben im Sozialhilfebereich kletterten von 20,28 Milliarden Euro im Jahr 1998 auf 21,91 Milliarden Euro im Jahr 2002. Angesichts der dramatischen Finanzsituation der Kommunen besteht deshalb aktuell dringender Handlungsbedarf.

Dankenswerter Weise hat die Bayerische Staatsregierung im Bundesrat den Entwurf eines „Gesetzes zur Entlastung der Kommunen



Im Bereich des Sozialhilferechts beinhaltet der Gesetzesentwurf insbesondere folgende Änderungsvorschläge:

- Die Ausweitung der Aufrechnungsmöglichkeit für den Sozialhilfeträger;
- den Einsatz des Kindergeldes in voller Höhe zur Deckung der Kosten auch bei Volljährigen in bestimmten Fällen;
- sowie die Stärkung der Erbenhaftung.

Außerdem beinhalten die Änderungsvorschläge des Gesetzentwurfs die Einfügung einer generellen Finanzkraftklausel bzw. eines Finanzierungsvorbehaltes für alle Bücher des Sozialgesetzbuches und die Schärfung der Generalklauseln für die Missbrauchskontrolle.

Im Bereich der Jugendhilfe werden die Ausgabensteigerungen bzw. die Einnahmesteigerungen auf rund 250 Millionen Euro, im Bereich der Sozialhilfe auf 300 Millionen Euro jährlich bundesweit geschätzt. Dazu kommen noch die Einsparungen durch die Streichung der Leistungen für seelisch Behinderte oder von einer solchen Behinderung bedrohte junge Menschen (§ 35 a SGB VIII) für die es derzeit auf Bundesebene keine exakten Zahlen gibt. Aber gerade hier sind die Ausgaben in den letzten Jahren geradezu explodiert! In der Stadt Regensburg sind diese Ausgaben von 1998 bis 2004 um 1.407 Prozent (!) gestiegen.

Die Kommunen wollen und müssen auch in Zukunft ihre bedeutenden Aufgaben im sozialen Sicherungssystem unseres Landes erfüllen. Dazu müssen aber überzogene, nicht gerechtfertigte Leistungsansprüche auf ein realistisches, finanzierbares Maß weiter entwickelt werden. Es nützt niemanden, insbesondere nicht den Hilfebedürftigen, wenn die Kommunen heute durch überzogene, nur durch Schulden finanzierte Sozialleistungen in eine so schwerwiegende finanzielle Schieflage gebracht werden, dass sie morgen ihre sozialen Verpflichtungen überhaupt nicht mehr erfüllen können.

Es liegt jetzt an der Bundesregierung und den rot-grünen Regierungsfractionen, ob den Kommunen endlich die dringend erforderlichen Entlastungen im sozialen Bereich gewährt werden. Die Kommunen warten mit Spannung, ob die Bundesregierung ihren oftmals, diesbezüglichen Versprechungen nun endlich Taten folgen lässt. Es wäre allerhöchste Zeit!

Gerhard Weber

Entlastung der Kommunen im sozialen Bereich muss kommen

im sozialen Bereich (KEG)“ eingebracht. Der Bundesrat hat dieses Gesetz am 5. November 2004 angenommen und dem Bundestag zugeleitet, wo es demnächst behandelt werden soll.

Das Gesetz hat das Ziel, insbesondere bei einigen kostenträchtigen Leistungen eine weitere Kostenbelastung der Kommunen zu vermeiden oder wenigstens deutlich einzudämmen. Die Änderungsvorschläge des Gesetzentwurfs beinhalten im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe unter anderem:

- die Einschränkung des Wunsch- und Wahlrechts der Leistungsempfänger, wenn dies Mehrkosten verursacht;
- die Betonung des Nachrangs der Kinder- und Jugendhilfe zu Selbsthilfe und Unterhalt;
- die Streichung der Leistungen für seelisch Behinderte oder von einer solchen Behinderung bedrohte junge Menschen und die kohärente Wiedereingliederung in das gesetzliche System der Sozial- und Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen;
- die Stärkung der Steuerungs- und Finanzverantwortung des Jugendamtes durch ein grundsätzliches Verbot der Selbstbeschaffung seitens der Leistungsempfänger;
- die gesetzliche Betonung des staatlichen Wächteramtes bzw. des Schutzauftrages des Jugendamtes;
- eine stärkere Kostenheranziehung von Eltern und die Anrechnung des Kindergeldes in bestimmten Fällen.

len. Der Adressat der Gewährleistung ist freilich nicht definiert. Es bleibt politisch und finanztechnisch in hohem Maße erforderlich, dass, wenn der Bund Mehrausgaben festlegt, er stärker als bisher die Ausgabenlast spürt, die mit Geldleistungsgesetzen verbunden sind. Die Schutzlosigkeit von Ländern und Kommunen bei derartigen Gesetzen des Bundes muss ein Ende haben und die finanzielle Garantienstellung der Länder für die Kommunen bedarf der grundgesetzmäßigen Klarstellung.

Verfassungsergänzung

Das Grundgesetz kennt zwar das Konnexitätsprinzip nach Art. 104 a GG, aber nur im Verhältnis vom Bund zu den Ländern. Die Versuche, diese Bestimmung entsprechend auf die Regelung des Kostenausgleichs von Aufgaben, die den Gemeinden und Gemeindeverbänden aufgrund eines Bundesgesetzes übertragen werden, ist in der juristischen Literatur und Verfassungsrechtssprechung gescheitert. Dabei herrscht Einigkeit darüber, dass der jetzige Art. 104a Abs. 3 GG seinem Funktionsauftrag nicht gerecht wird. Die Verfassungsbestimmung bedarf deshalb dringend der Erweiterung zu Gunsten eines kommunalen Konnexitätsprinzips. Der Bund darf sich bei von ihm beschlossenen sozialen Großtaten nicht durch Verlagerung von Aufgaben auf die Kommunen entlasten. Den bestehenden Rechtszu-

stand hat übrigens schon die frühere Enquete-Kommission zur Verfassungsreform kritisiert. Die zunächst gescheiterte Föderalismusreform muss nicht tief bedauert werden. Das Scheitern gewährt den deutschen Kommunen neue Chancen, dass der Föderalismus gemeinsam mit den Kommunen eine vollendete Lösung erfährt und die Kommunen aus ihrem unerbittlichen Finanzteufel herauskommen, zumal ja der Bund nach unserem Grundgesetz weitgehend auch die kommunale Einnahmeseite regeln darf.

Städtetag und Landkreistag zu Hartz IV:

Kritik an Bundesagentur

Massive Kritik üben Bayerischer Städtetag und Bayerischer Landkreistag am Verhalten der Bundesagentur für Arbeit beim Vollzug von Hartz IV. Die Kommunen sind nicht mehr bereit, tatenlos zuzusehen, wie die Bundesagentur die gemeinsam gebildeten Arbeitsgemeinschaften für die Bearbeitung des Arbeitslosengeldes II zu ihren Außenstellen umfunktioniert heißt es in einer gemeinsamen Presseerklärung.

Landkreistag und Städtetag haben deshalb inzwischen einen gemeinsamen Arbeitskreis für die kommunalen Geschäftsführer der Hartz IV-Arbeitsgemeinschaften gegründet. Dessen Ziel ist es, künftig mit einer Stimme gegenüber der Bundesagentur aufzutreten und sie zu mehr Partnerschaft und Kooperation zu bewegen.

Millionengrab Software

Ein ständiges Ärgernis beim Vollzug der Hartz IV-Gesetze ist u.a. auch das zentrale Softwareprogramm A2LL, das die Bundesagentur bei der Berechnung und Auszahlung des Arbeitslosengeldes II vorgibt. Die mit diesem Programm verbundenen vielen Abstriche, Fehler und Unzulänglichkeiten rauben den

kommunalen Mitarbeitern den letzten Nerv. Das System ist vielfach nicht in der Lage, den Kommunen einen Überblick über ihre Zahlungsvorgänge zu geben. Die Kommunen empfehlen deshalb der Agentur, das „Millionengrab A2LL“ endlich zu schließen und auf existierende dezentrale Programme umzusteigen.

Einhaltung der Verträge

Zunächst werden die Kommunen auf die Einhaltung ihrer Verträge pochen. Sollte sich die Situation bei der Zusammenarbeit zwischen Bundesagentur und Arbeitsgemeinschaften über die Durchführung von Hartz IV nicht verbessern, halten die Kommunen eine Kündigung der Verträge mit der Bundesagentur für nicht ausgeschlossen.

Große Bayerische Biographische Enzyklopädie

Wissenschaftsminister Goppel betont hohe Integrationskraft der Bayerischen Kultur und Geschichte

Die hohe Integrationskraft der Bayerischen Kultur und Geschichte hat Wissenschaftsminister Thomas Goppel anlässlich der Vorstellung der „Großen Bayerischen Biographischen Enzyklopädie“ betont. „Die hohe Integrationskraft, die der bayerischen Kultur und Geschichte in ihrer Vielfalt zukommt, geht durch alle gesellschaftlichen Schichten und ist Erfolgsfaktor für Bayern“, hob der Minister hervor. „In der Spannung zwischen Globalisierung und Regionalität, zwischen Tradition und Fortschritt gewinnt die Auseinandersetzung mit unserer Kultur und Geschichte immer größere Bedeutung. Ihr kommt die Aufgabe zu, ein ausgewogenes Verhältnis von Tradition und Fortschritt, von Weltoffenheit und Heimatverbundenheit zu schaffen und neben der heute erforderlichen globalen Weltsicht die Bindung der Menschen an ihre Heimat zu fördern“, so Goppel.

12.000 prägende Persönlichkeiten

In der „Großen Bayerischen Biographischen Enzyklopädie“ werden rund 12.000 Persönlichkeiten vorgestellt, die die bayerische Geschichte und das kulturelle Leben Bayerns seit dem frühen Mittelalter geprägt haben. Die „Große Bayerische Biographische Enzyklopädie“ ist damit die umfangreichste Sammlung biographischer Artikel mit bayerischem Bezug.

Brennpunkt Alpen - zwischen Klimawandel und Leichtsinn:

Die weiße Pracht und ihre Gefahren

Beckstein und Schnappauf stellen Erweiterung des automatischen Messnetzes im Lawinenwarndienst vor: „Freistaat verstärkt Vorsorge“

Berchtesgaden. Innenminister Dr. Günther Beckstein und Umweltminister Dr. Werner Schnappauf nahmen im schwer erreichbaren Kernbereich der Berchtesgadener Alpen auf 1420 Meter Höhe die 16. automatische Mess-Station in den bayerischen Alpen namens „Kühroint - Funtenseetauern“ offiziell in Betrieb. Die neue Station liefert detaillierte Klima-, Schnee- und Wetterdaten und komplettiert damit das automatische Messnetz, das einen wesentlichen Vorsorgebaustein im Lawinenwarndienst darstellt. Kostenpunkt: Über eine Million Euro.

Die Daten des automatischen Messnetzes sind dabei eine wesentliche Entscheidungsgrundlage für die Beurteilung der aktuellen Lawinenlage durch die örtlichen Lawinenkommissionen.

Da sich der Alpenraum zunehmend zur Erholungslandschaft ersten Ranges entwickelt, werden immer mehr Menschen mit der Lawinengefahr konfrontiert - sei es als Verkehrsteilnehmer auf Gebirgsstraßen, als Gäste in Wintersportorten oder als Ski-Bergsteiger. Der Ski- und Snowboard-Sport verzeichnet eine wachsende Zahl von Tiefschnee-Enthusiasten. Ein immer größerer Kreis von Touren- und Variantenfahrern wagt sich in lawinengefährdetes Gelände.

Wichtige Synergieeffekte

Umweltminister Schnappauf befürchtet insbesondere, dass durch die Klimaerwärmung vor allem die Niederschläge zunehmen. Damit steige die Gefahr vermehrter Lawinenabgänge. Die bayerische Antwort darauf sei eine konsequente Vorsorge - auch im Lawinenwarndienst. Dabei könnten aus Umweltbeobachtung und Lawinenschutz wichtige Synergieeffekte erzielt werden. Mit Lawinen sei im Gebirge überall zu rechnen. Unwissenheit, Routine und Leichtsinn seien oftmals Gründe für folgenschwere Unfälle. Wer den Tiefschnee abseits gesicherter Pisten suche, sei auf eigenes Risiko unterwegs und müsse über die örtliche Schneesituation Bescheid wissen.

Voller Erfolg

Beckstein wiederum wertete die Arbeit der Lawinenwarndienste und der rund 400 Ehrenamtlichen, die als Mitglieder der 32 örtlichen Lawinenkommissionen und Lagebeobachter engagiert ihre verantwortungsvolle Arbeit verrichten, als vollen Erfolg.

Städte brauchen gesicherte Finanzausstattung

Vollversammlung verabschiedete Resolution

Um die Städte als konkurrenzfähige Wirtschaftsstandorte zu erhalten und den Verfall der städtischen Infrastruktur der Schulen und Straßen umzukehren, stellte die Vollversammlung des Bayerischen Städtetags folgende Forderungen auf:

- Die Gewerbesteuer, die sich erfreulicherweise etwas erholt hat, darf nicht in Frage gestellt werden. Sie muss im Gegenteil im Rahmen einer Gemeindefinanzreform zu einer kommunalen Betriebssteuer ausgebaut werden, die alle Unternehmen steuerpflichtig macht, die von der Infrastruktur der Städte profitieren.
- Der seit Jahren unaufhaltsame Anstieg der Sozialausgaben muss gestoppt werden. Die Städte erwarten für 2005, dass Bund und Länder die Kommunen durch Hartz IV tatsächlich um 2,5 Milliarden Euro entlasten. Zugleich fordern sie vom Bundestag, dass er das vom Bundesrat vorgelegte Gesetz zur Kostenentlastung der Kommunen im sozialen Bereich so schnell wie möglich aufgreift. Damit könnten die Kommunen bundesweit pro Jahr um 550 Millionen Euro entlastet werden.
- Die Städte warnen den Freistaat Bayern, mit seiner Sparpolitik insbesondere die Investitionen im Bereich der Krankenhäuser und Pflegeheime zu gefährden. Dies führt vor allem im Hinblick auf die demographische Entwicklung zu unerträglichen Situationen für die Betroffenen.
- Die Städte erwarten, dass die Gespräche zur Reform des Föderalismus wieder aufgenommen werden. Sie fordern, dass sie an diesen Gesprächen als gleichberechtigte Partner beteiligt werden. Schließlich ist die kommunale Finanzkrise vielfach darauf zurückzuführen, dass der Bund teure Gesetze beschlossen hat, ohne den Gemeinden dafür ausreichend Gelder für den Vollzug zur Verfügung zu stellen. Deshalb verlangen sie vom Bund, dass er künftig darauf verzichtet, Aufgaben auf die Kommunen zu übertragen, ohne für die Finanzierung einzustehen. **DK**

Georg Grabner (Berchtesgadener Land) wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass Sicherheit ein nicht zu unterschätzender wirtschaftlicher Faktor sei. Auch Fremdenverkehrsämter und Hoteliers hätten den Wert des Lawinenwarndienstes zu schätzen gelernt. Mit Lawinensicherheit lasse sich durchaus aktiv für die Region werben.

Pflichtlektüre

Der Lawinenlagebericht sei angesichts der aktuellen Gefahr Pflichtlektüre jedes Wintersportlers, hob der für die Koordination zuständige Leiter der Lawinenwarndienste, Dr. Bernhard Zenke, hervor. Außerdem sollten lawinenbedingte Sperrungen von Straßen und Pisten unbedingt beachtet werden. Um die aktuelle Lawinensituation in den bayerischen Alpenregionen zu ermit-

Wie läuft Hartz IV ...

(Fortsetzung von Seite 1) Zugleich forderte die Ministerin, die Lohnnebenkosten durch eine entschiedene Nutzung der vorhandenen Spielräume bei der Arbeitslosenversicherung zu senken. „Ich denke hier insbesondere an den Aussteuerungsbetrag von rund 6,7 Milliarden Euro, den die BA in diesem Jahr erstmals an den Bundeshaushalt überweisen soll. Wenn man den voraussichtlichen Bundeszuschuss von ca. 4 Milliarden Euro abzieht, finanziert Rot-Grün über den Aussteuerungsbetrag den Bundeshaushalt mit rund 2,7 Milliarden Euro - auf Kosten der Beitragszahler in der Arbeitslosenversicherung. Als Sofortmaßnahme könnte durch eine Abschaffung des Aussteuer-

tragsbetrages der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung um 0,3 Beitragspunkte auf 6,2 Prozent gesenkt werden“, erklärte Christa Stewens und fügte hinzu: „Vor dem Hintergrund der Rekordmarke von 5 Millionen Arbeitslosen wäre dies ein wichtiger Schritt: die Lohnnebenkosten zu senken und so die Einstellung von Arbeitnehmern zu erleichtern.“

Informationen im Internet

Ab sofort werden für Bergführer, Skitourengeher und Winterwanderer im neu gestalteten Internetauftritt der Lawinenwarndienste auch wöchentliche, regionale Schneedeckenberichte für sechs Gebiete des Bayerischen Alpenraums veröffentlicht. Dazu wird die Farbe der Gefahrenstufe sechs Regionen und den dazugehörigen Höhenstufen visuell zugeordnet.

Dieser neue Service, der einen schnellen optischen Überblick über die Gefahrensituation im bayerischen Alpenraum gibt, und der tägliche Lawinenlagebericht sind unter www.lawinenwarndienst-bayern.de abrufbar.

Durchaus unterschiedlich gestalteten sich die nachfolgenden Erfahrungsberichte. Für die Arbeitsgemeinschaften sprach zunächst Rolf Schreyer, Geschäftsführer der ARGE Günzburg. Sein Fazit: „Hartz IV läuft

Enormer Arbeitsdruck

Durchaus unterschiedlich gestalteten sich die nachfolgenden Erfahrungsberichte. Für die Arbeitsgemeinschaften sprach zunächst Rolf Schreyer, Geschäftsführer der ARGE Günzburg. Sein Fazit: „Hartz IV läuft

Was das erklärte Ziel des Freistaats, die Netto-Neuverschuldung bis zum Jahr 2006 auf Null zurückzuführen, anbelangt, forderte der Politiker den Staat auf, zuerst seine Schulden bei den Kommunen abzubauen: „Hier steht er nämlich bei uns in der Kreide, in dem er gewährte Zuschüsse in immer kleineren Raten und immer längeren Zeiträumen auszahlt.“ Der Städtetagschef warnte davor, Finanzpolitik auf dem Rücken der Kommunen zu gestalten: „Was nützt es diesem Land, wenn der Staat mit seiner Netto-Neuverschuldung von Null glänzt und die soziale und kulturelle Infrastruktur in den Städten kaputt gespart wird?“

Änderungsbedarf

Auch beim innerbayerischen Umlagensystem sieht der Regensburger OB Änderungsbedarf. Es könne nicht sein, dass sich der Finanzminister und die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände beim Finanzausgleich in der Erwartung einig machen, dass damit die Umlagen stabil gehalten werden „und danach ein Bezirk nach dem anderen seine Umlagen erhöht“.

Schaidinger forderte den Gesetzgeber auf, durch geeignete Maßnahmen die Sätze der Kreis- und Bezirksumlagen zu begrenzen: „Es kann nicht beim Achselsucken bleiben, wenn kreisangehörige Städte Kassenkredite aufnehmen müssen, um Kreisumlagen zu bezahlen.“ Zugleich appellierte der Verbandsvorsitzende an die kommunale Familie, einen Schulterschluss zu finden, denn nur dann habe sie eine Chance, sich Gehör zu verschaffen. **DK**

schlecht. Der Arbeitsdruck ist enorm. Es gibt erhebliche offene Führungsfragen. Die technische Kommunikation ist miserabel. Für Kreativität und Eigeninitiative ist in diesem System kein Raum.“ Endlos, so Schreyer, sei die Zahl an Neubewilligungen, hier sei kein Ende der Entwicklung absehbar. Überlagert würde die unbefriedigende Situation durch verärgerte Bürger, die sich über unverständliche Bescheide (Rechtsmittel werden in 10 Prozent der Fälle eingelegt) und zu lange Wartezeiten echauffierten. Der Antragstau sei schlichtweg zu hoch, betonte Schreyer, und der personelle Umfang allerdings auch für dieses System zu klein, wobei „das Chaos ohne kommunales Personal schon perfekt wäre“. Schreyer gab der Hoffnung Ausdruck, spätestens im Juni trotz aller Widrigkeiten „die Sache zum Laufen zu bringen“, um dann ein vernünftiges Arbeitsmarkt-konzept erstellen zu können.

Zwei Kulturen

Als Vertreter der Bundesagentur für Arbeit wies Dr. Franz Prast, stellvertretender Vorsitzender der Geschäftsführung der Regionaldirektion Bayern, den Vorwurf zurück, wonach „Stabilitätsvereinbarung vor Integration“ gehe. Zwar träfen im Rahmen eines komplexen Gesetzeswerks zwei Kulturen aufeinander, jedoch müsse daraus kein „Kulturkampf“ entstehen. In Bayern gebe es keinen „Fleckenteppich von Zuständigkeiten“ wie in anderen Bundesländern, bemerkte Prast. Der Zustand in den ARGEN sei überschaubar, der Löwenanteil an Mitarbeitern komme aus den Kommunen. Diese würden benötigt, um die Betreuungsverhältnisse zu realisieren. Mit einem Erfassungsstand von 99 Prozent bei der Leistungsgewährung stehe Bayern dank des Engagements der Kommunen und BA-Mitarbeiter an der Spitze. Die Sollstärke noch nicht erreicht habe man im Bereich Markt und Integration, einige ungeklärte Fragen gebe es in punkto Zuständigkeit bei den optierenden Kommunen. Aufgrund der Tatsache, dass die Implementierungskosten nicht optimal durch Anschubkosten finanziert wurden, und es mehr Leistungsnahmer gibt als ursprünglich angenommen, stelle sich die Frage „nach einem finanziellen Nachschlag des Bundes“.

Ungerechter Wettbewerb

Erlangens Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis, der für eine optierende Kommune sprach, bezeichnete den Wettbewerb der Systeme als „vollkommen ungerrecht“ und plädierte dafür, „entsprechend nachzubessern“. Er nannte „fünf Bleigewichte, mit denen wir an den Start gehen“:

1. Ungleichbehandlung gegenüber den Arbeitsgemeinschaften. Optierende Kommunen werden als Rehaträger definiert, die ARGE nicht.
2. Ungenügende finanzielle Ausstattung. Das mindestens 12fache von zugestandenem 35 Mio. Euro wäre vonnöten, um zu einem gerechten Wettbewerb zu kommen. Wenn es hier keine vernünftige Lösung gibt, wird alles auf dem Rücken der Leistungsbezieher ausgetragen.
3. Frage der Mehrwertsteuerbelastung bei Beschäftigungsgesellschaften.
4. Zuständigkeit für Aufstocker. Problematik: Bundesagentur verabschiedet sich zusehends.
5. Doppelzuständigkeit im Bereich Jugendarbeitslosigkeit. Hier wären sinnvolle Lösungen angebracht.

Parlamentarische Initiative

Vor diesem Hintergrund forderte Balleis die CDU/CSU-

Langzeitarbeitslose brauchen besseren Zuverdienst-Anreiz

Berlin. Wer als Arbeitslosengeld-II-Empfänger einer geringfügigen Beschäftigung nachgeht, soll nach Auffassung der Kommunen mehr von seinem Lohn behalten dürfen. Es sei kein wirklicher Anreiz zur Aufnahme eines Mini-Jobs, wenn der Betroffene von dem Verdienst nur 15 Prozent behalten dürfe.

Das sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes Gerd Landsberg in einem dpa-Gespräch in Berlin. „Die Grenze sollte auf 20 bis 30 Prozent erhöht werden, damit das Ziel erreicht wird, Betroffene wieder ans Arbeitsleben heranzuführen.“

Der Kommunalvertreter mahnte auch eine Aufstockung der Mittel des Bundes für Eingliederungsmaßnahmen von derzeit rund 9,8 Milliarden Euro an. Von diesem Betrag entfallen rund 6,6 Milliarden Euro direkt auf Maßnahmen der Integration in den Arbeitsmarkt. **KK**

Fraktion auf, eine parlamentarische Initiative in den Bundestag einzubringen, um die massive Ungleichbehandlung von Optierkommunen zu beenden. Andernfalls würde die zentrale Absicht der Unionsfraktion, nämlich zu beweisen, „dass es die Kommunen tatsächlich besser können“, konterkariert.

Der Landkreis München hat sich laut Landrat Heiner Janik dazu entschlossen, eine nicht optierende Kommune ohne ARGE zu sein, da er nicht die geringste Lust hat, „sich das politische Problem des Arbeitsmarktes an das kommunalpolitische Bein binden zu lassen“. Es liege ihm, Janik, fern, „für Schröder und Konsorten die Kastanien aus dem Feuer zu holen“. Im übrigen zähle der Landkreis München zu einem der zehn deutschen Landkreise, die Verfassungsbeschwerden gegen SGB II eingereicht haben.

Auskunftspflicht

Nachteile der vom Landkreis München verfolgten Trennung sei die Anmeldung bzw. Beitragszahlung zur Sozialversicherung. Als Problempunkte führte Janik den Mangel an Auskunftspflicht gegenüber den Kommunen sowie die unbefriedigende Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit an. Diese sei zentral geführt, so dass bei seinen Mitarbeitern der Eindruck entstanden sei, für sie gebe es keinen Spielraum, wenn eine Weisung aus Nürnberg erfolgt. Fakt sei auch, „dass zwei verschiedene Softwaresysteme zur Anwendung kommen, eine echte Eingliederung gegenwärtig nicht erfolgt und echte Auswertungen nicht möglich sind“.

Flexibilisierung des Arbeitsrechts

In der anschließenden Diskussion mahnte Gudrun Grieser, Oberbürgermeisterin der optierenden Kommune Schweinfurt, eine Flexibilisierung des Arbeitsrechts an. „Fördern und fordern“ laute das Gebot der Stunde. Hanns Dorfner, Landrat des ebenfalls optierenden Landkreises Passau, sprach davon, „gut vorangekommen“ zu sein. 500 bis 600 Fälle mehr als prognostiziert hätten bearbeitet werden müssen. Im Wissen, „dass wir wohl draufzahlen werden“, plädierte Dorfner für mehr Verantwortung der Trägerschaft und votierte darüber hinaus dafür, „die Zuständigkeitsregelung klar und deutlich zu machen“. **DK**

Keine Hintertür mehr offen

Deponierung unvorbehandelter Abfälle ab 2005 nicht mehr gestattet

Der Generalanwalt hat am 30.11.2004 seine Schlussanträge in der Rechtssache Deponiezweckverband Eiterköpfe gegen das Land Rheinland-Pfalz vorgelegt. Nach Auffassung des Generalanwalts sind die ab dem 01. 06. 2005 zu erfüllenden Vorgaben der deutschen Abfallablagereverordnung mit Europäischem Recht vereinbar. Der bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung begrüßt die Haltung des Generalanwalts und betont, dass damit für Ausnahmeregelungen „keine Hintertür mehr offen“ sei.

Der Sachverhalt des Ausgangsverfahrens: Der Deponiezweckverband Eiterköpfe betreibt die Zentraldeponie Eiterköpfe. Bei der zuständigen Behörde hat der Deponiebetreiber beantragt, vom 31. 05. 2005 bis zum 31. 12. 2013 lediglich mechanisch vorbehandelte Abfälle ohne Einhaltung der Zuordnungswerte des Anhangs 1 der Abfallablagereverordnung (TOC und Glühverlust) auf bestimmten Deponieabschnitten abzulagern. Nachdem der Antrag abgelehnt worden war, hat der Deponiebetreiber Klage eingereicht und das Verwaltungsgericht Koblenz hat dem Europäischen Gerichtshof Fragen zur Europäischen Deponierichtlinie vorgelegt, um klären zu lassen, ob das für Abfalldeponien geltende Gemeinschaftsrecht bestimmte nationale Bestimmungen zulässt, die verstärkte Schutzmaßnahmen vorsehen.

Beurteilung des Generalanwalts vom 30. 11. 2004

In seiner Gesamtbeurteilung kommt der Generalanwalt zu dem Ergebnis, dass die in Artikel 176 EG-Vertrag aufgestellte Voraussetzung, dass nationale Vorschriften mit einem höheren Schutzniveau im Einklang mit dem Vertrag stehen, in jedem der im Hinblick auf die Deponierichtlinie untersuchten Fälle erfüllt sind. In der weitaus überwiegenden Zahl der Fälle folgt der Europäische Gerichtshof den

Getrenntsammlung:

Optimierung wird geprüft

Gemeinsame Erfassung von Verpackungen und Restmüll steht derzeit nicht zur Debatte

Eine Steigerung der Effizienz bei der Verwertung von Verpackungen wird auch künftig ein Schwerpunkt verschiedener Projekte und wissenschaftlicher Untersuchungen bleiben. Dies ist das Ergebnis der Fachtagung „Getrennterfassung auf dem Prüfstand – Erste Ergebnisse“, die gemeinsam vom nordrhein-westfälischen Umweltministerium sowie der Duales System Deutschland AG in Berlin durchgeführt wurde.

Eine Aufgabe der getrennten Erfassung von Leichtverpackungen (LVP) und Restmüll ist auf der Grundlage des gegenwärtigen wissenschaftlichen Kenntnisstandes nicht absehbar. Viele Konsequenzen einer möglichen gemeinsamen Sammlung seien derzeit noch ungewiss, so die eingeladenen Experten. Insbesondere sei zweifelhaft, ob eine gemeinsame Erfassung von Leichtverpackungen und Restmüll tatsächlich eine deutliche Kostenersparnis zum derzeit praktizierten Sammelsystem bringen würde. Klar sei allerdings, dass lokale Strukturen entscheidend für die zukünftige Ausgestaltung der Wertstoffeffassung und -sortierung seien.

Materialqualität und Marktfähigkeit

Darüber hinaus wiesen die Fachleute darauf hin, dass die in Deutschland erreichte Materialqualität der aussortierten Wertstoffe und damit die Marktfähigkeit der daraus hergestellten Endprodukte bei der Vermischung von LVP und Restmüll gefährdet sei. Auch das Umweltbewusstsein der Menschen – für 97 Prozent der Bundesbürger ist Mülltrennung der wichtigste persönliche Beitrag zum Umwelt-

Schlussanträgen des Generalanwaltes.

Stellungnahme des bvse

Nach Auffassung des bvse (Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V.) zeichnet sich auf Grundlage der Beurteilung des Generalanwalts

Europäisches Forum:

Die Zukunft der Altölentsorgung

Wie die Zukunft der Altölentsorgung in Deutschland und Europa aussieht, ist momentan Gegenstand intensiver politischer und fachlicher Diskussionen. Das Europäische Forum zur Altölverwertung bietet ausführlich Gelegenheit die zentralen Punkte im Bereich Altölsammlung, -aufbereitung und -verwertung im Kreis von Experten zu diskutieren.

Das bvse-Forum wird sich am 10. März 2005 mit den politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, aber auch intensiv mit Praxisthemen beschäftigen.

Die Vorträge

Das Einstiegsreferat zum Thema „Entwicklung des europäischen Altölrechts und mögliche Konsequenzen für die nationale Umsetzung“ hält Dr. Karl Biedermann vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Roger Cresswell von der Oil Recycling Association, berichtet über die Sammlung und das Recycling von Altöl in Großbritannien und Jacques Ledure, Sita Belgium, infor-

miert über die Altölentsorgung in Belgien. Ein Vertreter der Atlas Environmental Ltd. stellt das Altölrecycling in Irland vor. Im Anschluss an diese Länderberichte wird Knut Sander vom Ökopol Institut für Ökologie und Politik GmbH eine „Stoffstrom- und Marktanalyse zur Sicherung der Altölentsorgung“ vorstellen und Kai Wagner vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit berichtet über die „Erfahrungen mit der Umsetzung der Altölverordnung“.

Vorrang der Aufbereitung

Der zweite Teil des Forums gilt der unternehmerischen Praxis und beginnt mit einem Referat von RA Dr. Olaf Konzak, ZENK Rechtsanwälte, zum Vorrang der Altölaufbereitung. bvse-Vizepräsident Bernd Brockmann, Hermann Brockmann Recycling GmbH, informiert über die „Optimierung der Altölsammlung hinsichtlich Qualität und Quantität vor dem Hintergrund rückläufiger Altölmengen. Im Anschluss daran schildert der Vorsitzende des bvse-Altölausschusses Guido Schmidt, KS Recycling GmbH, die Situation der Altölraffination im harten Wettbewerb um Altöle. Zum Abschluss des Praxisteils wird Enrico Fischer von der Lafarge Zement GmbH zum Thema „Die Rolle des Einsatzes von Altöl in der Zementindustrie unter verän-

Mehr Daten nötig

„Die Ergebnisse vieler einzelner Projekte zeigen, dass wir noch eine breitere Datengrundlage benötigen, um Entscheidungen zur Zukunft der Getrennterfassung treffen zu können“, so Diether Buchmann, Vorstandsmitglied der Duales System Deutschland AG. „Die von Experten geforderten Langzeitversuche werden die Duales System Deutschland AG unterstützen, wenn die wirtschaftlichen und vertraglichen Rahmenbedingungen für eine mögliche praktische Umsetzung nach den Versuchen geklärt sind. Eine Aufgabe der getrennten Sammlung steht derzeit nicht zur Debatte.“ Das Duale System arbeite weiter an der Effizienzsteigerung des Verpackungsrecyclings und erprobt dazu neue abfallwirtschaftliche Verfahren. „Wir werden auch künftig Schrittmacher sein, um Recycling besser, effizienter und kostengünstiger zu machen“, so Buchmann weiter.

möglich ist. Er ist aber auch deshalb ein richtiger Ansatz, weil alle Ausnahmeregelungen zu unverhältnismäßigen Wettbewerbsverzerrungen führen würden. Fischer:

Fairer Wettbewerb

Wir wollen gleiche Spielregeln für alle, denn erst dann ist fairer Wettbewerb unter Einhaltung hoher ökologischer Standards möglich.“ betonte Fischer. Für den bvse-Hauptgeschäftsführer liegt es auf der Hand, dass eine Aufweichung der Standards einer Aushöhlung des Verwertungsvorranges gleichkomme und im Ergebnis ein klarer Verstoß gegen die Zielhierarchie des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes wäre. „Das kann nicht unser Weg sein.“

der Rahmenbedingungen“ referieren.

Vollzug aus Ländersicht

Der dritte Teil des Europäischen Forums Altölverwertung beschäftigt sich unter Leitung von bvse-Hauptgeschäftsführer Hans-Günter Fischer mit dem Vollzug aus Sicht der Länder. Hier berichten und diskutieren: RD Wolfgang Güntner, Bayerisches Landesamt für Umweltschutz, MR Wigbert Kreuzberg, Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg, RD in Rosemarie Christian-Bickelhaupt, Hessisches Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten sowie MR Dr. Christel Wies, Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen.

Anmeldungen über die bvse-recyclingconsult GmbH, Hohe Straße 73, 53119 Bonn, Telefon 0228/98849-0, Fax 0228/98849-99. Teilnahmegebühr: 399 € für bvse-Mitglieder 199 €

Altpapier und seine Bedeutung

Seit Beginn der achtziger Jahre wurden die ökologischen Vorzüge des „Recyclingproduktes“ Altpapier verstärkt herausgearbeitet. Altpapier ist mittlerweile der wichtigste Rohstoff der deutschen Papier- und Kartonindustrie. Unternehmen, die den Rohstoff Altpapier verwenden, ha-



Umwelt-Staatssekretärin Emilia Müller überreicht Bernd Wiederhold die Ernennungsurkunde in der Industrie- und Handelskammer München und Oberbayern.

Ausgezeichneter Umweltmanager

Bernd Wiederhold, Umweltmanager von GEALAN Fenster-Systeme, ist neuer Botschafter des Umweltpaktes Bayern. Die Ernennungsurkunde überreichte Staatssekretärin Emilia Müller im Rahmen der Länderkonferenz „Umweltpartnerschaften“. Einer Ernennung geht die Bereitschaft voraus, sich in der Öffentlichkeit für den Gedanken des Umweltschutzes zu engagieren und dafür aktiv zu werben.

Mit der Ernennung wird das Engagement des Umweltbeauftragten gewürdigt, der sich schon seit vielen Jahren für die Verbreitung eines betrieblichen Umweltschutzes einsetzt.

Bei GEALAN Fenster-Systeme

ben teils bedeutende Preisvorteile im Vergleich zu Primärrohstoffen. Durch den Einsatz von Altpapier als Sekundärrohstoff werden bei den Verwertern neben den wirtschaftlichen Vorteilen größere Energiemengen bei der Produktion eingespart und damit wichtige Ressourcen gesont.

Erfasst wird Altpapier sowohl bei gewerblichen Anfallstellen als auch bei privaten Haushalten. Neben der möglichst getrennten Erfassung liegt die wichtigste Voraussetzung für die Verwertung gebrauchter Papiere in der qualifizierten Sortierung durch die Sekundärrohstoff- und Recyclingbranche. Das Altpapier durchläuft bei den Mitgliedsunternehmen des bvse eine qualitativ hochwertige Sortierung. Hier geht es um die Abtrennung papierfremder Bestandteile, unerwünschter Papiere und Pappen sowie die Bildung definierter Papiersorten. Über 60 Altpapiersorten gehören zum Standardprogramm.

me hat er bereits im Jahr 1996 ein Umweltmanagementsystem eingeführt und damit umfangreiche Erfahrungen in Sachen Umweltschutz, Rechtssicherheit oder Ressourcen- und Kosteneinsparung gesammelt, die er als Botschafter des Umweltpaktes weitergeben will.

Vereinbarung auf Gegenseitigkeit

Der Umweltpakt Bayern ist eine Umweltschutzvereinbarung auf Gegenseitigkeit zwischen der bayerischen Wirtschaft und der Bayerischen Staatsregierung. Bereits der Umweltpakt von 1995 hat zu einer spürbaren Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes und zur Verringerung der Umweltauswirkungen im Freistaat geführt.

Mit seiner Partnerschaft auf dem Grundprinzip der Freiwilligkeit, Eigenverantwortung und Kooperation, hat das bayerische Modell des Umweltpaktes Nachahmer im In- und Ausland gefunden. Schon mehr als die Hälfte der deutschen Bundesländer ist diesem positiven Beispiel gefolgt. So auch der benachbarte Freistaat Thüringen, wo Bernd Wiederhold die Firma GEALAN seit fünf Jahren im Umweltausschuss der IHK Ostthüringen in Gera vertritt.

Kunststofffenster-Recycling an der Uni München

Lernen für's Leben

Universität heißt Lernen für's Leben. Und lernen in Sachen Nachhaltigkeit. Chemie - das ist ein Studium mit hohen Ansprüchen. Denen wurden die alten Räumlichkeiten an der Technischen Universität München nicht mehr gerecht. Im Januar rückten Bagger und Abrissbirne an, um Platz zu schaffen für neues Wissen und ein neues Gebäude.

Die rund 1.000 alten Fenster aus Aluminium, Holz und PVC landeten dabei nicht im Bauschutt und auf der Deponie, sondern wurden zuvor demontiert und zur Wiederverwertung gesammelt. Darunter allein 60 Tonnen Kunststofffenster. Bei ihnen ermöglicht die Chemie ein fast vollständiges Recycling. Denn aus alten Kunststofffenstern kann man wieder sortenreines PVC gewinnen. Und das mindestens sieben Mal. Möglich machen das das Recycling-Know-how der deutschen Fensterprofilhersteller und ihr gemeinsames Bekenntnis zum nachhaltigen Wirtschaften. Die deutsche Kunststofffensterbranche hat sich freiwillig hohe Recyclingziele gesteckt und eine eigene Service-Gesellschaft, die Rewindo GmbH, gegründet, um diese Ziele auch zu erreichen.

So ist Rewindo ein Beispiel für praktizierte Ressourcenschonung und Verantwortung für eine Welt, in der auch morgen die Chemie stimmen muss.

Abgeholt wurden die Altfenster aus dem Unigebäude von der VEKA Umweltechnik, einem Recyclingpartner der Rewindo. In den hochmodernen Recyclinganlagen in Behringen wurden sie dann verarbeitet. Ein Sammelsystem für alte Kunststofffenster gibt es übrigens deutschlandweit. Und wertvolle Informationen dazu über die Rewindo.

Kunststofffenster:

Hohe Recyclingquote

Rewindo, das ist die Fenster-Recycling-Initiative der führenden deutschen Kunststoffprofilhersteller. Die Aufgabe von Rewindo: Umsetzung der freiwillig vereinbarten Wiederverwertungsziele der europäischen PVC-Branche. Die Leistungen von Rewindo: Information, Service und auch Dokumentation der erzielten Recyclingquoten.

So wurde jetzt das für 2004 zu erwartende Abfallmengenszenario für gebrauchte PVC-Fenster vorgelegt. Ermittelt wurden die Zahlen von einer unabhängigen Beratungsgesellschaft. Bezogen auf die erfassbare, verfügbare Menge aller alten PVC-Fenster liegt die voraussichtliche Recyclingquote in diesem Jahr damit bei über 40 Prozent. Am Ende diesen Jahres werden die tatsächlichen Abfallzahlen dann noch einmal von unabhängigen Dritten bei den Recyclingpartnern der Rewindo geprüft und dokumentiert.

„Wir sind auf einem guten Weg, aber es gibt noch viel zu tun“, so Michael Vetter, Geschäftsführer der Rewindo, mit Blick auf das nächste Ziel: eine Recyclingquote von 50 Prozent in 2005. Gefragt ist deshalb ein noch größeres Engagement speziell von Fensterbauern und Abbruchunternehmen, das bundes-

weit organisierte Sammel- und Recyclingsystem für PVC-Altfenster zu nutzen. Recyclingquote für Kunststofffenster in diesem Jahr über 40 Prozent. Ein positiver Schritt auf dem Weg zur vollständigen Wiederverwertung.

Know-how der Partner

Die 2005 in Kraft tretende Ablagerungs-Verordnung und das Ablaufen der Übergangsfristen der TA Siedlungsabfall werden jedenfalls für steigende Deponekosten sorgen. Michael Vetter hofft, dass damit auch das Bewusstsein steigt, dass nachhaltiges Wirtschaften nicht nur ökologisch Sinn macht, sondern auch ökonomisch überzeugt.

„Bis zu einer Recyclingquote von 100 Prozent ist es noch ein langer Weg“, so Michael Vetter. „Mit dem Know-how unserer Recyclingpartner Tönsmeier Kunststoffe und VEKA Umwelt-

Getrennte Sammlung von Haushaltsabfällen

Immer wieder wurde das baldige Ende der getrennten Sammlung von Abfällen vorausgesagt. Die Vision: Maschinen trennen vollautomatisch den Abfall - Glas, Papier, Verpackungen und Restmüll. Der Tenor der Berichte war, dass wir im Haushalt nur noch eine Abfalltonne bräuchten und damit alles einfacher würde. Wie wird es also in Zukunft sein? Müssen wir in Kürze zu Hause den Müll nicht mehr trennen? Garantiert das den bisherigen hohen Standard im Umweltschutz? Und schließlich: Ist dies preiswerter für die Verbraucher?

Derzeit testen verschiedene Unternehmen in aufwändigen Versuchen, wie gut eine maschinelle Trennung funktioniert, falls so genannte Leichtverpackungen - also Kunststoff-, Metall-, Verbundverpackungen - nicht getrennt erfasst werden. Das Umweltbundesamt (UBA) begleitet und dokumentiert einige dieser Versuche. Generell hält man eine stärker auf stoffstromorientierte Ressourcenschonung ausgerichtete Neuorientierung der Abfallwirtschaft für erforderlich. Wesentliche Bausteine sind dabei die weitgehende und hochwertige Verwertung sowie die Ausschleusung schadstoffhaltiger Abfallströme oder -produkte.

Werkstoffliche Verwertung

Bisher gilt, dass die werkstoffliche Verwertung der weitgehend sortenrein gewonnenen Abfälle den höchsten Beitrag zur Ressourcenschonung leistet. Dabei ist die getrennte Sammlung bis heute das Mittel der Wahl, um die für die hochwertige Verwertung erforderliche Qualität der Sekundärrohstoffe zu erzeugen. Die separate Erfassung ist nur dann durch die nachträgliche Aufbereitung gemischt erfasster Abfälle ersetzbar, wenn diese mindestens dieselbe Leistung hinsichtlich Menge und erforderlicher Reinheit stofflich zu verwertender Abfälle erbringt und sie entweder kostengünstiger ist oder ihre Mehrkosten durch erheblich höhere Leistungen vertretbar sind.

Die derzeit praktizierte getrennte Sammlung kann jedoch hinsichtlich Qualität und Quantität der erfassten Abfälle und auch im Hinblick auf die Kosten weiter optimiert werden. Gleichzeitig gibt es für die Herstellung der erforderlichen Sortenreinheit

technik und einer konsequenten Kommunikationspolitik versuchen wir, diesen Weg möglichst schnell und gradlinig zu beschreiten.“

mittlerweile technische Entwicklungen - etwa optimierte Sortiertechniken, neue Entsorgungssysteme -, die möglicherweise die getrennte Sammlung für einzelne Abfallarten zukünftig entbehrlich werden lassen.

Falls thermische Behandlungsanlagen in Zukunft hinsichtlich der energetischen und stofflichen Verwertung (Dampf, Strom, Metalle, Schlacke) ökologisch optimiert werden und falls sich mechanische Sortierverfahren als eine ökologische und ökonomische Alternative erweisen, wird die getrennte Sammlung nur noch dann „ökologisch wettbewerbsfähig“ sein, wenn auch das Gesamtsystem „getrennte Sammlung + stoffliche Verwertung“ optimiert wird.

Auch wenn sich künftig alternative Wege für eine Separierung der Abfälle in verwertbare Fraktionen und Rückführung der Wertstoffe aufbauen, wird die getrennte Sammlung nicht flächendeckend ersetzt. Möglicherweise werden sich verschiedene Entsorgungskonzepte entwickeln. Die Produktverantwortung muss jedoch Grundlage des Abfallrechts bleiben.

Überprüfung

Vor diesem Hintergrund hält das UBA eine Überprüfung der bisherigen Erfassungspraxis für erforderlich. Zur Praxis der getrennten Sammlung sieht man derzeit keine Alternative. Um auf neue Randbedingungen flexibel und zielgerichtet reagieren zu können, will das UBA die Entwicklung ökologisch und ökonomisch aussichtsreicher Alternativen (technische Neuerungen, (kartell-) rechtliche Entwicklungen, Neubewertung von Verwertungssystemen) sorgfältig und zeitnah beobachten und begleiten.

Die getrennte Sammlung wird für die folgenden Abfallfraktionen auch in Zukunft nicht in Frage gestellt: Papier / Pappe / Kartonagen, Verbundkarton, Behäl-



CO₂-Bilanz verbessert

Mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen wird in der Pyrolyseanlage Burgau daran gearbeitet, den Energie- und Betriebsmittelverbrauch zu senken. Während einzelne Projekte wie z.B. die Erweiterung des Abhitzebeckens bereits abgeschlossen sind, befinden sich andere wie Einbau eines Energiekontrollsystems in der Vorbereitungsmaßnahme. Durch Optimierung in der Fahrweise konnte 2004 bereits ein deutlicher Erfolg verzeichnet werden: Die für die An- und Abfahrvorgänge benötigte Heizölmenge hat sich um die Hälfte verringert. „Durch die Einsparung von rund 80.000 Litern dieses fossilen Brennstoffs wurden rund 200 Tonnen weniger Kohlendioxid in die Atmosphäre ausgestoßen und ein weiterer Beitrag zum Klimaschutz geleistet“, freut sich Günzburgs Landrat Hubert Hafner. Hans Joas

terglas / Bildschirmglas, Textilien, Elektro-/Elektronik-Geräte und Leuchtstoffröhren.

Eine Beobachtung und Bewertung der weiteren Entwicklung sieht das UBA im Hinblick auf die im folgenden betrachteten Abfallströme als sinnvoll an:

Die getrennte Sammlung von Bioabfällen ist erforderlich, um als Ergebnis von Sammlung und Behandlung (Kompostierung oder Vergärung) ein schad- und störstoffarmes, hygienisch einwandfreies Düngemittel oder Kultursubstrat herzustellen. In Sammelgebieten, in denen diese Bedingungen für eine stoffliche Verwertung nicht erfüllt sind, ist die energetische Nutzung der Bioabfälle in einer Müllverbrennungsanlage (MVA) eine Alternative und leistet dann einen nennenswerten Beitrag zum Klimaschutz, wenn die Anlage über einen hohen Energienutzungsgrad verfügt.

Die getrennte Sammlung von (Geräte-)Batterien ist rechtlich vorgeschrieben. Verpackungskunststoffabfälle sollen einer werkstofflichen verwertet werden. Die rohstofflichen Verfahren des DSD weisen etwas geringere ökologische Vorteile als die werkstoffliche Verwertung auf.

Über die - aus Umweltschutzsicht - günstigsten Entsorgungswege für Nichtverpackungskunststoffabfälle und für die in den Restabfall gelangenden Verpackungskunststoffe liegen gegenwärtig noch keine ausreichenden Erkenntnisse vor. Das UBA prüft unter anderem, inwieweit es sinnvoll ist, weitere Kunststoffabfälle gemeinsam mit Verpackungskunststoffen zu erfassen. Darüber hinaus beobachtet das UBA Aktivitäten, die darauf zielen, Kunststoffe mittels neuer Sortierverfahren aus dem Restabfall zu gewinnen.

Metalle können durch getrennte Sammlung erfasst als auch in Abfallbehandlungsanlagen mit Hilfe von Magnetscheidern aussortiert werden. Eisen (FE-)Metalle lassen sich mit der maschinellen Sortierung in Abfallbehandlungsanlagen ohne technische Schwierigkeiten zu circa 95 % rückgewinnen. In Ab-

hängigkeit vom FE-Metallgehalt im Input fallen - bezogen auf eine Tonne Abfall - etwa 2,5-5 % verwertbares FE-Metall an. Die Verwertung der Eisenmetalle als Stahlschrott in Stahlwerken aus der getrennten Sammlung und aus der maschinellen Sortierung in Abfallbehandlungsanlagen (MVA, MBA), kann als gleichwertig angesehen werden.

Im Hinblick auf Nicht-Eisen (NE-)Metalle kann in Abfallbehandlungsanlagen mit weitgehender Trocknung und Vereinzelung der Abfälle auf die getrennte Erfassung verzichtet werden. Auch aus der Rostasche thermischer Abfallbehandlungsanlagen werden NE-Metalle in Verwertungsqualität rückgewonnen und vermarktet (circa 0,1-0,5 % pro Tonne Abfall).

Optimierte Schlackeverwertung

Im Sinne einer optimierten Schlackeverwertung, bei der Aluminium und Kupfer als Störstoffe auftreten, sind diese im Vorwege abzutrennen. Die getrennte Erfassung wird heute nur für Verpackungsabfälle aus Metallen durchgeführt, wobei die getrennte Erfassung der Getränkedosen über das Pfandsystem erfolgt. Die maschinelle Aussortierung hingegen erfasst alle Abfallbestandteile aus Eisen- und Nicht-Eisen-Metallen. Es sind aber noch nicht alle Abfallbehandlungsanlagen mit einer maschinellen Aussortierung ausgerüstet.

FE-Metalle sollten möglichst in allen MVA und MBA aussortiert werden, um künftig auch die nennenswerten Mengen der Nichtverpackungs-Metalle in den Wertstoffkreislauf zurück führen zu können. Die Verpackungsabfälle aus Kunststoff, Papier, Eisen, Aluminium und Verbundmaterial werden überwiegend gemeinsam erfasst (Gelbe Tonne). Die Sortierung in die einzelnen Sekundärrohstoffqualitäten bis hin zu einzelnen Kunststoffsorten und die Abtrennung des in einigen Regionen sehr hohen Restmüllanteils erfordern eine aufwändige Sortierung.



V. l.: Theo Zellner, Präsident des Bayerischen Landkreistages und Landrat des Landkreises Cham sowie die beiden ostbayerischen Bundestagsabgeordneten Klaus Hofbauer und Ernst Hinsken.

Ostbayerisches Fachgespräch zum Thema Strukturpolitik:

Schulterschluss zwischen Wirtschaft und Politik

Ostbayerns Politik und Wirtschaft bekennen sich ausdrücklich zur Europäischen Union (EU). Die Osterweiterung der EU eröffnet dem ostbayerischen Raum Chancen, die durch aktives Handeln konsequent zu nutzen sind.

Der mit der Erweiterung der Europäischen Union zum 1. Mai 2004 zusätzlich in Gang gesetzte Entwicklungsprozess erfährt diesseits und jenseits der Beitrittsgrenzen eine besondere Dynamik. Dieser ist jedoch noch lange nicht abgeschlossen und muss weiterhin aktiv gestaltet werden. Die sich eröffnenden Möglichkeiten können nur dann genutzt werden, wenn die Herausforderungen und Risiken klar definiert und die vorhandenen Anpassungsprobleme Berücksichtigung finden. Im Jahr 2005 werden die entscheidenden Weichenstellungen in der Ausgestaltung der zukünftigen europäischen Strukturpolitik in der neuen Förderperiode ab 2007 vorgenommen. Hier ist die Bundesregierung in besonderem Maß gefordert, die nationalen Handlungsspielräume zu gestalten und dabei die spezielle Lage der ostbayerischen Wirtschaft und der Kommunen im Grenzgebiet zu berücksichtigen.

Sondersituation der Grenzregionen

Die Grenzregionen zu den neuen Mitgliedsstaaten der EU befinden sich in einer Sondersituation und bedürfen deshalb der Unterstützung und Förderung. Hervorzuheben ist dabei die Region Ostbayern. Während die ostdeutschen Gebiete noch bis 2013 vorrangige EU-Höchstförderungen (plus Solidarpakt bis 2019) erhalten werden, drohen dem ostbayerischen Grenzraum zu Tschechien enorme Kürzungen in der Strukturförderung. In keinem anderen Grenzgebiet sind das Lohn-, Steuer- und Fördergefälle und die damit einhergehenden Probleme für die Wirtschaft und die Kommunen so gravierend wie zwischen Bayern und Böhmen. Die strukturpolitischen Erfolge der letzten Jahre werden dadurch gefährdet. An den ehemaligen EU-Außengrenzen wird der Grundstein für ein gesundes Zusammenwachsen von alten und neuen EU-Mitgliedsstaaten gelegt (Reißverschlussfunktion der Grenzregionen für die europäische Einigung). Deshalb ist in diesen Regionen besonderes Augenmerk auf die Strukturförderung zu richten. Hierbei spielt das Fördergefälle eine besondere Rolle, das weder im Vergleich zu den neuen EU-Staaten noch zu Gebieten auf deutscher Seite zu gravierenden Wettbewerbsverzerrungen führen darf. Seit Mai 2004 sind die tschechischen Grenzregionen Höchstfördergebiete, wohingegen Förderungen

auf deutscher Seite schon jetzt weitaus geringer sind bzw. nach den im Raum stehenden Vorschlägen aufgrund der finanziellen Ausstattung sogar komplett wegfallen könnten.

Durch die vorgesehenen Regelungen der zukünftigen EU-Strukturpolitik besteht die Gefahr, dass die ostbayerischen Grenzregionen die bisherigen Fördermöglichkeiten ganz verlieren. Ein Herausfallen aus der Förderung darf aber aufgrund des notwendigen Bedarfs unserer Region nicht zugelassen werden. Vielmehr müssen die ostbayerischen Grenzregionen bei der Bewältigung der mit der Erweiterung zusammenhängenden Herausforderungen und Schwierigkeiten in besonderem Maß unterstützt werden. Hierfür ist eine strukturpolitische Unterstützung der Anpassungsprozesse unerlässlich.

Besonders förderungswürdig

Die Europäische Kommission hat dies erkannt und sieht die ehemaligen EU-Grenzregionen in ihrem Vorschlag für eine Strukturgrundverordnung als besonders förderungswürdig an. Für die Umsetzung dieses Vorschlags müssen sich besonders die Bundesregierung, der Bundestag, das Europäische Parlament sowie die Europäische Kommission einsetzen.

Die ostbayerische Politik und Wirtschaft fordern deshalb:

1. Der von der EU-Kommission anerkannte Förderungsbedarf der ostbayerischen Grenzregionen muss in die europäischen Leitlinien zur Strukturförderung aufgenommen werden.
2. Die Förderung der bayerisch-tschechischen Grenzregion muss auf eine solide finanzielle Basis gestellt werden.
3. Das starke Fördergefälle zwischen den Grenzregionen und den neuen EU-Nachbarstaaten muss abgemildert werden.
4. Der durch die Osterweiterung dringend notwendige Ausbau der grenzüberschreitenden Verkehrsinfrastruktur (Schiene und Straße) muss vorangetrieben werden.
5. Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) muss auf nationaler Ebene als Förderinstrument weiterentwickelt und finanziell so ausgestattet werden, damit die künftige Beihilferahmen im Interesse der Grenzregionen genutzt werden kann. Dazu müssen die Grenzregionen ausdrücklich als eigenständiges Fördergebiet in die GA aufgenommen werden. Diese muss je-

17. Heiligenstädter Gespräch:

„Altern auf dem Lande“

Heiligenstadt - Mit dem „Altern auf dem Lande“ setzten sich die 17. Heiligenstädter Gespräche auseinander. Zu diesem brisanten Thema hatte das „Institut für Entwicklungsforschung im ländlichen Raum Ober- und Mittelfrankens e.V.“ hochkarätige Redner vorwiegend aus dem universitären Bereich eingeladen. 1. Vorsitzender Bezirkstagspräsident a.D. Edgar Sitzmann konnte besonders Staatssekretär Jürgen W. Heike willkommen heißen, der mit einem Impulsreferat in die Materie einführte. Gut besucht war das „spezialisierte Forum für Forschung, Wissenstransfer, Meinungsaustausch und der Förderung von Kooperationsmöglichkeiten“, wie es Heike formulierte. Mit der Überreichung eines Promotionspreises von Fränkischen Universitäten an Dr. Ulrich Ermann von der Uni Erlangen-Nürnberg klang die Veranstaltung aus.

Helmut Krämer, 1. Bürgermeister des Marktes Heiligenstadt, der für das Institut seine „Örtel-Scheune“ zur Verfügung stellt, konnte stolz seine Gemeinde als Vorreiter in Sachen Senioren vorstellen. Ein großes Familienzentrum sei in den Ort integriert und eine letztes Jahr gegründete Senioreninitiative solle die alten Menschen nicht nur unterhalten, sondern auch fördern.

Moderator Prof. Dr. Boris Braun von der Universität Bamberg wies auf die spürbaren Konsequenzen hin, die Überalte-

rung und Bevölkerungsschrumpfung für den ländlichen Raum haben wird. In Ober- und Mittelfranken seien nur die Landkreise Bamberg und Forchheim erfreuliche Ausnahmen. Besonders dramatisch könnte sich jedoch die Entwicklung in den Landkreisen Selb, Wunsiedel, Kronach gestalten. Neue Anforderungen an die Infrastruktur in den Bereichen Verkehr, Wohnen und Versorgen, würden gestellt. Ein Verlust an wirtschaftlicher Dynamik sei durch die Abwanderung junger Menschen in große Städte auf der Suche nach

attraktiven Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten zu befürchten. Bisherige Einrichtungen wie Schulen- und Kindergärten könnten überflüssig werden, Alters- und Pflegeheime fehlen. Durch die sinkende Steuerkraft bestünde die Gefahr, dass Gemeinden nicht mehr in der Lage sind, ihre Vorsorgeeinrichtungen zu finanzieren und aufrecht zu erhalten. Zudem könnte der ländliche Raum noch mehr die Standortqualitäten für die gewerbliche Wirtschaft verlieren.

Aktive Kultur

Andererseits ergäben sich durch die attraktive Lage auch Chancen, etwa der Zuzugsraum für „junge Alte“ (Ruheortwanderungen) oder durch Angebote im Fremden- und Freizeitverkehr sowie im Wellness-Bereich.

Von einer neuen, aktiven Kultur des Alterns sprach auch Staatssekretär Heike in seinem Impulsreferat. Altern in Gesundheit, Zufriedenheit und Selbständigkeit sei erstmals realistisch

möglich. Die Gesellschaft der Langlebigen dürfe nicht von vorn herein als Schreckgespenst gesehen werden. Ein Baustein für materielle Sicherheit im Altern ist für Heike das bayerische Rentenkonzept. Die klaren familienpolitischen Signale des Kinderbonus und der Kinderrente ab 2005 seien Wegweiser.

Weichenstellungen für sich ändernde Infrastrukturen auf dem Lande müssten heute vorgenommen werden. So fördere das Sozialministerium im Raum Forchheim - Bamberg das insbesondere für Demenzerkrankte entwickelte und erprobte Projekt KLAR mit 122.000 Euro. Handlungsbedarf bestehe auch für die Bereitstellung von Angeboten für ein möglichst langes, unabhängiges Wohnen in der alten Umgebung. Alternativen zu den Pflegeheimen müssten möglich sein - vom betreuten Wohnen zu Hause bis zu Hausgemeinschaften.

Im Rahmen der Veranstaltung wurde einem jungen Geographen aus Erlangen der „Professor-Otto-Meyer-Promotionspreis 2004“ verliehen. Dr. Ulrich Ermann konnte mit seiner Dissertation über „Regionalprodukte“ ein Gremium von fränkischen Wissenschaftlern überzeugen. eo

OB Hartwig Reimann:

Deutscher Rekordhalter

Schwabach (wefa) - Er hält nicht nur den bayerischen, sondern auch den deutschen Rekord: Hartwig Reimann, der Oberbürgermeister von Schwabach, ist seit 35 Jahren im Amt und somit dienstältester Oberbürgermeister im Lande.

Die kommunalpolitische Karriere war ihm nicht in die Wiege gelegt. Ganz im Gegenteil: Hartwig Reimann (66), der gebürtige Westpreuße, wurde früh zum Kriegswaisen. Das Studium der Rechts- und Staatswissenschaften führte ihn in den sechziger Jahren nach Erlangen, nach seiner zweiten juristischen Staatsprüfung (von 394 Bewerbern lieferte er die siebtbeste Arbeit ab) wurde er Regierungsrat im bayerischen Finanzministerium.

Die Wahl zum Schwabacher Oberbürgermeister 1970 war für den SPD-Mann die entscheidende Zäsur. Sechs Mal bestätigten ihn die Wähler seither. Bis 2006 reicht seine Amtszeit.

„RegioPress“, der Informationsdienst der Region Nürnberg, beschreibt das Phänomen: „Schwabach hatte nach dem Zweiten Weltkrieg erst zwei Oberbürgermeister.“ In einem Interview mit „N-RP“ räumt der 66-jährige OB vor dem Hintergrund der kommunalen Klagen ein: „Mit ihrer finanziellen Situation waren die Gemeinden und Städte noch nie zufrieden. Immer war von Katastrophe und Chaos die Rede. Aber heute ist der Einbruch qualitativ so massiv wie noch nie.“

Reimann, der seit 1980 Mitglied im Vorstand des Bayerischen Städtetags ist und von 1986 bis 1999 dem Bayerischen Senat angehörte, ist heute froh, dass die Dominanz des Münchner Raumes nicht mehr so gravierend ist. Das liegt wohl auch daran, dass er alle Initiativen nach Kräften unterstützt hat, die eines im Sinn haben: die Zusammenarbeit der Städte im fränkischen Ballungsraum (Nürnberg, Fürth, Erlangen, Schwabach). Allerdings sieht er die Bedrohung für die interkommunale Kooperation inzwischen woanders, nämlich bei der EU. Europa greife ungeheuer intensiv in das kommunale Leben ein, stellt er fest. Wie das Verhältnis der Gemeinden zum Bund und Land auch sein wird, eines weiß er: „Die Kommunen sind und bleiben die letzten, die die Hunde beißen.“

6. Beihilferechtlich muss sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass nationale Handlungsspielräume in der Regionalpolitik zurückgewonnen werden, um damit die nationalen Strukturmaßnahmen zu stärken.

7. Die nationale und europäische Strukturpolitik muss verstärkt zur Unterstützung von kleinen und mittelständischen Unternehmen ausgerichtet werden.

8. Es muss ein spezielles Grenzgebietprogramm zur Förderung der von der Osterweiterung betroffenen Regionen geschaffen oder zumindest als eigenständiges Ziel in bestehende Förderprogramme integriert werden.

9. Der Verwaltungsaufwand bezüglich der jeweiligen Fördermaßnahmen der Länder, des Bundes und der EU muss durch Konzentration der Mittel, durch Erfolgskontrolle, durch eine Vereinfachung der Abläufe und Verlagerung von Entscheidungsprozessen vermindert und vereinfacht werden.

10. Bund und Land müssen die Kommunen von den überbordenden Sozialkosten entlasten, damit die Kommunen in die Lage versetzt werden, die Kofinanzierung der europäischen Programme vorzunehmen. Dadurch können von den Kommunen Wirtschaftsimpulse gegeben werden. eo

Seit 35 Jahren im Amt

In den 35 Jahren seiner Amtszeit hat sich Hartwig Reimann verdient gemacht, nicht nur in Schwabach (die Stadt verlieh ihm die goldene Bürgermedaille), sondern auch im Freistaat (Träger des Bayerischen Verdienstordens) und international (Ehrenbürger der französischen Partnerstadt Les Sables d'Olonne).

Der sechsfache Vater ist sich in vielem treu geblieben und das begründet seine Popularität in der Goldschlägerstadt. Früher ist er Radrennen gefahren, heute begnügt er sich mit weniger strapaziösen Touren. Immerhin ist er häufig bis an die französische Atlantikküste gestrampelt. Weniger anstrengend ist ein anderes Hobby von ihm: Sängen in der Schwabacher Kantorei. eo

Sprache als Schlüssel für Integration

Unterfränkisches Integrationsforum - Sinner: „Multikulturelle Gesellschaft ist Realität“

Würzburg - Die Regierung von Unterfranken veranstaltete jüngst das „Erste Unterfränkische Integrationsforum“. Eingeladen waren politische, kommunale, kirchliche, soziale und schulische Entscheidungsträger. In der Aula der Gustav-Walle-Volksschule steckte Staatsminister Eberhard Sinner das Feld ab, auf dem man sich in Zukunft bayernweit verstärkt bemühen werde, um Ausländer und Spätaussiedler besser in unserer Gesellschaft aufzunehmen.

Das Motto der Veranstaltung lautete „Integration im Dialog“. Eberhard Sinner, Bayerischer Staatsminister für Europaangelegenheiten und regionale Beziehungen, definierte Integration als Vorgang, an dem zwei Seiten beteiligt sind: Migrant und aufnehmende Gesellschaft. Von dem Migrant werde erwartet, dass er sein Leben selbst in die Hand nehme, deutsch lerne, finanziell auf eigenen Beinen stehe und sich am gesellschaftlichen Leben beteilige. Diese Leistung verdiene von der aufnehmenden Gesellschaft Respekt und Chancengleichheit. Überhaupt sei Leistung zu belohnen. Anerkennung verdient nicht nur ausländische Spitzensportler sondern alle diejenigen, die auf dem Weg zur Integration seien und sich auf vielen Gebieten anstrengen.

Europa lebe in einem ständi-

gen Austausch zwischen Kulturen und sei von einem Auswanderungs- zu einem Einwanderungsgebiet geworden. So entwickle sich Deutschland zu einem Einwanderungsland: „Die multikulturelle Gesellschaft ist Realität“, sagte Sinner. Man solle aber nicht so naiv sein und glauben, dass diese Gesellschaftsform von alleine funktioniert.

Spezielle Herausforderung

Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer erinnerte daran, dass die Integration von 7,4 Millionen ausländischen Mitbürgern in Deutschland angesichts von mehr als 5 Millionen Arbeitslosen eine besondere Herausforderung darstelle.

In Schule und Ausbildung lägen Einwanderer im Hintertref-

fen, stellte Sinner fest. Den „beunruhigend geringen Erfolg“ führte er auf Sprachdefizite zurück. Gefahren für die Integration sieht er in Ghettoisierung und Parallelgesellschaften. Vor allem Menschen muslimischen Glaubens durchliefen einen schwierigen Anpassungsprozess. Seit dem 11. September seien sie zu unrecht unter Generalverdacht geraten. Ein Dialog mit den moderaten Kräften soll aus dem Dilemma führen, hofft Sinner. Religionsgemeinschaften lud er ein, sich daran zu beteiligen.

Die Bayerische Staatsregierung wolle die Integration stärker unterstützen. Deshalb habe man den Dialog nun offiziell angestoßen. „Beziehen sie Zuwanderer in ihrem Umfeld durch Verantwortung mit ein, als Ausländerbeauftragte, Stadtteilgespräche, Vereinsvorsitzende, Elternbeiräte; bauen sie Netzwerke der Integration auf“ so sein Appell an das bürgerschaftliche Engagement.

Die anschließende Diskussion zeigte einige Probleme auf. „Mir fehlen Freunde“, sagte Maria Mutas. Die ehemalige Lehrerin aus Kasachstan kam 1991 nach Würzburg. Trotz großer Klassen, in denen die Lehrer kaum Möglichkeiten für spezielle Sprachförderung gehabt hätten, seien ihre Kinder integriert. Sie selbst aber bliebe fremd. Vor 200 Jahren sei ihre Familie aus Deutschland ausgewandert. Stets habe man daheim deutsch gesprochen. Jetzt werde sie in Deutschland wie eine Fremde behandelt; das verletze.

Die Integration geschafft hat Süryya Tezer aus Waldaschaff (Landkreis Aschaffenburg). Als geborene Unterfränkin türkischer Staatsangehörigkeit ist sie in der Werbung sowie als Journalistin tätig. Doch Wunden bleiben: „Oft wurde ich ausgegrenzt“, berichtete sie. So sei sie beispielsweise gehänselt worden, weil sie kein Schweinefleisch aß.

Situation in Gochsheim

Über die Situation der Gemeinde Gochsheim (Landkreis Schweinfurt) informierte Bürgermeister Wolfgang Widmaier. Ein staatliches Übergangwohnheim für Spätaussiedler sorgte dort seit Jahren für Spannungen. „Wenn Menschen auf engem Raum zusammengepfercht leben müssten“, so der Bürgermeister provokant, könne es keine Integration geben. Viele der Neulinge blieben nach der Übergangszeit in Gochsheim und seien auch integrationswillig. Einige aber fänden sich in bestimmten Wohnblöcken wieder und bildeten dort erneut einen Bereich für sich. Die Gemeinde sei bemüht um Angebote für die neuen Mitbürger, werde aber mit den Kosten von jährlich über 100.000 Euro allein gelassen. Der nun offiziell von der Staatsregierung angestoßene Dialog zur Integration komme 20 Jahre zu spät, kritisierte der Kommunalpolitiker.

Positive Erfahrungen in puncto Integration legte Ingrid Vogl vor. Die Schulleiterin aus Elsenfeld (Landkreis Miltenberg) gab Auskunft über das Funktionieren interkulturellen Lernens. In ihrer Schule ginge es bei einem Ausländeranteil von 28 Prozent „bunt gemischt“ zu. Weil die Gemeinde eine Geburtenrate mit 50 Prozent Ausländeranteil habe, sei der „Elsenfelder Dialog“ ins Leben gerufen worden. Dieser Aktion habe sich die Grundschule angeschlossen. So laufe zum Beispiel das Projekt „Mama lernt deutsch“ ganz prima. Überhaupt, so die Pädagogin, seien es viele kleine Schritte und Projekte, die Integration ermöglichen. ☞

GZ Gestern

hat mein Chef gesagt ...



„Ich werde die gute Claudia mal ins Gebet nehmen müssen, damit sie ihre Ausflüge in die große Politik ein bisschen einschränkt.“ Mein Chef, der Bürgermeister, las stirnrunzelnd den neuesten Stadtratsantrag seiner Lieblingsstadträtin Dr. Claudia Elfer.

Sie will einen Beschluss herbeiführen, in dem der Stadtrat fordert, die NPD zu verbieten. Ein aktuelles, populäres, vielleicht sogar ein bisschen populistisches Thema. Es ist ja leider so, dass nicht nur die politischen Foliensprecher mit Selbstüberschätzung, sondern manchmal auch begabte Leute, die sich unterfordert fühlen, den Drang haben, um jeden Preis ihren Namen ins Gespräch bringen zu müssen, ohne Rücksicht darauf, ob das Gremium für die Angelegenheit zuständig ist oder nicht.

Dem braunen Spuk Einhalt gebieten

Ehrlich gesagt schwankt mein Chef, ob er eine solche Debatte überhaupt will. Eignet sich das Thema für den Stadtrat? Haben die Leute Verständnis dafür, wenn wir uns mit dieser Frage auseinandersetzen? Was bringt ein Verbot? Wenn man zynisch sein wollte, dann müsste man den NPDlern im sächsischen Landtag eigentlich dankbar sein, dass sie bei der Gedenkfeier für die Holocaust-Opfer so rasch die Maske haben fallen lassen.

Denn das Ergebnis der sächsischen Landtagswahlen war wohl noch nicht aufrüttelnd genug für unsere Gesellschaft. Die extremistischen Parteien von links und rechts wurden damals so stark, dass eine abgewatschte CDU und eine SPD, die mit einem Ergebnis von unter 10 Prozent keinen Volkspartei-Anspruch mehr erheben kann, in eine Koalition wider Willen gezwungen wurden. So etwas hatte es seit der Weimarer Republik in Deutschland nicht mehr gegeben.

Diese Analyse dürfte allerdings nicht überall als politisch korrekt gelten, denn die PDS ist zwar die nahtlose Fortsetzung der SED und besteht reihenweise aus alten kommunistischen Kadern, die im realen Sozialismus wacker für

den Erhalt der Diktatur, die Zwanghaft von 17 Millionen Deutschen im Ostblock und gegen Freiheit, Pluralismus oder Marktwirtschaft gekämpft haben. Aber ihr ist die Camouflage gelungen, sich als regierungsfähige politische Kraft zu verbrämen, die in zwei Ländern in der Regierung sitzt, viele Bürgermeister oder Landräte stellt sowie in zahlreichen Parlamenten und kommunalen Gremien vertreten ist.

Die SED/PDS ist übrigens das beste Beispiel dafür, warum ein Parteiverbot eigentlich keinen Zweck hat. Eine Partei, die verboten wird wie vor 50 Jahren die KPD gibt sich einfach einen neuen Namen. So auch vor 15 Jahren die SED, die verboten gehört hätte. Als PDS frisst sie zentnerweise Kreide, verbirgt ihre Ziele hinter einem neuen, stromlinienförmigen Programm, sucht sich einen charmanten Glatzkopf als Dauergast in Talkshows und erzählt irgendeinen Mist von wegen die DDR sei zwar ganz gut gewesen, aber nicht so richtig gut und deshalb pleite gegangen und man müsse nur den neuen linkssozialistischen Weg gehen, dann bekäme man eine DDR ohne Braunkohlelief, mit Vier-Zylinder-Metallautos und fünfmal die Woche Fleisch zur Sättigungsbeilage. Wollen wir so was auch in Braun?

Mein Chef, der Bürgermeister, hat sich noch nicht entschieden, ob er eine Stadtratsdebatte will. Aber dem braunen Spuk will er etwas entgegen setzen. Er möchte alle demokratischen Kräfte im Städtchen an einen Tisch bringen, denn es geht um die Grundfesten unseres Gemeinwesens. Jedem Teilnehmer will er mitgeben, was Paul Peikart, Pfarrer im von sowjetischen Truppen bedrohten Breslau vor 60 Jahren schrieb: „Wie furchtbar ist das Gottesgericht über ein Volk, dessen Staatsführung Gott und sein Gesetz abgeschafft hat. Möge Gott sich erbarmen der unsagbaren Not unseres Volkes und möge diese Not werden die Quelle tiefer Besinnung und innerer Umkehr.“

the
Sabrina

Regionaler Planungsverband Landshut:

Abschied und Würdigung

Mit der 41. Verbandsversammlung endete die Amtszeit des letzten Gründungsvorsitzenden aller regionalen Planungsverbände in Bayern. Im April 1973 wurde Oberbürgermeister Josef Deimer an die Spitze der Region Landshut gewählt und hat in dieser Zeit 222 Regionalkonferenzen, Verbandsversammlungen, Ausschuss- und Beiratsitzungen geleitet. Er fehlte nur bei einem Termin - wie stellvertretender Vorsitzender Heinrich Trapp in seinen Abschiedsworten herausstellte.

Dingolfings Landrat hob hervor, Josef Deimer habe stets den Ausgleich zwischen den unterschiedlich strukturierten Teilkommunen gesucht. Sein Bestreben sei gewesen, im Rahmen der zentralörtlichen Gliederung in dem überschaubaren Raum zwischen Hallertau und österreichischer Grenze eine Gleichwertigkeit der Lebens- und Arbeitsbedingungen zu erreichen. Dabei sei Deimer keineswegs nur der eloquente, gütige Regionspräsident gewesen, der es allen habe recht machen wollen. Er habe zuweilen auch sehr zuspitzen und unmissverständlich argumentieren können, wenn es um Dinge ging, die er nicht mittragen konnte - beispielsweise, wenn der Versuch unternommen worden sei, die Interessen Einzelner über das Gemeinwohl zu stellen.

Erfolge der Ära Deimer

Als zuständiges Mitglied des bayerischen Kabinetts würdigte Wirtschaftsminister Dr. Otto Wiesheu die regionalplanerischen Erfolge der Ära Deimer. In dieser Zeit habe die Region Landshut einen gewaltigen Sprung nach vorn gemacht und sich zu einem attraktiven Wachstumsraum in Bayern entwickelt. „Was in der Region ge-

leistet wurde, ist hervorragend. Wie die Region dasteht, ist ausgezeichnet. Eine wesentliche Grundlage hierfür war die dynamische und starke Entwicklung der Region in den letzten drei Jahrzehnten, die Sie, lieber Herr Deimer, wesentlich mitgestaltet haben“, sagte der Minister wörtlich.

Option Marzlinger Spange

Dr. Wiesheu ging auch auf den von Josef Deimer besonders geförderten Fernbahn-Anschluss an den Flughafen München ein und meinte, die Marzlinger Spange müsse eine Option bleiben. Weiter legte der Staatsminister ein Bekenntnis zur kommunal verfassten Regionalplanung ab und wies der Landes- und Regionalplanung die Aufgabe zu, Ordnung in eine Entwicklung zu bringen und diese über die verschiedenen Fachkompetenzen hinweg zu koordinieren.

Interkommunale Kooperation

Auch der scheidende Verbandsvorsitzende bekannte sich zu der These, ein dicht besiedeltes Land brauche, um Wildwuchs zu vermeiden, die interkommunale Zusammenarbeit.

Josef Deimer gab zu bedenken, dass die Zukunft der Landschaft in den Städten liege. „Nur die disziplinierte Einhaltung des Prinzips der zentralen Orte kann eine Zersiedelung des Landes und die damit verbundene Auflockerung der Verkehrsströme verhindern. In der Bündelung der Siedlungsentwicklung in zentralen Orten und entlang von Entwicklungsachsen liegt nach wie vor unsere wichtigste Zukunftsaufgabe. Sonst werden wir in einigen Jahren unsere Landschaft nicht mehr wieder erkennen“, mahnte der scheidende Vorsitzende.

Teamarbeit

Josef Deimer bedankte sich bei allen, die in den 32 Jahren diese Sichtweise unterstützt haben und fügte hinzu, Regionalplanung sei Teamarbeit und die regionalen Gremien hätten ihr den verdienten Stellenwert gegeben. Es sei dabei ein Gefühl der Zusammengehörigkeit entstanden. Der Planungsverband habe mit den finanziellen Mitteln geknausert und die geringen Steuergelder sinnvoll eingesetzt. Josef Deimer schloss mit den Worten, dass er nunmehr die Funktion des Verbandsvorsitzenden in die Hände des ersten Stellvertreters gibt. Landrat Heinrich Trapp werde das Amt bis zur Mitte des Jahres kommissarisch ausüben. Dann werde in einer weiteren Verbandsversammlung ein Vorsitzender für die zweite Hälfte der kommunalen Wahlperiode 2002/2008 bestimmt. **DK**

Bayerische Gemeindezeitung

Sonderbeilage EDV

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 24. Februar 2005

56. Jahrgang / Nummer 4/II

Wolfgang Bauer/Bayerische Staatskanzlei:

eGovernment in Bayern - ein Zwischenbericht

„Die Verwaltung ist für die Bürger und die Unternehmen eine Blackbox.“ Den Grundstein für eGovernment legte die Bayerische Staatsregierung bereits im Jahr 1994 im Rahmen der BayernOnline-Initiative, aus der bereits damals zahlreiche eGovernment-Projekte hervorgingen, wie z.B. die elektronische Grundbuchführung (SolumSTAR). In Ergänzung hierzu beschloss das Bayerische Kabinett am 9. Juli 2002 ein eGovernment-Konzept und am 29. Juli 2003 einen umfassenden Maßnahmenkataloge für eGovernment in Bayern.

Neben der Vorgabe, alle geeigneten Verwaltungsleistungen zukünftig auch online anzubieten, soll sichergestellt werden, dass die gesamte IT-Infrastruktur in der bayerischen Staatsverwaltung so aufeinander abgestimmt und optimiert ist, dass eine medienbruchfreie Bearbeitung von

der nachfrageintensivsten Behördengänge haben, ist die Kooperation mit den bayerischen Kommunen zu einem wichtigen Motor der eGovernment-Initiative geworden. Der am 15. Juli 2002 abgeschlossene eGovernment-Pakt zwischen dem Freistaat Bayern und den kommunalen Spitzenverbän-



Rege Betriebsamkeit in der Wappenhalle.

Verfahren ermöglicht wird. Nur durch ein solches ganzheitliches eGovernment-Verständnis sind echte Effizienz- und Qualitätssteigerungen zu erzielen.

Wichtiger Motor

Aufgrund dieser umfassenden Ausrichtung von eGovernment in Bayern und der zentralen Bedeutung, die die Kommunen bei der Durchführung

den betont deshalb ausdrücklich die Notwendigkeit des Zusammenwirkens der Partner bei der Einführung der elektronischen Verwaltung.

Unterstützung durch Spitzenverbände

Durch die Einrichtung einer Lenkungsgruppe auf politischer Ebene wurde zudem sichergestellt, dass der eGovernment-Pakt mit Leben erfüllt

GZ-Zukunftswerkstatt öffentliche Verwaltung:

„Sicherheit im eGovernment - Update 2004“

Als besonderen Service für die Entscheidungsträger und EDV-Spezialisten aus Bayerns Kommunen und Behörden bot die Bayerische Gemeindezeitung anlässlich der SYSTEMS 2004 eine Spezialveranstaltung für den öffentlichen Bereich an. Die 8. „Zukunftswerkstatt öffentliche Verwaltung - virtuelle Behörde“ stand unter dem Motto „Sicherheit im eGovernment - Update 2004“. Die mit ca. 200 Gästen gut besuchte Veranstaltung bot einen Überblick über aktuelle IT-Trends für die Zielgruppe der GZ. Im Rahmen einer informativen Ausstellung präsentierten Partner aus der Wirtschaft spezielle Behördenlösungen; Fachvorträge und Berichte aus der Praxis sowie Gespräche mit Experten rundeten das umfangreiche Angebot ab. **DK**

und den aktuellen Entwicklungen angepasst wird. Vertreter der kommunalen Spitzenverbände und der staatlichen Verwaltung unterstützen dieses Gremium auf Arbeitsebene.

Pakt I und II

Während es in Pakt I um die Errichtung eines gemeinsamen Behördenwegweisers mit elektronischen Formularen, der kundenorientierten Verbesserung von Verwaltungsabläufen und der Förderung einer gemeinsamen Beschaffungsplattform geht, geht Pakt II einher mit folgenden Maßnahmen: Zusammenarbeit bei der Entwicklung gemeinsamer technischer Standards und Richtlinien, Anbindung aller Kommunen an das Bayerische Behördennetz, Aufbau eines landesweiten Verzeichnisses, Anpassung der rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen.

Problempunkte

Probleme schaffen indes das Subsidiaritätsprinzip in der EU, der Föderalismus in Deutschland (zu wenig Zusammenarbeit), die Ressorthoheit in den Ländern, die in der Vergangenheit zu starker Zersplitterung der IT-Binnenstruktur und zu Inselösungen führten, die Selbstverwaltung der

Kommunen (Probleme bei organisationsübergreifenden Anwendungen) sowie die Verwaltung (bisher Aufgaben- und keine Prozessorientierung).

Prozesse neu gestalten

eGovernment bedeutet mehr als Technikeinsatz, schöne Homepage, Formulare herunterladen, Bürgerservice oder elektronische Signatur. Letztlich gilt es, Prozesse neu zu gestalten. Dabei sind folgende zehn Fallen zu beachten:

- ≠ Jede Verwaltung erfindet das Rad neu
- ≠ Reines Rationalisierungsziel
- ≠ Alles auf einmal
- ≠ Alles ist online
- ≠ Technologieverliebtheit, IT-Spielzeug
- ≠ Jahrhundert-Anwendungen
- ≠ Insel-Lösungen, mangelnde Verknüpfungen
- ≠ Zu hohe Qualitäts- und Sicherheitsstandards
- ≠ Wandel auf Knopfdruck
- ≠ Personal kann alles.

Bestandsaufnahme

Das eGovernment-Konzept basiert auf den Säulen Verwaltungsleistungen, Basiskomponenten, Standards und Infrastruktur (Rechen- und IT-Betriebszentren, Behördennetz). Eine Bestandsaufnahme von 1.320 staatlichen Verwaltungs-

Prof. Klaus Jamin:

Datenschutz und Datensicherheit

Früher gab es ein Recht des Bürgers auf informationelle Selbstbestimmung. Zudem wurde auf die Sicherheit der Datenspeicherung, -verarbeitung und -ausgabe geachtet. Heute liegt der Schwerpunkt dagegen bedauerlicherweise auf dem Schutz vor betrügerischer Datenbeschaffung. Außerdem gilt es nunmehr, Betrug, mutwillige Zerstörung und Datenspionage zu verhindern.

„Computerviren verbreiten sich prinzipiell über ‚garantiert unverseuchte‘ Programme“, so die grundlegende Viren-Erkennung. Während die allgemeine Viren-Erkennung besagt, „dass Du einen Computervirus genau dann bekommst, wenn Du denkst, Du hättest keinen“, lautet die terminierte Viren-Erkennung: „Du bekommst einen Computervirus genau dann, wenn Du ihn am wenigsten brauchen kannst.“ Die rekursive Viren-Erkennung geht davon aus, „dass ein eingesetztes Virensuchprogramm ausschließlich die Viren bekämpfen wird, die Du nicht hast“, während die ergänzte rekursive Viren-Erkennung heißt: „Ein Virensuchprogramm wird beim Suchlauf alle Text- und Programmdateien irreparabel zerstören und lediglich den Virus übrig lassen.“ Folgerung: Das einzige, was am Ende auf dem Computer noch lauffähig ist, wird der Virus sein.

Waren bislang vor allem die direkt dem Internetzugriff ausgesetzten Systeme von Hackern bedroht, werden nun zunehmend

Anwendungen und Datenbanken zu Zielen solcher Attacken. Angreifer nutzen dabei häufig die notwendigerweise offenen Kommunikationskanäle, beispielsweise bei Behörden. Wie dringt man nun in Systeme ein, die durch Firewalls und weitere Sicherheitssoftware geschützt sind? Antwort: Wenn die Hintertüren verschlossen sind, muss man eben durch den Haupteingang gehen. Ein gut getarnter Angreifer kann so den Schutzwall einer IT-Umgebung relativ einfach unterlaufen. Tatsache ist: Von zehn Datenbanken, die mit dem Internet verbunden sind, gibt es einen Sicherheitsvorfall.

Nach Meinung des Marktforschungsunternehmens Gartner Group sollten Anwender sich mittelfristig vor allem um Sicherheitstechniken wie Host-basierende Intrusion-Prevention-Systeme, Quarantäne- und Eindämmungsverfahren, Schwachstellen-Management, Identity-Management sowie automatisierte Passwortverwaltung kümmern. **DK**

leistungen, abgeschlossen im Januar 2003, hat folgende Ergebnisse zu Tage gefördert:

- ≠ 30 % der Leistungen sind nicht geeignet für Online-Realisierung
- ≠ Über 10 % der geeigneten VL sind bereits online
- ≠ 45 % der Mitarbeiter wünschen sich eine EDV-Unterstützung
- ≠ 33 % sind bereits fehlerhaft im Anstoß (z. B. fehlende Angaben, fehlende Unterschrift o.ä.). Plausibilitätskontrollen würden in 46% dieser Fälle Abhilfe schaffen
- ≠ ca. 60 % aller Verwaltungsleistungen sind von geringer Komplexität und damit standardisierbar

≠ bei ca. 42 % aller Verfahren gibt es Massennutzer

≠ ca. 50% der Leistungen werden bayernweit mehr als 1.000-mal pro Jahr erbracht.

Weiteres Vorgehen

Das weitere Vorgehen wird wie folgt aussehen: prozess-, nicht aufgabenorientierte Einzelprozessanalyse, ggf. Änderungen und Straffungen in der Aufbau- und Ablauforganisation der staatlichen Verwaltung, ggf. Streichung von Regeln, Vorschriften, Verordnungen oder Gesetzen (Deregulierung), technische Umsetzung unter Berücksichtigung von Basiskomponenten und Standards. **DK**

Intergraph/Ismaning:

Geoinformationsverarbeitung in Kommunen und Kreisen

Die Verarbeitung raumbezogener Daten mit Geoinformationssystemen (GIS) zählt in vielen größeren Städten und bei Stadtwerken bereits zum Alltag. Ob Großstadt, Mittelzentrum oder kleinere Kommunen: Das Aufgabenfeld ist hier wie dort nahezu identisch.

Ist eine Erweiterung der bestehenden IT-Struktur in Sinne ressort- und ämterübergreifender Geodatennutzung gefragt? Oder gilt es, den Weg zum GIS-Einstieg zu ebnen? Intergraph und das Intergraph-Partnernetzwerk - mit über 130 praxiserprobten kommunalen GIS-Fachlösungen bestens aufgestellt - bietet für Gebietskörperschaften und Städte jeder Größe das passende Technologiekonzept.

Marktstudie

Intergraph orientiert sich konsequent am Bedarf der kommunalen Zielgruppe. So zeigt eine Marktstudie der TU München, dass hohe Anschaffungskosten für Software, erheblicher Schulungsbedarf für die Verwaltungsmitarbeiter und die Sorge um die nachhaltige Datenverfügbarkeit zu den größten Hemmnissen bei GIS-Einführungen zählen. Dem setzt Intergraph unter anderem ein preiswertes Komplettpaket entgegen. Dieses beinhaltet bereits Intergraphs GIS-Kerntechnologie sowie eine Auswahl kommunaler Fachlösungen. Zudem deckt der umfangreiche Katalog GeoMedia-basierter Fachlösungen alle Ansprüche ab.

Webbasierte Fachapplikatio-

nen, Leasingmodelle oder Geo-Webhosting-Lösungen sind weitere Alternativen. Dabei kann der Server samt Daten über den Intergraph-eigenen terramaps-server (www.terramaps-server.com) als Hosting-Partner vorgehalten und gepflegt werden. Die kommunalen Nutzer greifen via Intranet auf das System zu. Für den Bürger lassen sich ausgewählte Angebote via Internet bereitstellen. Bei einer derartigen Hosting-Lösung zahlt der kommunale Nutzer nach Anzahl der Zugriffe oder Umfang des Datentransfers. Es entstehen keine Kosten für die Anschaffung oder Pflege eines GIS und der Geobasisdaten.

GIS-Funktionalitäten

Weitere Variante: Kreise stellen in Form kooperativer Server-Betreibermodelle für ihre Gemeinden hochwertige GIS-Funktionalitäten zur Verfügung. Ohne den personellen und finanziellen Aufwand in die Höhe zu treiben, agieren die Kreise als Hosting-Partner der Kommunen und koordinieren somit eine regional übergreifende Vernetzung. In der Praxis liegt bei einer Weblösung das GIS einschließlich aller benötigten Fachanwendungen und Daten

zentral auf einem externen kreiseigenen Server.

Die notwendige Sicherheit bei Hosting-Lösungen gewährleisten sogenannte Virtual Private Networks (VPN). Bei einem VPN wird zwischen den Kommunikationspartnern ein privater Tunnel im Internet errichtet, über den Daten und Dienste verschlüsselt und sicher übertragen werden. VPN ist vergleichbar mit einer privaten Leitung im öffentlichen Web, inklusive Firewall und Authentifizierungstechnologie.

Kostengünstige Antwort

Es steht also außer Frage: WebGIS-Lösungen sind eine schnelle, kostengünstige und überaus sichere Antwort auf die Anforderungen einer ressort- und ämterübergreifenden Geokommunikation.

Der anspruchsvolle kommunale Markt ist ein klassischer Einsatzbereich für Intergraphs GeoMedia GIS-Technologie. Diese Software liest alle gängigen Dateiformate parallel, ohne ein eigenes Datenformat zu erzeugen, und greift ohne Schnittstellen oder Performanceverluste auf beliebige Sach- oder Geodaten zu.

Vereinfachter Zugang

Auf der Basis von GeoMedia stehen den einzelnen Fachabteilungen auf der vertrauten und

kostengünstigen Windows-Plattform Fachschalen sowie Analyse- und Planungswerkzeuge zur Verfügung. Diese vereinfachen den aufgabenorientierten Zugang zu Sach- und Rauminformationen und geben dem Sachbearbeiter ein auf seine Bedürfnisse zugeschnittenes, effektives Hilfsmittel zur Bewältigung der täglichen Arbeit an die Hand.

Wartung der Infrastruktur

Verwaltungen tätigen enorme Investitionen in die Infrastruktur. Ob städtische Wasser- und Abwassernetze, Straßen, Grünanlagen, Gewerbeparks, Erholungseinrichtungen oder ÖPNV: Die öffentliche Verwaltung muss sich regelmäßig mit Anlagen im Wert von Millionen Euro befassen. Öffentliche Sicherheit und Lebensqualität der Einwohner verlangen nach einer effektiven, aber kostenoptimierten Wartung der Infrastruktur. Intergraphs Fachlösungen leisten hierbei Unterstützung auf allen Ebenen.

Beispiel Kanalmanagement

Schwerpunkt der Informations- und Auswertungsverwaltung im Rahmen des Kanalmanagements ist die Integration aller Verfahrensabläufe. So finden alle Bearbeitungsabläufe - beginnend mit der Inspektion, der Schadensklassifizierung, der Prognose des Alterungsverlaufs einschließlich Sanierungsbearbeitung mit Kostenermittlung bis zur Aktualisierung des Anlagevermögens - innerhalb des GeoMedia-basierenden Programmsystems statt.

Beispiel Außendienst

Das Ausdehnen der Geoinformationsverarbeitung auf den Außendienst verbessert die Reaktionszeit und die operative Effektivität der mobilen Arbeitstrupps. Die Produktgruppe IntelliWhere bietet hierzu die passenden Lösungen für PDAs und mobile PCs. Die Außendienstmitarbeiter sammeln vor Ort Daten, greifen auf (Geo-)Informationen zu und senden die entsprechenden Updates an die zentrale Datenbank. Der gesamte Workflow wird optimiert. IntelliWhere OnDemand versorgt die mobilen Mitarbeiter mit aktuellen und präzisen Informationen auf einer leicht zu nutzenden Plattform. IntelliWhere TrackForce übermitteln der Zentrale einen steten Überblick zu den momentanen Standorten der mobilen Außendienst-Notdienst-Einsätze lassen sich somit auf kürzestem Wege koordinieren.

Beispiel Bürgerservice

Mit Intergraphs GIS-Technologie kann sich jede Dienststelle innerhalb einer Stadt den dringendsten Aufgaben widmen - unterstützt durch ämterübergreifenden, datenformat-unabhängigen Geodatenzugriff -, während der 'Kunde Bürger' via Webportal seine Anfragen stellt. Im Rahmen der Online-Beantwortung wird nahtlos und unmittelbar auf unsensible Daten beispielsweise zum Fortgang von Planungsverfahren oder zu Bauanträgen zugegriffen. Der Bürger oder Gewerbetreibende erhält das Resultat seiner Anfrage in Form einer intelligenten digitalen Karte präsentiert. Digitalisierte Demokratie, e-Government oder interaktive Verwaltung - nennen Sie es wie Sie wollen: Das Image der öffentlichen Verwaltung wird bestimmt durch den Service-Level und die Professionalität der Bürgerinformation - hier leistet Intergraph einen zentralen Beitrag dank unmittelbarer und stets aktueller Verfügbarkeit der raumbezogenen Informationen via Intra- und Internet. **DK**

InfraServ Gendorf IT - Services:

Lösungen für den Weg zur virtuellen Behörde

Günstige, komfortable und zukunftssichere Alternativen

An vielen Stellen in der öffentlichen Verwaltung werden heute Daten und Informationen noch mit Papier erfasst, verarbeitet und abgelegt. Genauso wie das papierlose Büro immer noch ein Wunschgedanke der Wirtschaftsbetriebe ist, wird die „virtuelle Behörde“ nicht von einem zum anderen Tag existenzfähig sein. Der medienbewusste Bürger und die Betriebe fordern natürlich immer mehr die Vorteile einer Datenverarbeitung anstatt einer Papierverarbeitung ein. Umso mehr, als in einigen Nachbarländern doch die Umstellung der behördlichen Prozesse dort schon in einigen Stufen weiter ist und einige Amtsgänge bereits komplett online abgewickelt werden können.

Den Landratsämtern und Kommunen, die diesen wichtigen „weichen“ Standortvorteil mittlerweile für sich nutzen wollen, bietet InfraServ Gendorf IT - Services ein preiswertes und bedarfsgerechtes Paket von Werkzeugen und Dienstleistungen für den Weg zur virtuellen Behörde an. Hierbei wurde bei der Entwicklung der Dienstleistungen großer Wert auf die Integration in ein vorhandenes Umfeld gelegt. Bei allen Dienstleistungen, die die InfraServ Gendorf auf dem Behördentag vorstellen konnte, ist die stufenweise Einführung und Integration in bestehende Prozessabläufe möglich.

Reduzierung der Kosten

Der elektronische Formularserver InfraForms bietet hier nicht nur die Möglichkeit, die Evolution des Formularwesens in Richtung medienbruchfreie Abarbeitung eines Vorgangs schrittweise zu vollziehen, sondern auch Kosten und Bearbeitungszeit deutlich zu reduzieren. Der von InfraServ Gendorf selbst entwickelte Formularserver setzt hier bewusst auf dem existierenden Papierformular auf, da jedem Kenner dieser Prozesse klar ist, dass die vorhandenen Papierformulare auch noch die nächsten fünf bis neun Jahre parallel zum elektronischen Formular existieren werden. Der elektronische Behörden-Gang wird sich allerdings in den nächsten Jahren so durchsetzen wie das Online - Banking. Bis hin zum vollelektronischen Formular mit dynamischen Arbeitsprozess und medienbruchfreier Übergaben in das Archiv bietet jetzt bereits der Formularserver InfraForms alle Möglichkeiten der Erweiterung an. Investitionssicherheit ist mittlerweile ein wichtiges Kriterium bei der Freigabe von Budgets für diesen Bereich.

Dynamischer Workflow

Mehrere Landratsämter und etliche Kommunen setzen den Formularserver der InfraServ Gendorf mit Erfolg ein. Aus diesem Praxisumfeld kamen auch die wichtigen Ergänzungen für den dynamischen Workflow, der jetzt für die Bearbeitung von Formularen verfügbar ist. Damit können nicht nur Formulare von externen Stellen, also Bürger oder Betriebe, sondern auch interne Formulare der Behörden, wie z.B. Dienstreiseanträge oder Reisekostenabrechnungen, ohne Medienbruch abgearbeitet werden.

Leistungsmerkmale

Weitere technische Vorteile wie das Einsenden von elektronischen Dateien als Anlage zum Formular, die digitale Signatur, Bezahlung eines Vorgangs online, Speichern der eingereichten Formulare mit und ohne Daten und natürlich umfangreiche Hilfefunktionen und weitere Vorteile sind schon länger Leistungsmerkmale von InfraForms.

Genauso flexibel ist auch das Content-Management-System (CMS) der InfraServ Gendorf für die schnelle Erstellung und Pflege von Internet- und Intranetseiten einsetzbar. Das CMS ist ohne Lizenzkosten zu nutzen. Für Schulungen des Redaktionsteams, die Umsetzung der Inhalte und die Weiterentwicklung des Systems stehen jederzeit die Spezialisten der InfraServ Gendorf zur Verfügung. Hier kann mit einer vordefinierten Struktur kostengünstig sofort ein Webauftritt für ein Landratsamt oder eine Kommune ohne viel Aufwand entstehen. Bis hin zum umfangreichen Informationssystem kann auch hier die Struktur stufenweise aufgebaut werden. Natürlich fügt sich der Formularserver InfraForms nahtlos in dieses CMS ein.

Service Fobian

Für staatliche Schulämter bietet die InfraServ Gendorf ihren Service Fobian an. Damit kann über das Internet die Organisation von Fortbildungsveranstaltungen für Lehrkräfte ohne viel Personalaufwand abgewickelt werden. Dieser Service wird, wie die anderen Produkte auch, auf monatlicher Mietbasis angeboten. Also halten sich die Investition und die finanzielle monatliche Belastung auch für kleine Budgets in vertretbarem Rahmen.

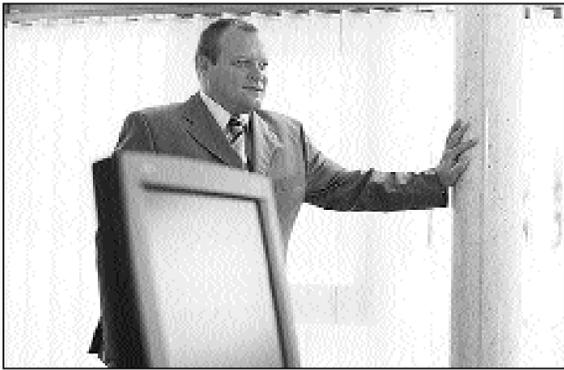
Da die mehr als 80 Mitarbeiter der InfraServ Gendorf IT-Services seit vielen Jahren für Behörden und staatliche Stellen tätig sind, können hier natürlich auch alle anderen Dienstleistungen im Bereich IT-Services bezogen werden. Von der Planung und Installation von Datennetzen über die Lieferung und den Betrieb von Servern bis hin zur Drucker- und Scannerwartung kennen sich die Spezialisten der InfraServ mit den Anforderungen im öffentlichen Dienst aus.

Deutliche Vorteile

Dass sich hier gleich mehrere Vorteile für die Kunden aus dem öffentlichen Bereich ergeben, wurde dem Standpersonal der InfraServ Gendorf mehrfach bestätigt. Deutlich wurden die Vorteile aus Sicht der Verwaltung:

- ☞ Kostensenkung bei Investitionen in die Informationstechnik
- ☞ Verbesserte Kostentransparenz
- ☞ Verlagerung des Investitionsrisikos bzw. Vermeidung von Investitionen
- ☞ Konzentration auf das Kerngeschäft
- ☞ Täglicher Zugriff auf qualifiziertes Personal und spezielles Know-how
- ☞ Einsparung von Personalaufwand
- ☞ Arbeitsabläufe werden optimiert.

Weitere Informationen bei: **Jürgen Ammon, InfraServ Gendorf, Tel.: 08679/74881, Mobil: 0172/8649282, e-mail: ammonj@gendorf.de**



komuna-Mitarbeiter Wolfgang Goletz sicherte fachliche Schulung und Projektbegleitung bei der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzwesens zu.

Alexander Held/Hans Held GmbH:

Synergie zwischen Papier und EDV

Seit über 50 Jahren ist die Hans Held GmbH mit ihren Niederlassungen in Stuttgart, Ulm, München, Dresden und Lübeck für ihre Kunden aus der Öffentlichen Verwaltung und der Wirtschaft der kompetente Partner für alle Fragen der Schriftgut- und Büroorganisation. Über 5000 Kunden profitieren täglich von der Zusammenarbeit.

Seit 1990 hat modernes Informations- und Schriftgutmanagementsystem einen Namen: REGISAFE. Es steht für praxisbewährte, zukunftsorientierte Lösungen. 2002 präsentierte die Hans Held GmbH REGISAFE IQ - ein überlegenes Verwaltungsmanagement der neuen Generation.

Neuer Maßstab

Innerhalb kürzester Zeit wurde dieses System zum neuen Maßstab und zeigt ein temporeiches Durchsetzungsverhalten. Es dynamisiert von der Verwaltung einer Papier-Registrierung über vollelektronische Lösungen mit Scanner und optischer Archivierung bis hin zur Internet-Integration die gesamte Informations- und Schriftgutverwaltung.

Erfahrung als Sicherheit

„Unsere Erfahrungen sind Ihre Sicherheiten“ heißt es bei der Hans Held GmbH. Dazu gehören die Einrichtung und Beratung von über 1500 Verwaltungsregistraturen und über 700 organisatorischen Gesamtberatungen bei Rathäusern und Landratsämtern in Süddeutschland.

Hinzu kommen ein Aktenplanverlag in elf Bundesländern mit den entsprechenden landeseinheitlichen Aktenplanarbeiten (Erstellung und Anpassung), die Zusammenarbeit mit den Kommunalen Spitzenverbänden sowie Beratung durch qualifizierte Verwaltungsfachleute. Insgesamt kann das Unternehmen mit über 1700 Installationen ihrer elektronischen Lösung „REGISAFE Informations- und Schriftgutverwaltung“ aufwarten.

Unerlässliche Informationsverwaltung

Angesichts einer mittlerweile schier unerträglichen Informationsflut (im Jahr 2004 19 Mio. Tonnen Papier; Experten prognostizieren alle drei bis fünf Jahre eine Verdoppelung des Informationsanfalls sowie in zehn Jahren eine Zunahme von 25 Prozent) ist eine Reduzierung und Qualifizierung der Informationen notwendig und sinnvoll, eine Informations- und Schriftgutverwaltung geradezu unerlässlich. Am konkreten Beispiel lässt sich dies wie folgt aus: Während 1998 noch 260 Mrd. Blatt an Schriftgut (DIN A4 und EDV-

Papier) in der Bundesrepublik Deutschland anfielen, waren es 2003 bereits 340 Mrd. Blatt Papier. Dies ergibt übereinandergelegt einen Stapel von etwa 34.000 Kilometern ohne Unterbringung in Ordnungsmitteln. Davon abgelegt wurden etwa 37 Prozent oder 160 Mrd. Blatt, was wiederum einem Aktenstapel von rund 16.000 Kilometern entspricht.

Vor falschen Propheten sei gewarnt!

Es gilt jedoch, nicht das Kind mit dem Bade auszuschütten und zu versuchen, alles Schriftgut zu vernichten und von einer schönen, heilen EDV-Welt zu träumen. Vor falschen Propheten sei gewarnt! Die Maxime lautet: „Evolution statt Revolution!“

Auf dem Weg zur elektronischen Lösung

Auf dem Weg von der klassischen Registratur zur elektronischen Lösung sind folgende Punkte zu beachten: Zielvorstellung für eine künftige Arbeitsweise, Fortschritt und Grenzen der Technik, Probleme der Arbeitsergonomie und Technik, Vorteile der elektronischen Informationsverarbeitung, Parallelität der Anforderungen an EDV und konventionelle Verfahren sowie Aufgaben der integrierten Schriftgutverwaltung (Papier + EDV).

Fünf Säulen

Die EDV-Schriftgutverwaltung beruht auf fünf Säulen:

1. EDV-Aktenplanverwaltung
2. EDV-unterstützte Aktenverwaltung der verbleibenden Papierakte
3. Informationsmanagement - Wissensmanagement
4. EDV-Schriftgutverwaltung (Dokumentenverwaltung, Bürokommunikation, Einbindung der Office-Produkte, automatische Schriftstückerstellung, Integration Fax, E-Mail, Scanner
5. Vollelektronische Bearbeitung (Scannen von Tagespost, elektronisches Verteilen und Bearbeiten, Einsatz digitaler Massenspeichersysteme).

Anforderungen an Dokumentenmanagement

Unter Dokumentenmanagement „DMS“ versteht man eine „elektronische und klassische Schriftgutverwaltung“. Anforderungen an eine „runde

Wolfgang Goletz/Komuna GmbH:

Der Weg zum Neuen Kommunalen Finanzwesen

Bevorstehende Veränderungen bewegen die Menschen, so auch die sich zunehmend abzeichnende Einführung eines Neuen Kommunalen Finanzwesens (NKF). Wolfgang Goletz, Leiter der Abteilung Finanzwesen bei der komuna GmbH, Altdorf, zeigte auf, dass der Weg zum Neuen Kommunalen Finanzwesen leichter beschritten werden kann, als viele denken. Anhand einfach nachvollziehbarer Beispiele und der bewährten Softwarelösung CIP-Kommunal der komuna, präsentierte Goletz ein verständliches Lösungskonzept zur Einführung neuer Steuerungsmodelle bis hin zu einem Wechsel auf ein doppeltes Buchführungssystem.

Kurz und prägnant stellte er dar, dass die Devise „Transparenz für Konsequenz“ lauten und das NKF neue Steuerungsmechanismen und Informationssichten für die politisch Verantwortlichen bieten muss. Die Frage des Buchführungsstils, ob kameral oder doppisch, könne nicht länger das Kernthema sein. Warum in der laufenden Diskussion gerade diese Frage so hoch gehalten wird, ließ der Referent seine Zuhörer vermuten; manch einem geht es wohl um die Reform, aber nur um der Reform willen.

Mann der Praxis

Als Mann der Praxis schließlich war Wolfgang Goletz lange Jahre Kämmerer - bot er praktische Antworten und Lösungen für die sich ergebenden Fragen und Probleme. Dass komuna und das Fachteam Finanzwesen dabei auf einen unglaublichen Erfahrungsschatz aus mehr als 600 Kundeninstallationen zurückgreifen kann, wurde schnell deutlich. Eindrucksvoll und live wurde den Anwesenden demonstriert, wie reibungslos und nahtlos die Einführung von NKF-Komponenten vonstatten gehen kann. Anlagenbuchführung, Kostenrechnung, 3-Komponenten-Rechnung und doppische Rechnungs- bzw. Abschlussbuchungen führte Goletz neben der Erläuterung der dabei

Lösung“ des „DMS“ sind:
 ✦ Gesamtheitliches Abbild aller Anforderungen einer Verwaltung
 ✦ Qualifizierte Darstellung der Grundlagen für Speicherung und Organisation - der tiefen-gegliederte Aktenplan
 ✦ Integration und Parallelität mit der klassischen Registraturablage
 ✦ Ausbau in allen Bereichen mit Teilakten (Einzelakten, Einzelmaßnahmen) und Vorgänge (übergreifende Maßnahmen)
 ✦ Komplette Informationsverwaltung
 ✦ Integration Gemeindearchiv, Stadtarchiv, ggf. Fachanwendungen, Sitzungsverwaltung, Adressverwaltung, Bürokommunikation etc.
 ✦ Automatisierte Schriftstückerstellung und einfache Unterstützung für alle Mitarbeiter.

Gesamtkonzept für die Schriftgutverwaltung

Ziel ist die Erstellung eines Gesamtkonzepts für die Schriftgutverwaltung (Integration in bestehende Organisationen, individuelle Stufenpläne bis zur Komplettlösung, einheitliche Oberfläche und Arbeitsweise), die Optimierung der Arbeitsabläufe/Geschäftsprozesse (keine unnötigen Schritte, keine Doppelvorgänge, Anpassung an die jeweilige Situation), die Unterstützung der Führungsebenen (einheitlicher Zugriff auf Informationen, Überblick über Arbeitssituationen, Bearbeitungsstand) sowie die absolute Benutzerakzeptanz auf allen Anwender-Ebenen (einfach

verliert, lässt sich offen auf Neues und bisher Unbekanntes ein“, meinte Wolfgang Goletz.

Beratungsfrage

Im Rahmen einer Diskussion wurde vom Publikum auch die Frage aufgeworfen, ob man bei einer Umstellung zum NKF mit komuna weitere externe Berater benötigt. Goletz' deutliche Antwort: komuna wird seinen Kunden die Software, die sachliche und fachliche Schulung und selbstverständlich auch die Projektbetreuung und -begleitung anbieten. Themen wie Bilanz- und Steuerpolitik müssen durch Steuerberater abgedeckt werden.

Falsche Hoffnung

Aus seiner persönlichen Erfahrung gab der Referent zu bedenken, dass es eine falsche Hoffnung ist, die Umstellung zum NKF primär durch Externe erledigen lassen zu wollen. Schließlich funktioniere es in

Sanfte Umstellung

Eine sanfte Umstellung mit „learning-by-doing“, bei der man bereichsweise die Instrumente des Neuen Finanzwesens einsetzt, um damit auch Erkenntnisse und Erfahrungen für weitere Bereiche zu sammeln, ist der Vorschlag der komuna. Dafür ertete der Referent beim Publikum durchweg Zustimmung.

„Schreckgespenst“

Die Einführung des NKF, für viele Kämmerer ein „Schreckgespenst“, verliert jegliches Entsetzen, wenn man in erster Linie erst einmal die Verwaltungsleute mit den notwendigen einzusetzenden Mechanismen vertraut macht und die neuen Darstellungsformen für die Politik transparent aufbereitet. „Nur wer Bewährtes und Bekanntes nicht gleichzeitig

zu lernen und zu nutzen, Spielraum für eigene Arbeitsplatzgestaltung, individuelle Nutzungsmöglichkeiten in jedem Arbeitsgebiet).

Das alte Übel

Wirtschaftlichkeitsberechnungen zufolge betragen die DMS-Kosten pro Arbeitsstunde - betriebswirtschaftlich gerechnet - 0,325 Euro. Das gesamte DMS kostet demzufolge weniger als eine Tasse Kaffee trinken oder das Rauchen einer Zigarette. Das alte Übel in der öffentlichen Verwaltung besteht aber nach wie vor darin, nicht wirtschaftlich denken zu können (kurzfristiges Kostendenken ist übermächtig), zu meinen, dass Zeit nichts kostet und sowieso Personal vorhanden ist sowie scheinbar kein Imagegewinn nach außen erfolgt.

Vision: Papierloses Büro

Fazit: Das papierlose Büro bleibt auf lange Sicht eine Vision. Kein Datenträger kann einen anderen völlig ersetzen. Der Informationsträger „Schriftgut“ wird daher auch in Zukunft wichtiger Bestandteil der Büroarbeit bleiben. Damit wird klar, dass die Produktivität der Büroarbeit nur gesteigert werden kann, wenn Papier- und EDV-Organisation in die Informations-Verwaltung einbezogen wird.

Die parallele Organisation beider Medien ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine moderne, leistungsfähige Verwaltung - heute ein Muss, kein Kann! **DK**

der Praxis am besten, wenn man sich sein notwendiges Handwerkszeug selbst zu-rechtlegt. Goletz' Empfehlung: „Ziele durch die Politik und Lösung durch die Verwaltung.“ Insbesondere im Umgang mit den politischen Entscheidungsträgern und den politischen Gremien müsse bei Einführung des NKF ein neues, ein anderes Vertrauensverhältnis aufgebaut werden.

Appell an Kommunalpolitik

Gefragt ist nun der Gesetzgeber. Entsprechende Rahmenbedingungen, wie Kontenrahmen für die Finanzbuchhaltung, Produktrahmen für ein neues Planwesen, Bewertungsrichtlinien für eine flächendeckende Vermögenserfassung und vieles mehr, sind vorzugeben. So manche Verwaltung würde das Thema NKF sicher leichter angehen, wenn eindeutige rechtliche Grundlagen vorhanden wären. Die Kommunalpolitik ist demnach aufgerufen, sich von Einzelfallentscheidungen bis hin zu Zielvorgaben an die Verwaltung zu verändern. komuna verfügt jedenfalls über die nötigen Werkzeuge und Konzepte. Jetzt gilt es nur noch, die richtigen Entscheidungen zu fällen. **DK**

Dirk Thomas Wagner/IBM Deutschland:

Personalwirtschaft für den öffentlichen Dienst

Vermutlich ist Ihr Haushalt wesentlich einfacher organisiert. Sie lassen den Strom liefern und produzieren ihn nicht selber. Und vor allem beziehen Sie ihn „On Demand“. Die damit verbundenen Risiken haben Sie auf Ihren Energielieferanten verlagert. Und der Strom ist für Sie jederzeit, zugeschnitten auf Ihren Bedarf, verfügbar. Dieses bewährte und eigentlich triviale Konzept müsste doch auch bei der Datenverarbeitung anwendbar sein, oder? Aber verhalten wir uns z. B. bei der Nutzung einer Personalwirtschaft nicht oft ähnlich wie Herr Mustermann?

Damit es einfacher geht - on demand funktioniert -, gibt es jetzt IBM Flexible Hosting Solutions - Personalwirtschaft für den öffentlichen Dienst. Sie basiert auf der mySAP Business Suite und deren Personalwirtschaft-Komponente und enthält ein speziell für den öffentlichen Dienst vorkonfiguriertes System. Dieses wurde in enger Zusammenarbeit mit der Datenzentrale (DZ) Baden-Württemberg und den Rechenzentren Datenverarbeitung Region Stuttgart und der Kommunalen Informationsverarbeitung Baden-Franken (KIV BF) entwickelt.

Grundlage für kostengünstigen Betrieb

Mit dem HR Master for Public Sector, der bei den Pilotanwendern Stadt Karlsruhe (mit Eigenbetrieben), Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis und der Kommunalen Datenverarbeitung Region Stuttgart in den produktiven Betrieb übernommen wurde, konnte die Grundlage für die schlanke Einführung und den kostengünstigen Betrieb von SAP HR (Human Resources) gelegt werden.

Wichtigstes Ziel

Wichtigstes Ziel ist dabei die Sicherstellung der Abrechnungsfähigkeit mit Überwachung und Realisierung der gesetzlichen und tariflichen Anforderungen durch die Datenzentrale. Gleichzeitig sollte es für jeden einzelnen Mandanten möglich sein, auch im Bereich des Abrechnungsregelwerks kundenindividuelle oder hauseigene Tarife/Einstellungen abbilden zu können. Außerdem sollten die über die reine Personaladministration und -abrechnung hinausgehenden Funktionalitäten, wie beispielsweise Bescheinigungswesen, Dienstplanung, Bewerbermanagement, Veranstaltungsmanagement und Reisemanagement im Sinne eines vollständig integrativen Betriebes umgesetzt werden.

Der HR Master for Public Sector bildet das Herzstück des Bereichs Personalwirtschaft für den

Die wesentlichen Inhalte des Masters for Public Sector sind:

- ≪ Tarifwerke für den öffentlichen Dienst sind umfassend eingepflegt; dadurch ist die Nutzung des Masters durch Landes- und Bundesbehörden und -einrichtungen problemlos möglich
- ≪ Ein umfangreicher Zulagenkatalog
- ≪ Vorkonfigurierter Katalog von Abwesenheitsarten sowie Musterarbeitszeitpläne
- ≪ Grundcustomizing sonstiger Standardkomponenten für einfache und schnelle Erweiterung im Kundenmandanten
- ≪ Integrativer Ansatz auch im Verbund mit den SAP-Komponenten des Rechnungswesens mit Realisierung der doppelten und kamerale Buchführung
- ≪ Abbildung mehrerer beispielhafter Organisationsstrukturen
- ≪ Muster für Stellenklassifikationen sowie Vorlagen eines Planstellenkatalogs
- ≪ Umfangreiche Maßnahmenkataloge für Geschäftsprozesse (zum Beispiel Einstellungsverfahren, Höhergruppierungen, Gewährung von Kindergeld oder sonstige Vorgänge bei der Personalverwaltung) sind vordefiniert und können sofort eingesetzt werden
- ≪ Voll integriertes Berechtigungskonzept
- ≪ Dauerhafte Sicherstellung der Abrechnung auf Grundlage der aktuellsten Rechtslage (Tarifvertrag, Beitragssätze und sonstige rechtliche Vorgaben).

Gesteigerte Effizienz

Durch die zentrale Betreuung, Pflege und Weiterentwicklung des Masters for Public Sector kann für den laufenden Betrieb vermieden werden, dass jeder Anwender eigene Ressourcen bereitstellen muss. Die Effizienz des Betriebes lässt sich weiter steigern, wenn an zentraler Stelle ein HR-System betrieben wird, in dem die einzelnen Anwender jeweils als Mandant bzw. bei kleineren Anwendern als Buchungskreis abgebildet werden.

Ca 15.000 Abrechnungsfälle

Mit der Produktivsetzung des zum 1. Januar 2004 entwickelten Masters werden derzeit etwa 15.000 Abrechnungsfälle in sechs Mandanten im Rechenzentrumsbetrieb abgerechnet. Die unterschiedlichsten Anforderungen und Strukturen der Pilotkunden bedingen, dass über 80 Tarife eingestellt sind, die von der Datenzentrale gepflegt werden.

Unterstützung der Organisationsstrukturen

Der HR Master for Public Sector unterstützt grundsätzlich sowohl zentrale als auch dezentrale Organisationsstrukturen. Darüber hinaus ist er auch auf Organisationsformen mit integrierten Sachbearbeitern und der traditionellen Trennung im Personalwesen (personalbetreuende und personalabrechnende Stelle) vorbereitet.

- ≪ Ein umfangreicher Zulagenkatalog
- ≪ Vorkonfigurierter Katalog von Abwesenheitsarten sowie Musterarbeitszeitpläne
- ≪ Grundcustomizing sonstiger Standardkomponenten für einfache und schnelle Erweiterung im Kundenmandanten
- ≪ Integrativer Ansatz auch im Verbund mit den SAP-Komponenten des Rechnungswesens mit Realisierung der doppelten und kamerale Buchführung
- ≪ Abbildung mehrerer beispielhafter Organisationsstrukturen
- ≪ Muster für Stellenklassifikationen sowie Vorlagen eines Planstellenkatalogs
- ≪ Umfangreiche Maßnahmenkataloge für Geschäftsprozesse (zum Beispiel Einstellungsverfahren, Höhergruppierungen, Gewährung von Kindergeld oder sonstige Vorgänge bei der Personalverwaltung) sind vordefiniert und können sofort eingesetzt werden
- ≪ Voll integriertes Berechtigungskonzept
- ≪ Dauerhafte Sicherstellung der Abrechnung auf Grundlage der aktuellsten Rechtslage (Tarifvertrag, Beitragssätze und sonstige rechtliche Vorgaben).

Schrittweise Übernahme in den produktiven Betrieb

In Phase II wurden bis Ende 2004 die Module Personalkostenhochrechnung, Positiv-Zeitwirtschaft, Bescheinigungswesen, Bewerberverwaltung, Reisemanagement, Dienstplanung, dynamische Mails und Konzeption Veranstaltungsmanagement in den Master for Public Sector integriert und durch die Pilotanwender schrittweise in den produktiven Betrieb übernommen.

Die Vorteile liegen auf der Hand

Die Vorteile des Masters lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- ≪ Umfassende Leistungen und Funktionen
- ≪ Kostengünstige und wirtschaftliche Easy-T-Run-Lösung
- ≪ Vorkonfigurierte Kernprozesse

in der Personalsachbearbeitung

- ≪ Integriertes und standardisiertes Schnittstellenpaket zur Datenübernahme aus Drittverfahren
- ≪ Vollständig eingerichtetes Customizing für das Tarifrecht im öffentlichen Dienst

- ≪ Erhebliche funktionale Erweiterungen
- ≪ Optimierte Einführungs- und Vorgehensmodell (komplettes Implementierungsprojekt mit u. a. Projektablauf- und Zeitplan, Projektorganisation und Dokumentvorlagen)
- ≪ Einbindung von zugeord-

neten Unternehmen

- ≪ Gewährleistung von Projektterminen, Kosten und produktions-sicherer Qualität
- ≪ Integration von Vorverfahren wie z. B. Zeiterfassung
- ≪ Gewährleistung und Vereinfachung eines Betriebes über mehrere Mandanten hinweg. **DK**



Ebenso zahlreiches wie aufmerksames Publikum bei den Vorträgen.

Prof. Dr. Rolf Lauser/FH München:

Neue Erkenntnisse bei Datenschutz und -sicherheit

Datenschutz bedeutet zunächst die informelle Selbstbestimmung des Individuums. Jeder Einzelne soll grundsätzlich selbst entscheiden, wann und innerhalb welcher Grenzen persönliche Lebensverhalte öffentlich zugänglich gemacht werden. Datenschutz soll gewährleisten, dass der einzelne Betroffene vor den Gefahren, die die fortschreitende Informationstechnologie mit sich bringt, geschützt wird. Datensicherheit wiederum fasst alle technischen und organisatorischen Maßnahmen zusammen, die für die Durchführung eines zuverlässigen, nach innen und außen sicheren IT-Betriebes notwendig sind.

Technische und organisatorische Maßnahmen für einen gegen unbefugten Zugriff von innen und außen abgesicherten IT-Betrieb sind die Herstellung einer dauerhaften Verfügbarkeit der Daten und der Anwendungen sowie die Sicherstellung der Integrität der Daten. Grundsätzlich gilt: Ohne Datensicherheit gibt es keinen Datenschutz.

Der Datenschutz ist gesetzlich kodifiziert. Das Bundesdatenschutzgesetz ist subsidiär. Gegenstand des Datenschutzes sind personenbezogene Daten, die bei bestimmten öffentlichen oder bei privaten Organisationen gespeichert und/oder verarbeitet werden. Das BDSG gilt für die gesamte Privat-Wirtschaft, im öffentlichen Bereich nur für den Bereich der Bundesverwaltung und für Landesverwaltungen, Gemeinden oder Gemeindeverbände, soweit sie Bundesrecht ausführen. Ansonsten gelten die Landes-Datenschutz-Gesetze.

Grundregeln

Zur Gewährleistung des informationellen Selbstbestimmungsrechts gehen sowohl das BDSG wie auch die anderen Datenschutz-Normen von folgenden sieben Grundregeln aus:

- ≪ Zulässigkeit der Verarbeitung: Verbot mit Erlaubnisvorbehalt
- ≪ Zweckbindung der Verarbeitung personenbezogener Daten
- ≪ Transparenz: Information und Benachrichtigung der Betroffenen
- ≪ Korrekturrechte der Betroffenen: Berichtigung, Sperrung, Löschung
- ≪ Datensicherheit: Schutz vor Verlust, Sabotage und unbefugtem Zugriff
- ≪ Kontrolle: durch organisationsinternen DSB und die Aufsichtsbehörden
- ≪ Sanktionen: Bußgeld, Strafvorschriften und Schadenersatz.

Grundsätzlich gilt bei der Erhebung, Speicherung, Verarbei-

tung und Nutzung personenbezogener Daten das Prinzip der Datenvermeidung und Datensparsamkeit.

Die Datensicherheit, d.h. die technische und organisatorische Grundlage des Datenschutzes ist im BDSG lediglich in einem Paragraphen angesprochen. Da aber auch der Gesetzgeber erkannt hat, dass dies nicht problemadäquat ist, wurde das BSI beauftragt, eine Anlage zu konzipieren, die dann integraler Bestandteil des Gesetzes wurde:

Bestandteil des Gesetzes

- ≪ Zutrittskontrolle (physischer Zutritt zu den System-Umgebungen/Closed-Shop)
- ≪ Zugangskontrolle (Schutz gegen unbefugte Nutzung, vor allem von Externen)
- ≪ Zugriffskontrolle (User dürfen nur auf die Daten zugreifen, die sie für die Durchführung der ihnen zugewiesenen Aufgaben benötigen)
- ≪ Weitergabekontrolle (Datenübermittlung nur im Rahmen der Voraussetzungen des § 15 (öff. Verwaltung) bzw. des § 28 (Wirtschaft))
- ≪ Eingabekontrolle (Wer hat Daten erfasst, verändert oder gelöscht/Log-Files)
- ≪ Auftragskontrolle (Daten dürfen nur auf Weisung der speichernden Stelle verarbeitet werden; wichtig bei Outsourcing/Auftrags-Datenverarbeitung)
- ≪ Verfügbarkeitskontrolle (Schutz gegen zufällige Zerstörung oder Verlust)
- ≪ Trennungsgebot (Daten, die für unterschiedliche Zwecke erhoben wurden, müssen getrennt verarbeitet werden).

Durch technische und organisatorische Maßnahmen müssen personenbezogene Daten gleichermaßen gegen eine missbräuchliche Verarbeitung durch Interne wie auch Externe geschützt werden. Maßnahmen zum Schutz gegen Interne sind der Closed-Shop-Betrieb mit Zugangskontrolle und Protokol-

lierung; regelmäßige Datensicherungen (Großvater-, Vater-, Sohn-Prinzip); Funktionen-Trennung (Anwender, Administrator, Entwickler); USER-Groups (Gruppierung über jeweilige Aufgaben in der Organisation); 4-Augen-Prinzip bei kritischen Daten (personenbezogene Daten, unternehmenskritische Daten); Passwort-Regelungen (zeitlich begrenzte Gültigkeit, 8-stellig, Buchstaben, Ziffern und Sonderzeichen, Passwort ungleich USER).

Maßnahmen zum Schutz gegen Externe sind eine Firewall-Umgebung mit Paket-Filter, Applikations-Filter (Dienst-Filter) und Content- (Inhalts-) Filter (dazu gehören u.a. Viren-Filter), zudem ein Proxi-Server zur Verhinderung des direkten Zugriffs von Externen auf Server und ein Intranet /VPN. Bei der Kommunikation personenbezogener oder unternehmenskritischer Daten sollten über das Intranet (VPN) hinaus grundsätzlich PKI (digitale Signaturen) verwendet werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass der Partner identifiziert werden kann, die Authentizität des Kommunikationspartners sichergestellt wird und eine Kommunikation mit Abschluss, der eine nachträgliche Änderung der kommunizierten Daten erkennen lässt, stattfindet.

Vorgehensweise

Datensicherheit und in Folge ein wirksamer Datenschutz ist nicht gottgegeben, sondern Ergebnis von technischen und organisatorischen Maßnahmen. Der in einer Organisation erforderliche Maßnahmen-Mix hängt von der Bedrohungslage, bzw. dem gegebenen Risiko, das von Organisation zu Organisation unterschiedlich ist, ab. Folgende Vorgehensweise sollte beachtet werden:

- ≪ Risiko-Analyse (Feststellung des Bedrohungs-Szenarios)
- ≪ Definition einer Security-Policy (Ziele, Anforderungen an kritische Systeme und/oder Prozesse)
- ≪ Ist-Aufnahme mit Schwachstellen-Analyse anhand der Security-Policy
- ≪ Ableitung eines kurz- und mittelfristigen Maßnahmenkataloges
- ≪ Regelmäßige Auditierung. **DK**

Kindermann & Co. GmbH:

Komplettanbieter für Präsentations- und Konferenztechnik

Über die Jahre hinweg bis heute hat das Familienunternehmen Kindermann in Ochsenfurt ein Höchstmaß an Professionalität in Sachen Licht und Projektion entwickelt. Die 1861 gegründete Firma brachte das richtige Licht in die Welt des Business mit Dia-, Overhead-, Daten- und Videoprojektoren.

Seit über 30 Jahren ist Kindermann deutscher Hersteller für Overhead-Projektoren und stieg bereits 1982 in den Daten-/Videoprojektorenmarkt ein. Die Voraussetzungen für die richtungsweisende Technik sind Mitarbeiter mit Kenntnissen für den Markt, seine Entwicklung und Möglichkeiten.

Wandlung zum Komplettanbieter

Kindermann hat sich gewandelt vom reinen Produzenten traditioneller Präsentationstechnik zu einem Komplettanbieter auf dem wachsenden Markt der Präsentations- und Konferenztechnik. Zu den Kernkompetenzen des Unternehmens gehört das Know-how rund um die Präsentation mit eigener Produktion, Entwicklung, Marketing, Vertrieb und Service. Neben der Produktion aus eigenem Haus vertreibt Kindermann mit Daten-/Videoprojektoren von Epson, Sanyo und Toshiba drei weltweit führende Marken.

Leistungsstarke Geräte

Mit sechs MultiMedia-Projektoren bietet das Unternehmen mittlerweile leistungsstarke Geräte für die Mobil-Class, Desktop-Class und Installations-Class. Die Handelspartner von Kindermann haben mit dieser neuen Linie die Chance, nicht mehr im direkten Vergleich zum Wettbewerb stehen zu müssen, wie Michael Fries, Vertriebsleiter bei Kindermann, betont. „Außerdem können unsere Händler und deren Kunden auf absolute Spitzentechnologie vertrauen, denn hinter Kindermann stehen mehr als 20 Jahre Erfahrung und Kompetenz in der Daten-/Videoprojektion“, fügt Fries hinzu.

Speziell für mobile Präsentationen und für Home-Cinema wurden die beiden neuen Modelle KS 100 und KX 100 entwickelt. Gemeinsam ist den beiden Geräten eine Fülle von technischen Highlights wie Zoomen, Weitwinkel für kurze

Projektionsabstände, Keystone-Korrektur, Videowiedergabe, Bild-in-Bild und Farbtemperatureinstellung. Mit Anschlüssen für analoge RGB- und digitale DVI-Schnittstelle sowie Composite Video, S-Video- und Video-Komponenten-Eingang, eignen sich die beiden 2,6 kg leichten Beamer für nahezu jede Anwendung. Die Projektoren unterscheiden sich nur durch ihre Lichtleistung und Auflösung.

Drei Modelle

In der Desktop-Class bietet Kindermann 3 Modelle. Der KX 200 bietet sich mit 2.000 ANSI-Lumen, XGA-Auflösung und 3,4 kg Gewicht besonders für den Schul- und Weiterbildungsbereich an.

Zoomfunktion, digitale Keystone-Korrektur, wählbare Farbtemperatureinstellungen und Anschlussmöglichkeit für bis zu vier Bildquellen, sind einige der technischen Highlights. Ebenfalls zur Desktop-Class gehören die XGA-Projektoren KX 2020 und das neue Modell KXD 2300. Verkaufsleiter Fries reißt die beiden Modelle aus der neuen Kindermann-Linie in den Anwendungsbereich für Top-Präsentationen, für Konferenzen und natürlich auch für alle Einsätze in der Unternehmensumgebung ein.

„Eyecatcher“

Für die Darstellung von Video- und Datenprojektion im Raum bietet Kindermann wiederum hochwertige Rückprojektionsscheiben, sprich helle, kontrastreiche Bilder an. Sie dienen als „Eyecatcher“ am Point of Sale, in Foyers, Schaufernern und Showrooms.

Durch die vier Varianten Greyfire, Blackfire, HoloScreen und Digital Power werden diese Scheiben und Folien nahezu allen Kundenansprüchen gerecht. Je nach Anforderung bieten sie z. B. Tageslichttauglichkeit, Innen- oder Außeneinsatz, geringes Gewicht und flexible Projektionsgrößen bis zu 2 mal 3

Meter. Das Modell Greyfire ist eine hochwertige Acrylscheibe mit zwei speziellen Oberflächenstrukturen, nur wenige Millimeter stark, leicht und dauerhaft. Die K Greyfire ist geeignet für helle Projektionen mit guter Bildqualität, zum Beispiel im Schaufensterersatz.

Beste Bildqualität

Durch Mikro-Glaslinsen-Technologie erzielt das Modell Blackfire die beste Bildqualität mit sehr breitem Betrachtungswinkel. Mehr als 10.000 Glaslinsen pro Quadrat Zoll in einer Acrylscheibe leiten das Projektionslicht von der Rück- auf die Vorderseite und blenden Fremdlicht weitgehend aus, d.h.

Andreas Swart/AKDB:

Melderegister-Auskunft ZEMA

Die AKDB ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Träger sind die kommunalen Spitzenverbände in Bayern. Gegründet wurde die AKDB 1971. Somit ist sie seit 30 Jahren erfolgreich im Bereich der kommunalen Datenverarbeitung tätig. Die AKDB betreut derzeit mehr als 4000 Kunden, vorwiegend in Bayern, Sachsen und Thüringen, zunehmend - durch die komMIT - auch in anderen Bundesländern.

Zu den Verfahrensbereichen gehören: Personalwesen; Einwohner-/Ausländerwesen; Finanzwesen; NKFw, Sozialwesen; Verkehrswesen; Wahlen; Volks- und Bürgerentscheide; Bau- und Grundstückswesen; Ver- und Entsorgungswirtschaft.

Datenbasis

Mit der Bereitstellung des Internet-Portals www.zemaonline.de hat die AKDB, seit über 30 Jahren erfolgreich im Bereich der kommunalen Datenverarbeitung tätig, die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Benutzer aus der Wirtschaft, von Behörden und sonstigen öffentlichen Stellen über ein Portal einfach, schnell und wirtschaftlich bayernweit einfache Melderegisterauskünfte einholen können. Als Datenbasis für ZEMA dient der im Service-Rechenzentrum der AKDB von nahezu allen bayerischen Kommunen gespeicherte zentrale Einwohnerdatenbestand. Bayern hat derzeit etwa 12,4 Mio. Einwohner, die von 1379 Meldeämtern verwaltet werden. Bundesweit sind 6000 Meldeämter und -behörden ansässig.

Identifizierung

Das ZEMA-Portal wird gemeinsam von der AKDB, der Landeshauptstadt München und den Städten Nürnberg und Augsburg betrieben. Durch Verlinkung der Datenbestände dieser vier Beteiligten können über das Portal auch die Datenbestände der genannten Städte abgefragt werden.

Neben privaten Power-Usern kann ZEMA auch von Behörden (zum Beispiel Landesbehörden, Landratsämtern, Kommunen) als Online-Behördenauskunft im Umfang der einfachen Melderegisterauskunft genutzt werden. Die AKDB schließt mit den Interessenten entsprechende Vereinbarungen ab. Mit Vertragsabschluss und Registrierung können über das ZEMA-Portal einfache Melderegisterauskünfte eingeholt werden. Die Identifizierung bei der Suchanfrage erfolgt mittels UserID und Passwort oder Software-Zertifikat.

Scheinwerfer oder Tageslicht haben geringen Einfluss auf die Bildqualität. Das Modell HoloScreen wiederum ist eine spezielle Polymerscheibe, die in erster Linie das Licht aus einem Winkel von 25 bis 35 Grad erkennbar macht und für ungehinderten Durchblick transparent bleibt. Foyers und Räume in hochwertiger Ausstattung sind das passende Umfeld. Die Bildqualität ist exzellent, der Betrachtungswinkel ist 180 Grad.

K Digital Power

Die K Digital Power ist eine dünne Folie, die auf alle Kunststoff- oder Glasflächen geklebt werden kann. Sie eignet sich bestens für flexible Einsätze und kann in jeder Form zugeschnitten werden beispielsweise für außergewöhnliche Projektionsformen auf Messeständen und Rauminstallationen. Auch bei hellem Umgebungslicht gibt sie ein sehr helles Bild mit guter Bildqualität wieder. **DK**

CeBIT 2005 vom 10. bis 16. März:

Die Technik im Griff

Technik soll dem Menschen das Leben leichter machen. Doch wenn Technik überhand nimmt, schafft sie eher Verwirrung. Damit der Anwender auch im Zeitalter mobiler Büros, intelligenter Haustechnik und interaktiver HiFi-Geräte nicht den Überblick verliert, entwickeln Fraunhofer-Forscher den digitalen Assistenten PECo. Die Fernbedienung für alle Gelegenheiten ist vom 10. bis 16. März in Hannover 2005 auf der CeBIT, Halle 9, Stand B36 zu sehen.

Der Tagungsraum im Darmstädter Fraunhofer-Institut für Graphische Datenverarbeitung IGD ist der Inbegriff moderner Konferenztechnik: „Es gibt dort an die hundert elektrisch steuerbare Einheiten“, berichtete Ali Nazari Shirehjini, Ingenieur am IGD. 40 Lampen und verstellbare Jalousien sorgen für optimale Beleuchtung. Drei Beamer können unabhängig voneinander Bild- oder Textdateien an die Stirnseite des Raums projizieren. Alle Beamer lassen sich per Laptop von jedem Platz aus steuern. Neben den Projektionsflächen befinden sich zwei Smart-Screens, intelligente Tafeln, die digital speichern, was von Hand auf sie geschrieben wird. „Die Steuerung der gesamten Konferenztechnologie ist eine Wissenschaft für sich, für die man bisher extra ausgebildete Techniker brauchte“, erklärt Nazari.

Lösung PECo

„Diese Komplexität geht an den Bedürfnissen der Menschen vorbei“, so der Ingenieur weiter. „Die Nutzer des Raums wollen Geräte steuern und Dateien übertragen, abspielen oder laden - und dafür sollte eigentlich der gesunde Menschenverstand ausreichen.“

Die Lösung, die Nazari und seine Kollegen entwickelt haben, heißt PECo - die Abkürzung steht für Personal Environment Controller. Die Software, mit der sich Konferenzräume ansteuern lassen, kann auf einem kleinen PDA installiert werden, der in jede Hosentasche passt. Die 3D-Sicht auf dem Display zeigt den Tagungsraum inklusive aller Lampen, Boxen, Beamer, Smart Screens. Durch Antippen lassen sich die einzelnen Funktionen aktivieren, die Impulse werden per Funk an die Schaltzentrale übertragen. Diese Fernsteuerung funktioniert nicht nur im Tagungsraum selbst, sondern auch via WLAN über größere Distanzen.

Am Gemeinschaftsstand der Fraunhofer-Gesellschaft auf der

CeBIT kann jeder diese Technologie testen: Ein Klick auf den PDA genügt, und schon gehen im Konferenzraum am Darmstädter IGD - 376 Kilometer von Hannover entfernt - die Lichter aus. Den Beweis, dass die gewünschten Funktionen auch wirklich aktiviert wurden, liefert eine Kamera, die Bilder aus dem Tagungsraum live auf die Messe überträgt.

„Die Steuerung der sehr komplexen Konferenztechnik zeigt, dass PECo funktioniert“, resümiert Nazari. „Grundsätzlich kann man mit der Software alle Geräte steuern, die kommunikationsfähig - also fernsteuerbar - sind. Die Voraussetzung ist nur, dass sie einem Standard wie European Installation Bus, EIB, oder Universal Plug and Play, UPnP, folgen. „PECo ist durch die 3D-Darstellung der Umgebung immer intuitiv zu verstehen“, sagt Nazari.

Animation erstellt

Doch woher weiß die Software, wie die Umgebung aussieht? Im Fall des Konferenzraums haben die Fraunhofer-Ingenieure eine Animation erstellt. Je nachdem, an welcher Stelle sich der Anwender befindet - die Position des PDA wird über Funk von der Schaltzentrale erkannt - erscheint auf dem Display der entsprechende Ausschnitt des Raums. In fremden Umgebungen kann das Programm selbstständig dreidimensionale Animationen erstellen: „Die Bilder berechnen sich aus der Position der Geräte, die über Ultra Wide Band, Bluetooth oder WLAN erreichbar sind. Der Anwender sieht auf dem Display also immer, welche Geräte im Raum sind, die er ansteuern kann“, so Nazari: „Die Technik schafft einerseits Überblick, andererseits erleichtert sie die Bedienung - wer will schon mit hunderten von Fernbedienungen hantieren?“ Das Konzept der drahtlosen Interaktion haben die IGD-Forscher mittlerweile patentiert. **DK**

Fujitsu Siemens Computers GmbH:

Starker Partner für innovatives eGovernment

Stabile und starke Partnerschaften sind in dynamischen Zeiten des Wandels wichtiger denn je. Sie bieten die Verlässlichkeit zukunftsgerichteten gemeinsamen Handelns, das von Kompetenz und Engagement bestimmt ist. Die Fujitsu Siemens Computers GmbH und den Public Sector verbindet seit vielen Jahren eine derartige Partnerschaft. Die Fäden dafür laufen in der Line of Business (LoB) Öffentliche Auftraggeber zusammen.

Die führende Position von Fujitsu Siemens Computers bei Bundes- und Landesbehörden, Kommunalverwaltungen und Verbänden, Hochschulen und anderen öffentlichen Institutionen stützt sich auf das spezifische Wissen um die Anforderungen, die der Public Sector an seine IT-Infrastrukturen stellt.

Technologieführer

Ein Team von über 220 qualifizierten Mitarbeitern setzt im Rahmen eines flächendeckenden Netzes von Vertriebscentern die-

se Verpflichtung täglich in die Praxis öffentlicher Auftraggeber um. Ihr Know-how bildet die Basis, auf die Fujitsu Siemens seine Position als leistungsstarker IT-Infrastruktur-Anbieter, Systemintegrator und Lösungspartner stützt. Diese Position füllt das Unternehmen mit den Kompetenzen des Technologieführers aus und ergänzt sie um die Zusammenarbeit mit ausgewählten Partnern.

Optimierte Prozesse

Um das Angebot der über das

DATEVKommunal für Städte und Gemeinden

Software und Beratung für die kommunalen Finanzen

Zur Überwindung der Haushaltskrise in den deutschen Kommunen ist neben stabilen Einnahmen ein grundlegend geändertes Finanzmanagement mit mehr Transparenz dringend notwendig. Eine zentrale Rolle kommt dabei der Einführung eines neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens auf Basis der doppelten Buchführung (Doppik) zu. Denn Kommunen, die so das kamerale zahlungsorientierte System durch eine ressourcenorientierte Darstellung ersetzen, können Aufgaben und Projekte nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten planen.

Bei der Umstellung bieten der Steuerberater und die Nürnberger DATEV eG Unterstützung an. Der IT-Dienstleister hat dazu sein umfassendes Leistungsspektrum aus Beratung und Software für Kommunen und kommunale Unternehmen im neuen Angebot DATEVKommunal zusammengefasst.

Durchgängiges System

DATEVKommunal deckt flexibel alle Anforderungen ab, mit denen Kommunen und kommunale Unternehmen im Zuge der nötigen Umstrukturierung konfrontiert werden. Dazu bietet DATEV ein durchgängiges Software-System, das die Grundlage für ein neues Finanzmanagement bildet. Zu den Anwendungen, die im Rahmen von DATEVKommunal erhältlich sind, gehören Programme für die Finanzbuchführung, auf Basis spezieller Kontenrahmen für das neue kommunale Rechnungswesen, den Jahresabschluss, die Finanzrechnung und Haushaltsplanung, den Zahlungsverkehr, die Budgetierung inklusive Kosten- und Leistungsrechnung, die Anlagenwirtschaft, die Lohn- und Gehaltsabrechnung, den Haushaltsplan sowie die Veranlagung kommunaler Abgaben wie Steuern, Gebühren und Beiträge.

Zusätzlich zur Software beinhaltet DATEVKommunal weit reichende Beratungsleistungen. Die DATEV-Consultants unterstützen gemeinsam mit dem

Steuerberater zum einen den Umstellungsprozess auf die Doppik, begleiten das Projekt oder übernehmen das Projektmanagement. Zum anderen bieten sie auch generell Hilfestellung, wenn es darum geht, Strategien und Konzepte zur organisatorischen Weiterentwicklung und Effizienzsteigerung in der Verwaltung von Städten und Gemeinden auszuarbeiten.

Breites Spektrum

Für die Straffung von Abläufen steht dazu ein breites Maßnahmen-Spektrum zur Auswahl. Generell lässt sich die Wirtschaftlichkeit einer Kommune prüfen, indem ihre Leistungen dem Ressourcenverbrauch gegenüber gestellt werden. Für unproduktive Bereiche bietet sich in manchen Fällen eine Auslagerung (Outsourcing) des kompletten Prozesses an. Hohe Kosten im Bereich Beschaffungswesen lassen sich zum Beispiel durch regionale Kooperationen reduzieren. Indem mehrere Kommunen einem Lieferanten gemeinsam gegenüber treten, können sie günstigere Preise durchsetzen.

Ist-Analyse

Je nach den Voraussetzungen in der Kommune fallen die Schwerpunkte beim Umstrukturierungsprozess unterschiedlich aus. Den Weg zu einer Neuausrichtung, die langfristige Einsparungen oder Produktivitäts-

Internet verfügbaren Dienste qualitativ und quantitativ erhöhen und gleichzeitig die Effizienz der Verwaltungen steigern zu können, werden Verwaltungsprozesse optimiert. Der Automatisierungsgrad wird erhöht, u.a. durch Integration in Realzeit-Umgebungen. Ein Bürger, der bestimmte Dienste per Internet in Anspruch nimmt, erwartet eine schnellere Bearbeitungszeit als bei traditioneller Verfahrensweise. Es reicht nicht, die über das Internet initiierten Verwaltungsprozesse in die bestehenden Verwaltungsabläufe einzuliefern. Vielmehr sollten die bestehenden Verfahren (insbesondere die Kernverfahren) in automatisierte Verwaltungsprozesse eingebunden werden.

Vollständige Automatisierung

Darüber hinaus erfordern eGovernment Projekte (elektronische Formulare, Signatur, elektronisches Postfach, etc.) früher oder später die Einbindung, Erweiterung oder Umgestaltung bestehender Kernverfahren. Nur eine vollständige Automatisierung der Prozesse ermöglicht maximale Kostensparnis, maximale Effizienzsteigerung und maximale Bürgernähe im öffentlichen Verwaltungsbereich.

Framework keySteps

keySteps ist ein Framework, das aus formalen Prozessbeschreibungen (BPML) einen ablauffähigen Code (Enterprise Java Beans) generiert. keySteps erzeugt automatisierte Verwaltungsprozesse, die plattformneutral in heterogenen IT-Infrastrukturen eingesetzt werden können. Mit der Prozessbeschreibungssprache BPML (Business Process Modeling Language / BPML.org) werden die Prozessabläufe und der für die Prozesssteuerung relevante Datenfluss als XML-Dokumente beschrieben, unter Verwendung einer

zuwächse bringt, beginnt das Team aus Steuerberater und DATEV-Consultants mit einer Ist-Analyse. Anhand von Organisationsanweisungen aber auch durch Mitarbeiterbefragungen werden alle Abläufe in der Kommune untersucht. Zu den angefallenen Kosten und den Leistungen der Verwaltung werden Informationen erhoben und gegenüber gestellt. Dieser Abgleich ermöglicht dann eine kritische Bewertung der Abläufe in der Kommune.

Strategisches Konzept

Vor der Auswahl konkreter Maßnahmen wird festgelegt, für welche Bereiche Veränderungen auf operativer Ebene ausreichend sind, und welche Prozesse generell strategisch neu ausgerichtet werden müssen. Über weitere methodische Zwischenschritte wird schließlich das strategische Konzept erstellt. Es enthält die gewählten Einzelmaßnahmen und ordnet sie nach Priorität und zeitlichem Ablauf.

Der Steuerberater und die DATEV-Consultants stehen den Verantwortlichen während des gesamten Umstellungsprozesses zur Seite und vermitteln Methoden-Know-how für die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen. Dabei beraten und betreuen sie auch die Mitarbeiter bei der Gewöhnung an neue Abläufe oder veränderte Funktionen. **DK**

BPML Schema Beschreibung. Prozesse lassen sich zunächst im Sinne von Musterprozessen (oder best practice) abstrakt beschreiben und können dann schrittweise zu realen, ablauffähigen Prozessen verfeinert werden.

keySteps ermöglicht sowohl die Einbindung host-basierter Kernverfahren in moderne eGovernment Umgebungen als auch die Erweiterung vorhandener Prozesse um neue Services. Existierende Batchprogramme können durch Online Schnittstellen (z.B. als Webservices) ergänzt werden. Darüber hinaus ermöglicht keySteps auch die Migration der Kernverfahren auf moderne Systemplattformen. Das Vorgehenskonzept ermöglicht diese Innovationen in überschaubaren, kontrollierbaren und zusammen mit dem Kunden festgelegten, evolutionären Schritten.

Integrierte Lösungen

keySteps ist eine Lösung, die von den Kooperationspartnern FSC, MGM EDV-Beratung und Oracle mit dem Ziel entwickelt wurde, die Transformation der bestehenden Verfahren hin zu automatisierten Verwaltungsprozessen optimal zu unterstützen. Vorhandene Lösungen, zum Beispiel hostbasierte Verfahren, werden integriert und mit den fachspezifischen Erfahrungen in den Verwaltungen kombiniert. Die Kombination aus Hardware, Software und Services ermöglicht ein schlüssiges Vorgehensmodell, das sich in der Praxis bewährt hat.

Fujitsu Siemens Computers, 1999 gegründet, ist in Deutschland Marktführer im IT-Bereich und mit mehreren Fertigungs-, Vertriebs- und zentralen Verwaltungsstandorten direkt vor Ort präsent. Die Produktion in Deutschland garantiert kurze Wege, neue Maßstäbe an Flexibilität und höchste Produktqualität. Ein Beispiel hierfür ist die Auszeichnung der Fertigung in Augsburg mit dem Industrial Excellence Award 2003 als beste Fabrik. **DK**

Erste Erfahrungen mit Doppik

Königsbrunn mit AKDB erfolgreich gestartet

„Der Weg führt in die Zukunft, und wir werden immer besser.“ So fasst Harald Goos, Kämmerer der Stadt Königsbrunn, die ersten positiven Erfahrungen mit dem neuen kommunalen Finanzwesen auf doppischer Basis zusammen.

Mit Jahresbeginn 2005 ist die Verwaltung der Stadt Königsbrunn auch im Tagesgeschäft vollständig und endgültig auf die Doppik umgestiegen. Voraus ging eine „sanfte“ Übergangsphase von zwei Jahren, während der die Stadt gemeinsam mit der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) und der arf GmbH in einem Pilotprojekt NKFV alle nötigen Voraussetzungen schuf. Dazu gehört auch das richtige Verfahren: OK.FIS NKFV.

Das Ziel war von Anfang an klar: „Trotz knapper Kassen sollen die Leistungen für die Bürger nicht gekürzt werden. Dafür müssen wir die Ressourcen aufdecken, die bisher noch gar nicht oder nicht in der richtigen Art genutzt wurden. Die Kameralistik stößt dabei an ihre Grenzen. Mit der Einführung der Doppik erhalten wir erstmals die notwendigen Informationen, um sie zu einer transparenten Steuerung im Sinne der Bürger nutzen zu können.“ erläutert Goos. **DK**

Meldeamtssoftware MESO:

Absoluter Marktführer

Der „Siegeszug“ der Einwohnermeldeamtssoftware MESO, hergestellt bei HSH in Lindenberg, setzt sich nicht nur in Bayern fort. Auch in allen anderen Bundesländern bestätigt sich der Trend zu einer modernen, integrierten und autonomen Lösung. Mittlerweile haben sich neben Berlin und Köln auch Bremen und Hannover für MESO ausgesprochen.

Zu Beginn dieses Jahres haben sich in Bayern die kreisfreien Städte Ansbach, Coburg und Weiden für MESO und komuna als ihren „Partner der Kommunalverwaltung“ entschieden; weitere werden noch folgen. „Damit haben wir in Bayern nach 50 Neukunden im Jahre 2003 und 25 Neukunden in 2004 bereits wieder einen soliden Grundstock für das neue Jahr gelegt“ so Franz Fuchs, Geschäftsführer von komuna und zuständig für den Vertrieb. Bundesweit arbeiten mittlerweile weit über 2.000 Verwaltungen (davon ca. 500 Kunden in Bayern) mit dieser Meldeamtssoftware, darunter seit 1. April 2003 sämtliche 212 Meldebehörden in Rheinland-Pfalz.

Ideale Ergänzung

Der Auftrag der Städte Ansbach und Coburg wurde neben MESO auch für AUSO erteilt. AUSO ist im Bereich des Ausländerwesens die ideale Ergänzung in der Kombination mit MESO als bundesweit führende Software im Meldewesen. Beide Verfahren laufen auf einer gemeinsamen Datenbank und greifen in einem nahtlosen Workflow ineinander. Dadurch ergeben sich für die Ausländerbehörde viele Rationalisierungseffekte.

Unter dem Titel „Meldewesen auf Draht“ durfte komuna die elektronischen Vorgänge im Meldewesen, die nunmehr bereits über 350 bayerische kommunale Anwender nutzen, während der Messe „Moderner Staat“ in Berlin am Stand des Bundesministeriums des Inneren vorstellen. Besondere Beachtung fand dabei, dass einfache und funktionierende Beispiele aus der Praxis gezeigt wurden, die durch den laufenden Einsatz in der Fläche bereits erhebliche Einsparungspotentiale erschlossen haben.

Interesse für echte Praxisbeispiele

Gerade auf einer Messe, auf der viel über theoretische Konzepte und virtuelle Projekte gesprochen wird, war großes Interesse für echte Praxisbeispiele zu erkennen. „Vielleicht haben manche verstanden, dass es nicht millionenschwerer Projekte bedarf, um einfache Dinge einfach zu lösen“, erörterte Ludwig Atzberger, Geschäftsführer von komuna.

Im Bereich des Meldewesens ergeben sich durch gesetzliche Novellierungen gravierende Neuerungen wie z. B. den papierlosen Austausch von Meldedaten zur Bedienung zentraler Register bzw. zwischen den Meldebehörden. Dies ist mit MESO seit langem gängige Praxis, über Landesgrenzen hinweg und ohne den kostspieligen Einsatz von Clearing- oder Vermittlungsstellen. Mehr als 400 Rathäuser in Bayern und Baden-Württemberg übermitteln bereits papierlos und elektronisch Daten via komuna.NET, der universellen Datentransportplattform, weitere werden permanent installiert. So ergeben sich ohne Investitionsaufwand von heute auf morgen erhebliche Einsparungen in den Prozesskosten.

Integrierte Gebührenkasse

Mit der in MESO integrierten Gebührenkasse kann der gesamte Zahlungseingang im Bürgerbüro abgewickelt werden. Die

Abwicklung eines gebührenpflichtigen Vorgangs in MESO stößt dabei automatisch die Gebührenabrechnung an. Mittlerweile wird ca. ein Drittel aller Pass- und Ausweisbeanträge bundesweit über DIGANT abgewickelt.

Spitzenplatz

In Bayern ist das Verfahren mit 928 Installationen am weitesten verbreitet, es folgen Baden-Württemberg mit 600 und Niedersachsen mit 168 Installationen. Mit der bundesweit führenden Einwohnermeldeamtssoftware MESO der Firma HSH und DIGANT können mittlerweile über 11 Mio. Einwohner ihre Pässe und Ausweise beantragen; damit steht MESO im Ranking der Bundesdruckerei an erster Stelle. **DK**

Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Florian Hahn (KPv)

Lutz Roßmann (Landtag)

Britte Scherbielle (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Klaus Kamhuber

Peter Müller

Franz Och

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 39 vom 01.01.2005

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) €27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.



idomeoKOMMpak

Die GIS-Lösung für Windows und Linux

Höchste Akzeptanz durch genial einfache Bedienbarkeit. Orthophoto, Kanal, ... Einbindung schon im Grundmodul. Keine Installations- und Grundschulungskosten. Kompetente Vertriebspartner direkt vor Ort.

idomeoSOFTWARE GmbH Landshut T.(0179) 5345796
idomeoSOFTWARE@aol.com

Staatsanzeiger Online Logistik:

Erste Adresse für öffentliche Internet-Ausschreibungen

Leere Kassen und immer weniger Mitarbeiter, die immer mehr Arbeit bewältigen müssen: An der Finanzknappheit der Kommunen wird sich vermutlich auch in Zukunft nicht viel ändern. Umso wichtiger, dass Prozesse „entschlackt“ und wertvolle Personalressourcen nicht unnötig blockiert werden. Die bayerische Staatsanzeiger Online Logistik (SOL) GmbH bietet bereits seit fünf Jahren eine rechtssichere Online-Ausschreibungsdatenbank an, die den Arbeitsaufwand und damit die Prozesskosten bei der Submission deutlich reduziert. Zwar ist die Online-Ausschreibung längst noch nicht in alle Kommunen vorgedrungen, aber allein in Bayern haben 750 öffentliche Ausschreiber auf das elektronische Verfahren mit SOL umgestellt. Insgesamt kann die Staatsanzeiger Online Logistik auf mittlerweile 43.000 abgewickelte Ausschreibungen verweisen.

Einer der Anwender ist Peter Fröber, Leiter der Bauverwaltung im Bauamt der Großen Kreisstadt Neustadt bei Coburg, der seit dem Frühjahr 2003 mit der Online-Ausschreibungsplattform von SOL arbeitet. Mit dem Gedanken, Ausschreibungen online durchzuführen, hat Fröber schon länger gespielt: „Seit die Mitarbeiter von SOL uns ihr System vorgestellt haben, bin ich begeistert von der Idee. Nur fehlten uns 2002 größere Ausschreibungsprojekte, daher haben wir die Sache erstmal auf Eis gelegt.“

Als 2003 mit dem Neubau eines Kindergartens und umfangreichen Umbau- und Sanierungsmaßnahmen im Neustädter Rathaus gleich zwei umfangreiche Projekte mit einem Ge-

samtvolumen von 500.000 Euro anstanden, kam die Online-Ausschreibungsplattform endlich zum Einsatz. Die Plattform fand schnell Akzeptanz und sogar treue Anhänger: Vor allem die Sachbearbeiterinnen loben die enorme Arbeitserleichterung durch die Umstellung auf das elektronische Ausschreibungsverfahren.

Schluss mit tagelangen Kopieren

„Endlich ist Schluss mit dem tagelangen Kopieren der Leistungsverzeichnisse“, atmet Fröber auf. Besonders problematisch sei es gewesen, als gleichzeitig mehrere Ausschreibungen liefen. „Durch die umfangreichen Werke waren die Perso-

nalressourcen oft eine halbe Woche gebunden - bei Baumeisterarbeiten umfasst ein Leistungsverzeichnis z.B. an die 300 Seiten, wenn das dann für 40 Bieter kopiert, einkuvertiert und verschickt werden musste, waren unsere Mitarbeiter erst einmal beschäftigt“, erklärt Fröber.

Datenschutz bei den Kommunen:

Gut, aber noch verbesserungswürdig

Tätigkeitsbericht 2004 des „Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz“, Reinhard Vetter

Der „Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz“, Reinhard Vetter, und sein 26köpfiges Expertenteam sind nach wie vor eine gefragte Anlaufstelle für Mitarbeiter der Kommunen. Die Vorschriften zum Schutz personenbezogener Daten sind inzwischen in einer Fülle von Gesetzen und Verordnungen verankert. Deshalb müssen sich die Verantwortlichen in den Amtsstuben, um sich den Durchblick zu verschaffen, Amtshilfe besorgen.

Gestützt auf seine langjährigen Erfahrungen (Vetter ist seit 1993/94 im Amt) versichert er: „Der Datenschutz im öffentlichen Bereich wird immer besser.“ Allerdings müsse das Problembewusstsein weiter geschärft werden.

Zur Vorlage seines „Tätigkeitsberichts 2004“ stellte sich Vetter den Fragen der GZ-Redaktion. Dabei ergab sich, dass die Kommunen mit ihren verzweigten Aufgaben mit zu den Schwerpunkten des Landesbeauftragten und seiner ständigen Kontrollen. Das gilt ebenso für die Polizei, die Justiz und die Gesundheitsämter. Vetter ist nicht bekannt, ob bereits alle Kommunen vorschriftsgemäß eigene Datenschutzbeauftragte benannt haben. Das Bayerische Datenschutzgesetz von 1978 ist seit her von Landtag, dem der Landesbeauftragte zugeordnet ist, wiederholt ergänzt worden.

Im Maximilianium arbeitet eine Datenschutzkommission, der neben Mitglieder der Fraktionen Vertreter der Kommunalen Spitzenverbände angehören. Es gibt Vorgänge, bei denen selbst Vetter sich fragt, ob ein Verstoß gegen den Datenschutz vorliegt, z.B. wenn eine Gemeinde den Verlaufs einer öffentlichen Ratsitzung wörtlich ins Internet stellt. Das ist im 2004er Bericht ausführlich angesprochen.

Die Frage liegt nahe, ob der Landesbeauftragte sich mit einem Einspruch auch gegenüber starken und einflussreichen Politikern durchsetzt. Vetter dazu schmunzelnd: „Ich kriege mein Geld nicht als Schenkungssteuer“. Er habe Mängel zu nennen. Dass man in Amtsstuben nicht immer darüber erfreut sei, liege auf der Hand. Für den privaten Bereich, etwa für den Datenschutz in den Medien oder Wirtschaftsunternehmen ist in Bayern die Regierung von Mittelfranken zuständig.

Nachdem mehr und mehr Lebensvorgänge in das Internet gestellt werden, muss Vetter hier die Grenzen des staatlichen Datenschutzes erkennen. Das Wahrnehmen und Unterbinden von Verstößen würde, so Vetter, gewaltige Kapazitäten voraussetzen, die nicht auf die Beine zu stellen sind. So sieht er sich in der Auffassung bestätigt, die Microsoft-Chairman Bill Gates kürzlich in München formulierte. Alle Sicherungen, die gegen Hacker-Angriffe und Computerviren installiert werden, benötigen ergänzend die Bereitschaft der Internetnutzer, den Daten-

schutz zu respektieren, damit die notwendige Vertrauensbasis zu schaffen.

Zufallsverfahren

Diese Liste geht per Zufallsverfahren an eines von mehreren zertifizierten Druckzentren, wo die Unterlagen vervielfältigt und den Bietern innerhalb von

24 Stunden zugestellt werden. Ist ein Unternehmen einmal im System als Bieter angelegt, braucht es bei allen weiteren Ausschreibungen, an denen es sich beteiligen möchte, nicht mehr neu eingegeben werden.

Nach Aussage Fröbers hat sich der gesamte Prozess deutlich beschleunigt, so dass pro Ausschreibung ein Drittel der bisherigen Arbeitszeit eingespart werden kann. Auch in Kommunen ist Zeit Geld und bei rund 20 Ausschreibungen pro Jahr kommt einiges zusammen. Neben dem Wegfall des Kopier- und Versandmarathons gibt es noch weitere Faktoren, die den Bearbeitungsablauf intern erleichtern: „Statt wie früher selbst Formulare eigenhändig zu erstellen, können wir mit Hilfe von SOL alle ausschreibungsrelevanten Dokumente im PDF-Format schon fertig herunterladen und müssen sie dann nur noch ausfüllen“,

berichtet Fröber. Generell empfindet er es als großen Vorteil, dass sämtliche Pläne und Anhangsdokumente als PDF-Dateien beigefügt und jederzeit - also auch nach Freischaltung der Ausschreibung - einfach ergänzt oder aktualisiert werden können.

Große Erleichterung

Auch die benutzerfreundliche Oberfläche der Ausschreibungsplattform hat den Leiter der Bauverwaltung in Neustadt überzeugt: Durch das Update sei alles viel einfacher geworden, „und wenn es doch einmal Probleme gibt, haben die Mitarbeiter der Hotline uns bisher immer kompetent geholfen“.

Hilfreich war auch die SOL-Schulung vor Ort im Bauamt, wo die Mitarbeiter sich unter fachkundiger Anleitung anhand einer konkreten Ausschreibung mit dem System vertraut machten. **DK**

Auch das aktuelle politische Thema der DNA-Analysen zur Aufklärung von Straftaten ist aufgegriffen. Mit den Kollegen von Bund und Ländern ist sich Vetter einig, dass derartige Analysen nicht mit der herkömmlichen Erkennungsdienstlichen Behandlung - Fingerabdruck etc. - gleichzusetzen sind. Man habe generell nichts gegen DNA-Analysen im Zuge der Strafverfolgung, wende sich jedoch insbesondere gegen den Verzicht auf das gesetzliche Erfordernis der Prognose erheblicher zukünftiger Straftaten des Betroffenen und gegen die Übertragung der - aus gutem Grund dem Richter vorbehaltenen - Anordnung von Maßnahmen auf die Polizei.

Video-Überwachung

Offensichtlich im Konflikt mit Innenminister Beckstein beklagt Veters Jahresbericht, dass die Forderung, Video-Überwachungen auf Plätze mit besonderer Kriminalitätsbelastung zu beschränken, das mit einer örtlichen Straftatenstatistik zu untermauern, nicht in die Vollzugsbekanntmachung aufgenommen wurde. Somit könne eine derartige Überwachung auf gesamte Innenstadtbereiche ausgedehnt werden.

Weiter angesprochen ist der Start kommunaler Öffentlichkeitsarbeit im Internet. Diese neue Technologie verstelle manchmal den Blick auf das datentechnisch Zulässige. So habe die Aufnahme der Namen und Geburtstage neugeborener Ge-

meindekinder ohne Zustimmung der Eltern beanstandet werden müssen.

Die Auswertung von Bürgerdaten, die im Rahmen von Bürgerbegehren oder anderen bürgerschaftlichen Engagements anfallen, geriet ebenfalls ins Fadenkreuz des Landesbeauftragten. Dabei ging es u. a. darum, in welchem Prozentsatz sich bestimmte Altersgruppen an dem Begehren beteiligt hatten. „Für diese vielleicht statistisch interessante Frage darf ein Bürgermeister die mit der Einreichung des Begehrens verbundenen personenbezogenen Daten aber nicht auswerten, da diese ausschließlich zur Feststellung der Zulässigkeit des Begehrens genutzt werden dürfen“.

Zahlreich seien Beschwerden von Bürgern über die Zusendung von Wahlschreiben politischer Parteien. Dies zeige, wie viel für die Forderung der Datenschützer gesprochen habe, für die Adressenübermittlung an Parteien vor Wahlen die Zustimmung der Empfänger zu verlangen. Immerhin sei jetzt die Pflicht der Meldebehörden eingeführt, acht Monate vor Wahlen die Bürger auf ihr Widerspruchsrecht hinzuweisen. „Wenigstens ein Fortschritt“, so der trockene Kommentator.

Bei seinem Amtsantritt vor elf Jahren hatte Vetter erklärt, für ihn sei Datenschutz Grundrechtsschutz. „In diesem Sinn gehört der Datenschutzbeauftragte zu den Institutionen, denen ein Wächteramt zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger übertragen ist“. **mhb**

Kommunalverwaltung:

Linux voll im Trend

Immer mehr Gemeinden wechseln von Windows auf Linux. In letzter Zeit machten bekannte Städte wie München, Mühlheim, Schwäbisch Hall, Landshut und Wien Schlagzeilen mit der offiziellen Bekanntgabe ihres stufenweisen Wechsels auf Linux - von den vielen kleineren Gemeinden im In- und Ausland ganz zu schweigen.

Die Vorteile, die Linux bietet, liegen auf der Hand:

- ≪ Niedrige Kosten für Server- und Desktopbetriebssysteme
- ≪ Keine zusätzlichen Kosten für Standardsoftware, wie z.B. Textverarbeitung und Tabellenkalkulation
- ≪ Kostenlose Updates der Linuxkomponenten
- ≪ Besonders kurze Entwicklungszyklen bei Sicherheitsupdates (zumeist innerhalb ein bis zwei Tagen nach Bekanntwerden von Sicherheitslücken)
- ≪ Hohe Datensicherheit durch lange Testzyklen
- ≪ Bekannt hohe Sicherheit bei Viren und Trojanern.

Dennoch wagen viele Gemeinden den Umstieg nicht, obwohl erste Erfahrungen von Kommunalverwaltungen zeigen, dass sich auch trotz einiger Hindernisse in Bezug auf mangelnde Verfügbarkeit bei manchen Kommunalsoftware-Entwicklern der Einsatz bzw. die Option auf einen möglichen Umstieg auf alle Fälle lohnt.

Daher entwickelt die Firma idomeoSOFTWARE GmbH, Landshut, seit geraumer Zeit ihre Anwendungen „plattformunabhängig“. So kann eine Gemeinde die Software unter Windows betreiben und zu jeder Zeit mit minimalem Aufwand das System auf Linux umstellen. Der Anwender kann sich in seiner „gewohnten Windows-Umgebung“ an die neue Software gewöhnen und schließlich, wenn er die notwendige Sicherheit erlangt hat, bei Bedarf auf das neue Betriebssystem wechseln. „Eine zukunftsichere Investition“ also.

Entscheidend beim Einsatz einer modernen Linux-Software ist ein professioneller Support, der auch einen direkten Kontakt zum Entwickler beinhaltet. Diese enge Verknüpfung von An-

wender und Entwickler spiegelt sich dann in einer konsequent auf „Anwenderfreundlichkeit“ und „Praxisnähe“ ausgerichtete Software wieder. Die idomeoSOFTWARE GmbH leistet in diesem Bereich Pionierarbeit. In Zusammenarbeit mit so genannten Entwicklergemeinden werden alle Anwendungen in direktem Kontakt mit der Entwicklungsabteilung erstellt. Diese Vorteile des „direkten Drahtes“ wissen bereits viele Gemeinden zu schätzen. So arbeiten u. a. die Gemeindeverwaltung von Eching bei Landshut, Mengkofen, Pfeffenhausen, Kumhausen, Stadt Nittenau, VG Furth (La), Postmünster, Gangkofen, Schöllnach, Konzell, VG Lalling, Fraunberg und VG Steinkirchen bereits mit einer GIS-Software, die jederzeit nach Linux übertragen werden kann.

Diese „Pioniergemeinden“ geben Interessierten gerne Auskunft. Der schrittweise Umstieg auf ein neues System wird durch den modularen Aufbau in überschaubare Teilmodule erleichtert. Neben den für Windows-Systeme verfügbaren Modulen liegen bisher folgende Anwendungen von idomeoSOFTWARE, plattformunabhängig vor:

- ≪ idomeoBAUBUCH
- ≪ idomeoHausnummernverzeichnis
- ≪ idomeoKanalbeitragsberechnung
- ≪ idomeoKOMMpak (2. Quartal 2005)
- ≪ idomeoOFFICE (CRM = Contact-Relationship-Management-System

Der Ausbau weiterer Module ist jederzeit möglich.

Fazit: Keine Kommune kann sich die Scheu vor einer Linux-Lösung heute noch leisten. Wichtig dabei ist nur, den richtigen Partner zu wählen. **DK**

Veters Handschrift

Der Tätigkeitsbericht 2004 von Reinhard Vetter ist wieder recht umfangreich. Und darin ist die persönliche Handschrift des bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz unverkennbar. Wer beauftragt ist, über den Datenschutz zu wachen, steht vor der Wahl, Fälle des Missbrauchs behutsam zu protokollieren oder kämpferisch offen zu legen. Vetter wählt den ersten Weg. Zumal er ein gebranntes Kind ist.

In den Anfängen seiner bereits langjährigen Amtszeit, nannte er auch mal behördliche Verstöße unmissverständlich klar beim Namen. Das heimste ihm den Vorwurf der Regierung von Oberbayern ein, ungesetzliche Kontrolle auszuüben.

Es ist halt nicht einfach, sich mit der Exekutive, mit Ministerien und Kommunen auseinander zu setzen. Und der Gesetzgeber schiebt häufig Veters Vorschläge beiseite. Das spricht Vetter in seinem neuen Arbeitsbericht an, wie gesagt inzwischen etwas behutsam.

Datenschützer zu sein, ist, zumal in Bayern, eine Gratwanderung. Da sind auf der einen Seite die für das Wohl und Wehe des Staates und der öffentlichen Sicherheit Verantwortlichen wie Innenminister Beckstein und seine Kabinettskollegen. Auf der anderen Seite leistet der Bürger erbitterten Widerstand, sobald die Speicherung von Daten etwa aus Polizei, Gesundheits- oder Steuerakten im Feuer steht.

Noch ist es schwierig und problematisch, hier dem grenzenlosen Internet-Gebrauch Grenzen zu ziehen. Die diffizilen Persönlichkeitsrechte sind ein hohes Gut. Über ihren Schutz zu wachen wird zweifellos immer schwieriger. Da hilft alles nichts: Politik und Gesetzgeber sind in der Pflicht, den Datenschützern unter die Arme zu greifen. **mhb**

IT-Schutz - jetzt einfacher möglich:

Über 30 Millionen bedenkliche Webseiten im Griff

Perspektiven für Verwaltungen, Firmen und den Home-PC

Immer häufiger werden in der freien Wirtschaft IT-Verantwortliche und Geschäftsführer für Schäden aufgrund von IT-Sicherheitsmängeln haftbar gemacht. Bald wird es auch die Verantwortlichen in den kommunalen Gebietskörperschaften treffen.

Content Security Management (CSM) erfüllt eine neue EU Verordnung. CSM ist hinsichtlich der mit der IT-Nutzung verbundenen Haftung jeder Geschäftsleitung ein notwendiges Schutzwerkzeug für alle die geworden, die ein Computernetzwerk betreiben. Alle müssen sich zwangsweise gegen die vielen komplexen Bedrohungen schützen. Tun sie es nicht, dann kann es in Zukunft teuer werden.

Angriffe auf IT-Sicherheit

Auf den Einsatz von Firewalls und Virenschernern kann man sich heute nicht mehr allein verlassen. Niemand kann mehr glauben, mit seinen Schutzmaßnahmen auf der sicheren Seite zu sein, weil rund 80 Prozent aller Angriffe auf die IT-Sicherheit von innen kommen.

Nur allzu leicht lässt sich der gesamte Adressbestand eines Unternehmens in eine Datei packen, die dann auf einem Datenträger mitgenommen wird -

sei es aus Gefälligkeit für einen Bekannten oder um nach dem Ausscheiden aus dem Unternehmen gewohnte Informationen verfügbar zu haben.

Reale Bedrohungen

Die Bedrohungen sind absolut real und müssen beachtet werden. Man sollte prüfen, ob:

- ⚡ Daten wirklich vor Fremzugriffen geschützt sind
- ⚡ Urheberrechtsverletzungen ausgeschlossen werden können
- ⚡ Mitarbeiter integer sind
- ⚡ Programme auf den Netzwerken lizenziert sind

Wenn sicherheitsrelevante Vorgänge protokolliert sind, könnte das ein wichtiger Beleg in jeder Haftungsfrage werden.

NetIntelligence heißt die Lösung

Ein Unternehmen in Schottland hat jetzt ein Programm entwickelt, mit Anwender gelassen in die Zukunft sehen können. Es macht jede Nutzung des Computers sichtbar. Niemand kann

mehr unbemerkt Daten verändern, unautorisierte Software verwenden oder Internetseiten zweifelhaften Inhalts ansurfen. Alle Risiken können jetzt identifiziert, protokolliert und zukünftig vermieden werden.

Risiken transparent dargestellt

Mit einer Lizenz von NetIntelligence werden vorhandene und potentielle Risiken transparent dargestellt. NetIntelligence sorgt durch die permanente Überwachung der IT-Infrastruktur für eine lückenlose Einhaltung der Richtlinien. Die Verantwortlichen erhalten Kenntnis über:

- ⚡ alle Bedrohungen der IT-Infrastruktur
- ⚡ alle besuchten Internetseiten der Mitarbeiter
- ⚡ alle Texte und Files, die verarbeitet werden
- ⚡ alle Bildtypen, mit denen gearbeitet wird
- ⚡ alle Medientypen, die verwendet werden
- ⚡ jede Softwareveränderung (z.B. Installationen)
- ⚡ alle installierten Programme
- ⚡ jede Hardwareveränderung (z.B. Ein/Ausbauen von Hardware, Verwendung von USB-Sticks, Brennen von CDs)

Erweiterter Schutz für Kinder - PC-Nutzung wird transparent

Die Schutzeinrichtung kann genauso in Schulen eingesetzt werden. Aber mehr noch. Schu-

len und Eltern sollten darauf hinwirken, dass Kinder auch zu Hause geschützt werden. Die NetIntelligence Home Edition des schottischen Software Herstellers ist die erste Komplettlösung auch für Eltern zur Kontrolle und Sicherung des Internetzugangs ihrer Kinder. Sie ist ein wirkungsvolles Werkzeug für jeden Internet Benutzer - ob im Büro oder zu Hause.

Eltern haben jetzt die Möglichkeit die Aktivitäten ihrer Kinder am PC und ganz besonders im Internet zu kontrollieren, den Zugriff auf unerwünschte Webseiten (z.B. Pornographie oder gefährliche Computerspiele) zu verhindern, sich vor Computerviren zu schützen und sogar einen genauen Bericht über die Aktivitäten des Benutzers zu erhalten.

Software sperrt Webseiten

Die Software sorgt dafür, dass die PCs einheitlich über ein Kontrollcenter verwaltet werden, das in permanentem Kontakt zu einer Online-Datenbank steht. Diese Datenbank enthält derzeit über 30 Millionen als bedenklich identifizierte Webseiten, Dateien und Bilder, einschließlich der von der Internet Watch Foundation (IWF) als illegal kategorisierten Seiten.

Effektives Programm

Mit dem äußerst effektiven und benutzerfreundlichen Programm können ganze Kategorien (z.B. Jugendgefährdendes, Spiele, Gewalt etc.) sowie einzelne Webseiten gesperrt werden. Sie können jedoch auch generell alle Webseiten sperren und dann gezielt einzelne wieder freigeben. Berichte zeigen, welche Webseiten besucht wurden. Ebenso werden auch die Versuche protokolliert, eine gesperrte Webseite zu besuchen.

Neben der Auflistung welche Programme in Benutzung waren erhält man auch umfangreiche Informationen von Chat Sitzungen.

Transparente PC-Nutzung

Mit einem einfachen Mausklick erhalten die Berechtigten ein klares Bild über alle Aktivitäten am PC: z.B. welche Programme aufgerufen wurden oder was in Chaträumen ausge-

tauscht wird. Unregelmäßigkeiten werden sofort erkannt. Die Auswertung des Protokolls kann zeitlich und/oder benutzerorientiert erfolgen.

Alle Internetnutzer, insbesondere Kinder, haben einen Anspruch auf eine Online-Umgebung die frei ist von Missbrauch.

Weitere Informationen bei: Dr. Michael Mainka, info@mainka-partner.com, http://www.mainka-partner.com, Tel: 089/62 303 283.

ArcGIS 9 für Umwelt und Energie

Geodatennetzwerke und Geoservices mit ESRI auf der 1. GeoNet im Rahmen der TerraTec und enertec 2005

Gerade in diesen Jahren ist der Energie- und Umweltsektor großen Änderungen unterworfen. Privatisierung und Deregulierung veranlassen die Unternehmen wie auch die Öffentliche Verwaltung verstärkt auf offenen, nationalen und internationalen Märkten zu konkurrieren. Damit verbunden sind höhere Anforderungen an Wettbewerbsfähigkeit, Effizienz und Kundendienst. Anforderungen, die einen wirkungsvollen Einsatz von Informationstechnologie, darunter die Anwendung von GIS, voraussetzen.

ArcGIS von ESRI bietet heute in vielen Unternehmen im Energie- und Umweltsektor eine strategische Plattform zur Lösung dieser Aufgaben - häufig integriert mit ERP, CRM und den übrigen Businesssystemen. Geoverarbeitung, 3D Visualisierung und Kartografie - dies sind die Schwerpunkte der aktuellen Version ArcGIS 9 im Anwenderbereich.

Produktfamilie

Für Entwickler liegt der Fokus auf Interoperabilität und zwei neuen Produkten, ArcGIS Server und ArcGIS Engine. Die ArcGIS Produktfamilie bietet sowohl für komplexe Analysen als auch für detaillierte Darstellungen in Energie und Umwelt die richtige

Lösung. ESRI und Partner saardata und con terra sind auf der GeoNet (Halle 2, L01) zu finden.

Die Environmental Systems Research Institute (ESRI) Inc. in Redlands, Kalifornien (USA), ist die weltweit erfolgreichste Firmengruppe auf dem Gebiet der Geografischen Informationssysteme (GIS). Heute wird die GIS-Technik von ESRI von über einer Million Anwendern branchenübergreifend bei Behörden, Unternehmen, Universitäten und Verbänden eingesetzt. In Deutschland wird ESRI Inc. durch die 1979 gegründete ESRI Geoinformatik GmbH in Kranzberg bei München als exklusivem Distributor vertreten.

Vorschau auf GZ 5

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 5, die am 10. März erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- ⚡ Energieversorgung • Energiesparmaßnahmen
- ⚡ Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV
- ⚡ Kommunalfahrzeuge • Städtereinigung
- ⚡ Kommunale Museen